

Friedensvorschläge

Mittwoch, 6. März 2024, 17:10

Dr. Horst Leps
horstleps@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung: Die Lage und die Notwendigkeiten	5
1.1	Sinn der Sache: Argumentationsmöglichkeiten schaffen.	5
1.2	Chas Freeman Jr: Die Propaganda, die die Ukraine verdammt hat	7
1.3	George Beebe – Anatol Lieven: Russlands Oberhand bringt die USA und die Ukraine an einen Scheideweg	12
1.4	Die grundsätzlichen Probleme - immer wiederkehrend	16
2	Quellen	17
2.1	Charta von Paris	17
2.2	Varwick und andere: „Raus aus der Eskalationsspirale“	19
2.3	Russische Vertragsentwürfe für die USA und NATO und die Ant- worten	22
2.4	Beschlüsse der UNO	25
2.4.1	Resolutionsentwurf - Der Sicherheitsrat,	25
2.4.2	Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 2. März 2022	27
2.5	Claudia Major + Christian Mölling: Sicherheitsordnung - Zusam- men mit Russland, das geht nicht mehr	31
2.6	Das Istanbul Kommuniqué vom 29. März 2022	34
2.7	Deitelhoff, Nicole: Für den Frieden rüsten?	36
2.8	Ein Friedensplan der italienischen Regierung	40
2.9	Ein katholischer Vorschlag für „glaubwürdige Friedensverhand- lungen“ in der Ukraine in 7 Punkten	41
2.10	Die Friedensformel der Ukraine	43
2.11	Der chinesische Friedensplan	49
2.12	Ukraine-Krieg: Afrikanische Länder mit Friedensplan in Kiew und Moskau	52
2.13	Günther Verheugen: Ukraine-Krieg als historische Zäsur für die EU	54
2.14	John Mearsheimer: Wohin steuert der Ukrainekrieg? - Die Dun- kelheit vor uns	58
2.15	Brandt-Funke-Kujat-Teltschik: Den Krieg mit einem Verhand- lungsfrieden beenden	68
2.16	Russlands Sicht	73

2.16.1	Wladimir Putin – Rede auf der Erweiterten Sitzung des Vorstands des Verteidigungsministeriums	73
2.16.2	Eigentext (HL): Man muss sich Putins Sicht auf die Ukrai- ne und die Möglichkeit von Frieden vielleicht so vorstellen	76
2.17	Der Westen, Russland, die Ukraine: Endlich Diplomatie wagen .	80
3	Beurteilungsgrundlagen	85
3.1	Eigentext (HL): Grundlagen von Frieden	85
3.2	Eigentext (HL): Politisch-moralische Bemerkungen	87
3.3	Wie müsste ein dauerhafter Frieden aussehen?	90
3.3.1	Peter Wahl - Ukraine: Schießen oder verhandeln?	90
3.3.2	Eigentext (HL): Wie könnte ein Frieden aussehen?	91
3.4	Eigentext (HL): Ein Weg zu Verhandlungen	94

Kapitel 1

Einleitung: Die Lage und die Notwendigkeiten

1.1 Sinn der Sache: Argumentationsmöglichkeiten schaffen.

Verhandlungen fordern, das ist nicht falsch. Aber dann kommt die Frage, wie soll der Frieden denn anschließend aussehen? Dass eine Seite gewinnt und sich durchsetzt, kann noch nicht hinreichend sein. Es muss ja ein dauerhafter Frieden angestrebt werden: Ein Frieden mit Aussicht, wenn nicht auf die Ewigkeit, dann doch auf die nächsten Jahrzehnte.

Es gibt da verschiedene Vorstellungen, die aufeinander stoßen. Russland will den Einflussbereich der Nato so weit wie möglich nach Westen verschieben, der Westen (und) die Ukraine wollen die Krim in der Nato sehen. Es sieht nicht so aus, dass eine der beiden Seiten in absehbarer Zeit ihre Ziele im Krieg durchsetzen kann. Und niemand weiß, welche Potentiale beide Seiten – konventionell oder gar mit Atomwaffen – beide Seiten mobilisieren können und möglicherweise sogar wollen. Der Krieg kann noch Jahre andauern, als mehr oder minder intensiver Stellungskrieg oder als ein Krieg der großen Schlachten, gar mit Atomwaffen, ohne Beschränkungen nach oben.

Aber es kann auch geschehen, dass die verschiedenen Mächte dieses Kriegs die Lust an diesem Krieg verlieren und sich in einen vermutlich sehr quälenden Friedensprozess begeben. Wie soll, wie kann da ein Frieden aussehen?

Die Friedensbewegung verlangt auf ihren Demonstrationen immer wieder, dass der Westen und besonders Deutschland eine Initiative zu Verhandlungen ergreifen. Dann wird zweifach zurück gefragt:

1. Und was soll mit welchem Ziel verhandelt werden?
2. Und warum fordert ihr nicht auch von Russland Verhandlungsinitiativen?

6KAPITEL 1. EINLEITUNG: DIE LAGE UND DIE NOTWENDIGKEITEN

Beide Fragen bleiben meist unbeantwortet. Es wird stattdessen auf Initiativen anderer Staaten und Vorschläge aus Expertenkreisen verwiesen. Vielleicht können Friedensbewegung und kriegskritische Öffentlichkeit sich auch nicht anders verhalten, sind sie doch keine verhandlungsfähigen politischen Subjekte. – Aber es könnte doch nützlich sein, sich über Perspektiven zu verständigen, bewegliches Denken zu befördern: So ungefähr in diese Richtung sollte es gehen. Ein Waffenstillstand könnte erst einmal gut sein, um einen Verhandlungsprozess in Gang zu setzen. Aber wie soll ein Waffenstillstand aussehen? Soll erst einmal nur mit dem Schießen aufgehört werden? Oder müssen schon Veränderungen am Frontverlauf vorgenommen werden?

Ein dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn die Menschen vor Ort, in den Kriegsgebieten und in den Staaten, die am Krieg beteiligt sind, damit einverstanden sein können, sich zumindest dran gewöhnen können. – Wie kann er gelingen? Dazu Diskussionsmaterial aus den verschiedenen politischen Ecken und Richtungen, wobei die eigene Position hinzugefügt wird.

(Die Texte sind gekürzt, Kürzungen nicht markiert, ein Link als Quelle)

1.2 Chas Freeman Jr: Die Propaganda, die die Ukraine verdammt hat

(Ein Text, der die Probleme umreißt, deshalb als fachlich-sachliche Einleitung geeignet ist. HL)

Moskau, Kiew und Washington sind in einem Nebel der Fehleinschätzung gefangen - January 4, 2024

(Chas W. Freeman ist ein ehemaliger amerikanischer Diplomat. Er diente als US-Botschafter in Saudi-Arabien und war der Hauptdolmetscher für Richard Nixon während seiner entscheidenden Reise nach China im Jahr 1972.)

Die Art und Weise, wie die amerikanischen Medien mit dem Ukraine-Krieg umgegangen sind, erinnert an eine Bemerkung, die Mark Twain zugeschrieben wird: „Die Forschungen vieler Kommentatoren haben bereits viel Dunkelheit auf dieses Thema geworfen, und es ist wahrscheinlich, dass wir, wenn sie weitergehen, bald überhaupt nichts mehr darüber wissen werden.“

Es ist ein ausführlicherer Ausdruck einer bekannteren Maxime: Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer. Sie wird in der Regel von einem Nebel offizieller Lügen begleitet. Und noch nie war ein solcher Nebel so dicht wie im Ukraine-Krieg. Während viele Hunderttausende Menschen in der Ukraine gekämpft haben und gestorben sind, haben die Propagandamaschinen in Brüssel, Kiew, London, Moskau und Washington Überstunden gemacht, um sicherzustellen, dass wir leidenschaftlich Partei ergreifen, glauben, was wir glauben wollen, und jeden verurteilen, der das Narrativ, das wir verinnerlicht haben, in Frage stellt. Die Folgen für alle waren verheerend. Für die Ukraine waren sie katastrophal. Zu Beginn eines neuen Jahres ist ein radikales Umdenken in der Politik aller Beteiligten längst überfällig.

Dies ist eine Folge der Tatsache, dass der Krieg aufgrund von Fehleinschätzungen von allen Seiten geboren wurde und fortgesetzt wurde. Die Vereinigten Staaten kalkulierten, dass die russischen Drohungen, wegen der ukrainischen Neutralität in den Krieg zu ziehen, Bluffs waren, die durch die Umrisse und Verunglimpfung russischer Pläne abgeschreckt werden könnten. Russland ging davon aus, daß die Vereinigten Staaten Verhandlungen dem Krieg vorziehen und eine Neuaufteilung Europas in feindliche Blöcke vermeiden wollten. Die Ukrainer rechneten damit, dass der Westen ihr Land beschützen würde. Als sich Russlands Leistung in den ersten Monaten des Krieges als glanzlos erwies, kam der Westen zu dem Schluss, dass die Ukraine es besiegen könnte. Keine dieser Berechnungen hat sich als richtig erwiesen.

Nichtsdestotrotz hat die offizielle Propaganda, verstärkt durch den unterwürfigen Mainstream und die sozialen Medien, die meisten im Westen davon überzeugt, dass die Ablehnung eines Friedensvertragsentwurfs vor der Invasion und die Ermutigung der Ukraine, Russland zu bekämpfen, irgendwie „pro-ukrainisch“ ist. Die Sympathie für die ukrainischen Kriegsanstrengungen ist völlig verständlich, aber wie uns der Vietnamkrieg hätte lehren sollen, verlieren Demokratien, wenn Cheerleading die Objektivität in der Berichterstattung ersetzt und Regierungen ihre eigene Propaganda der Wahrheit über das, was auf dem Schlachtfeld

8KAPITEL 1. EINLEITUNG: DIE LAGE UND DIE NOTWENDIGKEITEN

passiert, vorziehen. Was passiert also auf dem Schlachtfeld? Und wie geht es den Beteiligten am Ukraine-Krieg bei der Zielerreichung?

Fangen wir mit der Ukraine an. Von 2014 bis 2022 forderte der Bürgerkrieg im Donbass fast 15.000 Menschenleben. Wie viele Menschen seit Beginn des Stellvertreterkriegs zwischen den USA, der Nato und Russland im Februar 2022 getötet wurden, ist nicht bekannt, geht aber mit Sicherheit in die Hunderttausende. Die Opferzahlen wurden durch einen beispiellos intensiven Informationskrieg verschleiert. Die einzigen Informationen im Westen über Tote und Verwundete sind Propaganda aus Kiew, die eine große Zahl russischer Toter behauptet, während sie wenig über die ukrainischen Opfer verrät. Doch schon im letzten Sommer war bekannt, dass 10 % der Ukrainer mit den Streitkräften zu tun hatten, während 78 % Verwandte oder Freunde hatten, die getötet oder verwundet worden waren. Schätzungen zufolge sind heute zwischen 20.000 und 50.000 Ukrainer amputiert. (Zum Vergleich: 41.000 Briten mussten im Ersten Weltkrieg amputiert werden, als das Verfahren oft das einzige war, das den Tod verhindern konnte. Weniger als 2.000 US-Veteranen der Invasionen in Afghanistan und im Irak mussten amputiert werden.)

Zu Beginn des Krieges hatte die Ukraine etwa 31 Millionen Einwohner. Seitdem hat das Land mindestens ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Mehr als sechs Millionen Menschen haben im Westen Zuflucht gesucht. Zwei Millionen weitere sind nach Russland ausgewandert. Weitere acht Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer wurden aus ihren Häusern vertrieben, bleiben aber im Land. Die Infrastruktur, die Industrie und die Städte der Ukraine wurden verwüstet und die Wirtschaft zerstört. Wie in Kriegen üblich, grassiert die Korruption – seit langem ein prominentes Merkmal der ukrainischen Politik. Die aufkeimende Demokratie in der Ukraine gibt es nicht mehr, Oppositionsparteien, unkontrollierte Medien und abweichende Meinungen sind verboten. Auf der anderen Seite hat die russische Aggression die Ukrainerinnen und Ukrainer, darunter viele russischsprachige, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß vereint. Moskau hat damit unbeabsichtigt die separate ukrainische Identität verstärkt, die sowohl die russische Mythologie als auch Präsident Putin zu leugnen versucht haben. Was die Ukraine an Territorium verloren hat, hat sie an patriotischem Zusammenhalt gewonnen, der auf leidenschaftlicher Opposition gegen Moskau beruht.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass auch die russischsprachigen Separatisten in der Ukraine ihre russische Identität gestärkt haben. Es gibt jetzt wenig bis gar keine Möglichkeit mehr, dass die russischsprachige Bevölkerung einen Status in einer vereinten Ukraine akzeptiert, wie es nach den Minsker Vereinbarungen der Fall gewesen wäre. Und angesichts des Scheiterns der ukrainischen „Gegegnoffensive“ ist es sehr unwahrscheinlich, dass der Donbass oder die Krim jemals zur ukrainischen Souveränität zurückkehren werden. Je länger der Krieg andauert, desto mehr Territorium könnte die Ukraine verlieren, einschließlich ihres Zugangs zum Schwarzen Meer. Was auf dem Schlachtfeld und in den Herzen der Menschen verloren gegangen ist, kann nicht am Verhandlungstisch zurückgewonnen werden. Die Ukraine wird aus diesem Krieg verstümmelt, verkrüppelt und sowohl territorial als auch bevölkerungsmäßig stark dezimiert hervorgehen.

1.2. CHAS FREEMAN JR: DIE PROPAGANDA, DIE DIE UKRAINE VERDAMMT HAT⁹

Zudem gibt es keine realistische Aussicht auf eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Wie der NSC-Berater Jake Sullivan sagte, muss jeder „die Tatsache genau ins Auge fassen“, dass der Beitritt der Ukraine zur Nato zum jetzigen Zeitpunkt „Krieg mit Russland bedeutet“. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat seinerseits erklärt, dass die Voraussetzung für die Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato ein Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland sei. Aber ein solcher Vertrag ist nicht in Sicht. Indem der Westen weiterhin darauf beharrt, dass die Ukraine nach Beendigung des Krieges Nato-Mitglied wird, hat er Russland auf perverse Weise dazu verleitet, einer Beendigung des Krieges nicht zuzustimmen. Am Ende wird die Ukraine ihren Frieden mit Russland schließen müssen, mit ziemlicher Sicherheit weitgehend zu russischen Bedingungen. Was auch immer der Krieg sonst noch erreichen mag, er war nicht gut für die Ukraine. Ihre Verhandlungsposition gegenüber Russland ist stark geschwächt. Andererseits war das Schicksal Kiews in politischen Kreisen der USA immer ein nachträglicher Einfall. Washington hat stattdessen versucht, den ukrainischen Mut auszunutzen, um Russland zu schlagen, die Nato wiederzubeleben und die Vormachtstellung der USA in Europa zu stärken. Und sie hat überhaupt nicht darüber nachgedacht, wie der Frieden in Europa wiederhergestellt werden kann.

Es ist Russland jedoch auch nicht gelungen, gemäß seinen Kriegszielen den amerikanischen Einfluss aus der Ukraine zu vertreiben, Kiew zur Neutralitätserklärung zu zwingen oder die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine wiederherzustellen. Wie auch immer der Krieg ausgehen mag, die gegenseitige Feindseligkeit hat den russischen Mythos der russisch-ukrainischen Brüderlichkeit, die auf einem gemeinsamen Ursprung in der Kiewer Rus beruht, ausgelöscht. Russland musste drei Jahrhunderte lang seine Bemühungen aufgeben, sich mit Europa zu identifizieren, und sich stattdessen China, Indien, der islamischen Welt und Afrika zuwenden. Die Aussöhnung mit einer ernsthaft entfremdeten Europäischen Union wird nicht leicht zu erreichen sein, wenn überhaupt. Russland mag auf dem Schlachtfeld nicht verloren haben oder geschwächt oder strategisch isoliert gewesen sein, aber es hat enorme Opportunitätskosten verursacht.

Aber selbst wenn der Krieg Russland benachteiligt hat, ist es alles andere als klar, dass die Vereinigten Staaten davon profitiert haben. Allein im Jahr 2022 haben die USA 113 Milliarden Dollar an Hilfgeldern für die Ukraine bewilligt. Der russische Verteidigungshaushalt betrug damals etwa die Hälfte davon und hat sich seitdem etwa verdoppelt. Die russische Rüstungsindustrie wurde wiederbelebt, was dazu beigetragen hat, dass das Land kürzlich Deutschland überholt hat und zur fünftreichsten Volkswirtschaft der Welt und zur größten in Europa in Bezug auf die Kaufkraftparität geworden ist. Trotz wiederholter westlicher Behauptungen, Russland gehe die Munition aus und verliere den Zermürbungskrieg in der Ukraine, ist dies nicht der Fall. Unterdessen hat die angebliche russische Bedrohung des Westens, einst ein starkes Argument für die Einheit der Nato, an Glaubwürdigkeit verloren. Russlands Streitkräfte haben sich als unfähig erwiesen, die Ukraine zu erobern, geschweige denn den Rest Europas.

10KAPITEL 1. EINLEITUNG: DIE LAGE UND DIE NOTWENDIGKEITEN

Der Krieg hat auch offensichtliche Risse unter den Nato-Mitgliedern offengelegt. Wie der Gipfel in Vilnius im vergangenen Jahr gezeigt hat, sind sich die Mitgliedsländer uneins darüber, ob eine Aufnahme der Ukraine wünschenswert ist. Es ist unwahrscheinlich, dass diese derzeitige fragile Einheit den Krieg überdauern wird. Diese Realitäten helfen auch zu erklären, warum die meisten europäischen Partner Amerikas den Krieg so schnell wie möglich beenden wollen. Der Ukraine-Krieg hat die postsowjetische Ära in Europa eindeutig beendet, aber er hat Europa nicht sicherer gemacht. Sie hat Amerikas internationales Ansehen nicht verbessert oder die Vormachtstellung der USA gefestigt. Stattdessen hat der Krieg die Entstehung einer postamerikanischen multipolaren Weltordnung beschleunigt. Ein Merkmal davon ist eine antiamerikanische Achse zwischen Russland und China.

Um Russland zu schwächen, blockieren die Vereinigten Staaten aktiv den Handel zwischen Ländern, die nichts mit der Ukraine oder dem Krieg dort zu tun haben, weil sie nicht auf den US-Zug aufspringen wollen. Dieser Einsatz von politischem und wirtschaftlichem Druck, um andere Länder zu zwingen, sich seiner antirussischen und antichinesischen Politik anzupassen, ist eindeutig nach hinten losgegangen. Sie hat sogar ehemalige US-Klientelstaaten ermutigt, nach Wegen zu suchen, um eine Verwicklung in künftige amerikanische Konflikte und Stellvertreterkriege zu vermeiden, die sie nicht unterstützen, wie den in der Ukraine. Weit davon entfernt, Russland oder China zu isolieren, hat Amerikas Zwangsdiplomatie sowohl Moskau als auch Peking geholfen, die Beziehungen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu verbessern, die den Einfluss der USA zugunsten ihrer eigenen verringern.

Kurz gesagt, die US-Politik hat zu großem Leid in der Ukraine und zu einer Eskalation der Verteidigungsbudgets hier und in Europa geführt, aber sie hat es nicht geschafft, Russland zu schwächen oder zu isolieren. „Mehr vom Gleichen“ wird keines dieser oft erklärten amerikanischen Ziele erreichen. Russland ist inzwischen im Kampf gegen amerikanische Waffensysteme geschult worden und hat wirksame Gegenmaßnahmen gegen sie entwickelt. Sie wurde militärisch gestärkt, nicht geschwächt.

Wenn der Zweck des Krieges darin besteht, einen besseren Frieden zu schaffen, dann tut dieser Krieg das nicht. Die Ukraine wird auf dem Altar der Russophobie ausgeweidet. Zum jetzigen Zeitpunkt kann niemand mit Sicherheit vorhersagen, wie viel von der Ukraine oder wie viele Ukrainer übrig bleiben werden, wenn die Kämpfe aufhören oder wann und wie sie beendet werden können. Kiew hat bereits Schwierigkeiten, seine Rekrutierungsziele zu erreichen. Russland bis zum letzten Ukrainer zu bekämpfen, war immer eine verabscheuungswürdige Strategie. Aber wenn der Nato die Ukrainer ausgehen, ist das nicht nur zynisch; Es ist keine praktikable Option mehr.

In diesem Jahr ist es an der Zeit, die Rettung der Ukraine, für die dieser Krieg existenziell geworden ist, so weit wie möglich in den Vordergrund zu stellen. Die Ukraine braucht diplomatische Unterstützung, um einen Frieden mit Russland zu schließen, wenn ihre militärischen Opfer nicht umsonst gewesen sein sollen.

*1.2. CHAS FREEMAN JR: DIE PROPAGANDA, DIE DIE UKRAINE VERDAMMT HAT*11

Sie wird zerstört. Es muss wieder aufgebaut werden. Der Schlüssel zum Erhalt dessen, was noch übrig ist, liegt darin, Kiew zu befähigen und zu unterstützen, den Krieg zu den bestmöglichen Bedingungen zu beenden, die Rückkehr seiner Flüchtlinge zu erleichtern und den EU-Beitrittsprozess zu nutzen, um liberale Reformen voranzutreiben und eine saubere Regierung in einer neutralen Ukraine einzuführen.

Leider scheinen sowohl Moskau als auch Washington entschlossen zu sein, die anhaltende Zerstörung der Ukraine fortzusetzen. Aber wie auch immer der Krieg ausgeht, Kiew und Moskau werden irgendwann eine Grundlage für eine Koexistenz finden müssen. Washington muss Kiew dabei unterstützen, Russland aufzufordern, sowohl die Weisheit als auch die Notwendigkeit der Achtung der ukrainischen Neutralität und territorialen Integrität anzuerkennen.

Und schließlich sollte dieser Krieg sowohl in Washington als auch in Moskau ein nüchternes Umdenken über die Folgen einer diplomatischen, militarisierten Außenpolitik hervorrufen. Hätten die Vereinigten Staaten zugestimmt, mit Moskau zu sprechen, wäre Russland nicht so in die Ukraine einmarschiert, auch wenn sie weiterhin vieles von dem abgelehnt hätten, was Moskau gefordert hat. Hätte der Westen nicht interveniert, um die Ukraine daran zu hindern, den Vertrag zu ratifizieren, hätten andere ihr zu Beginn des Krieges geholfen, sich mit Russland zu einigen, wäre die Ukraine jetzt intakt und in Frieden. Dieser Krieg hätte nicht stattfinden müssen. Und jede Partei, die daran beteiligt ist, hat weit mehr verloren als gewonnen.

Die Propaganda, die die Ukraine verdammte – UnHerd

1.3 George Beebe – Anatol Lieven: Russlands Oberhand bringt die USA und die Ukraine an einen Scheideweg

Ohne eine Kompromisslösung müsste die massive Hilfe für Kiew fortgesetzt werden, vielleicht auf unbestimmte Zeit

George Beebe

Anatol Lieven 11. Januar 2024

Die russischen Fortschritte im Ukraine-Krieg drängen die Vereinigten Staaten vor eine schmerzhaft Entscheidung.

Wenn wir eine prosperierende Ukraine mit einem gangbaren Weg zu einer liberalen Regierungsführung und einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union wollen, müssen wir zugeben, dass sie kein Verbündeter der NATO oder der USA sein kann und dass diese neutrale Ukraine überprüfbare Beschränkungen für die Art und Menge der Waffen haben muss, die sie besitzen darf. Wenn wir uns weigern, diesen Bedingungen zuzustimmen, wird Russland die Ukraine höchstwahrscheinlich in ein dysfunktionales Wrack verwandeln, das nicht in der Lage ist, sich selbst wieder aufzubauen, sich mit dem Westen zu verbünden oder eine militärische Bedrohung für Russland darzustellen.

Russische Fortschritte sind auf der Landkarte noch nicht erkennbar, wo sich die Fronten im vergangenen Jahr nicht nennenswert verschoben haben. Die ukrainische Gegenoffensive hat es nicht geschafft, die russische Verteidigung zu durchbrechen, und Russland hat die ukrainischen Streitkräfte nicht wesentlich nach Westen gedrängt. Ein Beobachter, der die territorialen Besitztümer im Januar 2023 mit denen im Januar 2024 vergleicht, könnte zu dem Schluss kommen, dass der Krieg zu einer Patt situation geworden ist.

Doch dieses Bild täuscht. Der Krenl strebt mit ziemlicher Sicherheit keinen solchen Durchbruch an, zumindest noch nicht. Vielmehr zermürt sie methodisch die Fähigkeit der Ukraine, nicht nur Krieg zu führen, sondern auch ein Nachkriegsmilitär wiederherzustellen, indem sie eine enorme Anzahl ukrainischer Soldaten tötet und verwundet und die ukrainischen und westlichen Waffen- und Munitionsarsenale erschöpft. Der Ukraine gehen die Artilleriegranaten aus, und die USA und Europa können nicht schnell genug neue herstellen, um den Bedarf der Ukraine zu decken. Das russische Spe rfeuer von Langstrecken-Luft- und Raketenangriffen überfordert zunehmend die Kapazität der ukrainischen Luftabwehr, und dem Westen fehlt einfach die Fähigkeit, weiterhin Patriot-Raketen oder andere fortschrittliche Luftabwehrsysteme bereitzustellen.

Es ist durchaus richtig, wie die Biden-R egierung gewarnt hat, dass ein Ende der US-Hilfe für Kiew schnell zum Zusammenbruch der Ukraine führen würde. Die ausreichende Hilfe, um der Ukraine zu helfen, erfolgreich in der Defensive zu stehen, sollte daher fortgesetzt werden. Aber was die politischen Entscheidungsträger in den USA verstehen und ehrlich anerkennen müssen, ist, dass ohne einen Kompromiss zur Friedensregelung die massive Hilfe nicht nur für das kommende Jahr, sondern auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden muss. Es gibt kaum reali stische Chancen, dass der Westen in der Lage ist, Russland

1.3. GEORGE BEEBE – ANATOL LIEVEN: RUSSLANDS OBERHAND BRINGT DIE USA UND DIE UKRAINE

zu überdauern und es zu zwingen, einen Frieden zu ukrainischen Bedingungen zu akzeptieren. Die Kontroversen im Kongress über die Hilfe für die Ukraine spiegeln diese Realitäten wider und werden wahrscheinlich nicht abnehmen.

Unter diesen Umständen ist es unklug und sogar unehrlich, wenn die Biden-Regierung der Ukraine amerikanische Unterstützung zusichert, "so lange wie nötig", um Russland zu besiegen. In Washington wird allgemein angenommen, dass das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive bedeutet, dass der Westen keine andere Wahl hat, als den Kampf der Ukraine gegen Russland für viele Jahre zu unterstützen. Die Suche nach einem Kompromiss mit Moskau gilt nicht nur als unerwünscht, sondern auch als aussichtslos. In Ermangelung von Alternativen müssen wir den gegenwärtigen Kurs beibehalten, in der Hoffnung, dass sich die Lage der Ukraine mit der Zeit verbessern wird.

Aber die Zeit ist nicht auf der Seite der Ukraine, weder militärisch noch wirtschaftlich, und so könnte die Position der Ukraine in künftigen Verhandlungen sehr viel schlechter sein als derzeit. Die Bevölkerung Russlands ist mindestens viermal so groß wie die der Ukraine und sein BIP ist 14-mal so groß. Die russische Armee ist weitaus besser geführt und taktisch versierter als zu Beginn des Krieges, und die westlichen Sanktionen zeigen keine Anzeichen dafür, dass sie die russische Wirtschaft, die immer mehr auf Krieg ausgerichtet ist, lähmen könnten.

Und was auch immer Brüssel sagen mag, solange der Krieg andauert, ist es äußerst unwahrscheinlich, dass die Ukraine in der Lage sein wird, sich wirtschaftlich zu entwickeln und den äußerst schwierigen Prozess des Beitritts zur Europäischen Union zu beginnen.

Am wichtigsten ist, dass die Vereinigten Staaten die Annahme, dass der russische Präsident Wladimir Putin kein Interesse an Gesprächen hat, nicht getestet haben. Es ist in der Tat sehr wahrscheinlich, dass Putin glaubt, dass Russland jetzt die Oberhand im Krieg hat und es sich leisten kann, zu warten. Nichtsdestotrotz hat Putin wiederholt darauf bestanden, dass Russland zu Gesprächen bereit ist und dass Washington – und nicht Kiew – die wichtigsten Entscheidungen in diesem Krieg trifft und es daher an Washington liegt, Gespräche zu führen.

Das mag Gehabe sein; aber es ist auch möglich, dass Putin erkennt, dass Russland ohne eine Einigung auf die Gefahren einer permanent volatilen Konfrontation mit dem Westen, einer durch die Nachfrage der Rüstungsproduktion verzerrten Wirtschaft und einer einengenden Abhängigkeit von China zusteuert. Die Besorgnis der Russen über diese Probleme wird wahrscheinlich wachsen, da ihre Befürchtungen, den Krieg in der Ukraine zu verlieren, abnehmen.

Es wird weiter behauptet, dass Putin glaubt, dass eine zukünftige Präsidentschaft Donald Trumps die beste Hoffnung des Kremls für eine Einigung zu russischen Bedingungen wäre. Trumps erste Amtszeit brachte jedoch einige freundliche Rhetorik, aber auch viele feindselige Handlungen gegenüber Moskau hervor, einschließlich des Rückzugs aus Atomwaffenabkommen und verstärkter Zuflüsse von US-Waffen und der Ausbildung der ukrainischen Armee.

Angesichts der Feindseligkeit gegenüber Trump, die im Kongress und im Establishment der US-Außen- und Sicherheitspolitik offensichtlich ist, hat Putin

14KAPITEL 1. EINLEITUNG: DIE LAGE UND DIE NOTWENDIGKEITEN

wenig Grund zur Zuversicht, dass Trump tatsächlich einen Deal liefern könnte. Im Jahr 2020 waren die Russen von Trump gründlich desillusioniert. Der führende russische außenpolitische Denker Fjodor Lukjanow sagte gegenüber Radio Liberty über die Wahlen 2020: "Warum sollten sich die Russen darum kümmern? Ich glaube nicht, dass irgendjemand hier eine Veränderung erwartet, unabhängig davon, wer gewinnen wird."

Angesichts der Tatsache, dass Russland jetzt auf dem Schlachtfeld im Vorteil ist und spürt, dass die Zeit auf seiner Seite ist, um Putin dazu zu bringen, den Krieg zu beenden und seine Ambitionen zu beenden, die Ukraine zu unterwerfen oder mehr Territorium zu erobern, wird Washington einige ernsthafte Anreize bieten müssen. Dazu gehört auch der Nachweis, dass die USA bereit sind, die russischen Bedenken über die Sicherheitsbedrohung Russlands durch die USA und die NATO zu erfüllen (Bedenken, die im gesamten russischen Establishment aufrichtig vertreten werden).

Dies bedeutet die Zustimmung zu einem ukrainischen Neutralitätsvertrag mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine, der es diesem Land ermöglicht, dem neutralen Finnland und Österreich während des Kalten Krieges zu folgen und sich zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie zu entwickeln. Die westlichen Sanktionen gegen Russland müssten zumindest gelockert, wenn nicht sogar ausgesetzt werden, aber mit der verbindlichen Zusage, dass sie automatisch wieder aufgenommen würden, wenn Russland eine neue Aggression startet.

Was die Frage der derzeit von Russland besetzten Gebiete betrifft, so besteht der einzig mögliche Weg darin, diese Frage auf künftige Gespräche unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu verschieben und gleichzeitig die größtmöglichen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um eine Wiederaufnahme des Krieges zu verhindern.

Ein solches Abkommen wäre sowohl für die Ukraine als auch für die Biden-Regierung äußerst schmerzhaft. Wir sollten jedoch die Bewahrung der Unabhängigkeit von 80 Prozent der Ukraine als einen wirklichen Sieg betrachten, wenn auch nicht als einen vollständigen. Es ist sicherlich viel besser als das, was die Alternative zu sein scheint: ein Zermübungskrieg mit schrecklichen Verlusten für die Ukraine, der früher oder später zu einer weitaus größeren ukrainischen Niederlage führt.

Sophia Ampgkarian hat an der Recherche für diesen Artikel mitgewirkt.

George Beebe

George Beebe verbrachte mehr als zwei Jahrzehnte in der Regierung als Geheimdienstanalyst, Diplomat und Politikberater, unter anderem als Direktor der Russland-Analyse der CIA und als Stabsberater von Vizepräsident Cheney in Russland-Angelegenheiten. In seinem Buch "The Russia Trap: How Our Shadow War with Russia Could Spiral into Nuclear Catastrophe" (2019) warnte er davor, dass die Vereinigten Staaten und Russland in eine gefährliche militärische Konfrontation stolpern könnten, ähnlich der Situation, mit der wir heute in Bezug auf die Ukraine konfrontiert sind.

Anatol Lieven

Anatol Lieven ist Direktor des Eurasien-Programms am Quincy Institute for Responsible Statecraft. Zuvor war er Professor an der Georgetown University

1.3. *GEORGE BEEBE – ANATOL LIEVEN: RUSSLANDS OBERHAND BRINGT DIE USA UND DIE UKRAINE*

in Katar und am War Studies Department des King's College London.

<https://responsiblestatecraft.org/russia-ukraine-peace-talks-2666922064/>

1.4 Die grundsätzlichen Probleme - immer wiederkehrend

Alles miteinander verknotet. Muss in grundlegende Linien aufgelöst werden.

- Was heißt “Waffenstillstand”?
 - Begünstigt ein Waffenstillstand nicht jenen, der im Moment die Oberhand hat?
 - Legt ein Waffenstillstand die territorialen, ethnischen etc Bestimmungen des Friedens nicht schon vorher fest?
 - Kann man von einem Waffenstillstand zu einem womöglich gänzlich anderen Frieden kommen?
 - Muss also ein Waffenstillstand nicht immer schon Elemente des Ausgleichs enthalten, den Frieden also schon irgendwie vorwegnehmen?
 - Wenn das gilt: Muss dann nicht jeder Vorschlag, der “Verhandlungen” sagt, auch schon inhaltliche Richtungen eines Friedens ansagen?
- Die unterschiedliche Sicht der Parteien
 - auf die Charta von Paris
 - auf die Nato-Osterweiterung
- Lösbares politisches Problem oder unlösbarer russischer Imperialismus?
 - Die Integrität der Staaten
 - Territorium: die Ukraine in den Grenzen von 1991/2013 - Unveränderbar?
 - Minderheiten: die Nationen und der Staat - Nationalität und Kultur als Ideologie?
- Sicherheitsgarantien
 - für die Ukraine
 - für Russland?
 - Die Neutralität und die Nato
- Sicherheit in Europa
 - Gemeinsame Sicherheit aller Staaten in Europa -
 - Charta v Paris - Rückkehr und/oder Erneuerung? Was war ungenügend, was muss dann komplett neu gemacht werden?
 - Gemeinsame Sicherheit aller Staaten in Europa vor Russland?
 - Die USA in Europa?

Kapitel 2

Quellen

2.1 Charta von Paris

FÜR EIN NEUES EUROPA

Paris, 19.- 21. November 1990

Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken.

In Übereinstimmung mit unseren Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte von Helsinki erneuern wir unser feierliches Versprechen, uns jeder gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichteten Androhung oder Anwendung von Gewalt oder jeder sonstigen mit den Grundsätzen oder Zielen dieser Dokumente unvereinbaren Handlung zu enthalten. Wir erinnern daran, daß die Nichterfüllung der in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Verpflichtungen einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt.

Wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zwischen den Teilnehmerstaaten zu entwickeln.

Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.

Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaften zu fördern, und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern. Wir erklären, daß Fragen in bezug

auf nationale Minderheiten nur unter demokratischen Bedingungen befriedigend gelöst werden können. Ferner erkennen wir an, daß die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen.

2.2 Varwick und andere: „Raus aus der Eskalationsspirale“

Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland (5.12.2021) Mit allergrößter Sorge beobachten wir die sich abermals verstärkende Eskalation im Verhältnis zu Russland. Wir drohen in eine Lage zu geraten, in der ein Krieg in den Bereich des Möglichen rückt. Von dieser Lage kann niemand profitieren, und dies liegt weder in unserem noch im russischen Interesse. Es gilt deshalb jetzt alles zu tun, um die Eskalationsspirale zu durchbrechen. Ziel muss es sein, Russland und auch die NATO wieder aus einem konfrontativen Kurs herauszuführen. Es bedarf einer glaubwürdigen Russlandpolitik der NATO und der EU, die nicht gutgläubig-naiv oder beschwichtigend, sondern interessengeleitet und konsequent ist. Jetzt ist nüchterne Realpolitik gefragt. Fest steht: Die Drohgebärden Russlands gegenüber der Ukraine und das Imponiergehabe gegenüber NATO-Staaten in Übungen und insbesondere durch Aktivitäten der nuklearen Kräfte sind inakzeptabel. Dennoch führen Empörung und formelhafte Verurteilungen nicht weiter. Eine einseitig auf Konfrontation und Abschreckung setzende Politik ist nicht erfolgreich; wirtschaftlicher Druck und die Verschärfung von Sanktionen haben – dies zeigt die Erfahrung der vergangenen Jahre – Russland nicht zur Umkehr bewegen können. Vielmehr sieht sich Russland aufgrund der westlichen Politik herausgefordert und sucht durch aggressives Auftreten die Anerkennung als Großmacht auf Augenhöhe mit den USA sowie die Wahrung seines Einflussbereiches im postsowjetischen Raum. Damit steigen die Gefahren für die russische Wirtschaft (Ausschluss aus dem SWIFT-System) und einer Destabilisierung der Sicherheitslage besonders in Europa deutlich. All dies darf seitens des Westens nicht als Entschuldigung für tatenloses Zusehen oder für die Akzeptanz der Eskalationsverstärkung verstanden werden. Die NATO sollte aktiv auf Russland zugehen und auf eine Deeskalation der Situation hinwirken. Hierzu sollte auch ein Treffen ohne Vorbedingungen auf höchster Ebene nicht ausgeschlossen werden. Wir brauchen im Grundsatz einen vierfachen politischen Ansatz:

- Erstens: Eine hochrangige Konferenz, die auf der Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, aber ohne Vorbedingungen und in unterschiedlichen Formaten und auf verschiedenen Ebenen über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät.

- Zweitens: Solange diese Konferenz tagt – und dafür wäre realistischerweise ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren anzusetzen –, sollte auf jede militärische Eskalation auf beiden Seiten verzichtet werden. Es sollten der Verzicht auf eine Stationierung von zusätzlichen Truppen und die Errichtung von Infrastruktur auf beiden Seiten der Grenze der Russischen Föderation zu ihren westlichen Nachbarn ebenso wie die vollständige beiderseitige Transparenz bei Militärmanövern vereinbart werden. Außerdem müssen Fachdialoge auf militärischer Ebene revitalisiert werden, um eine Risikominimierung zu betreiben.

- Drittens: Der NATO-Russland-Dialog sollte auf politischer und militäri-

scher Ebene ohne Konditionen wiederbelebt werden. Dazu zählt auch ein Neuansatz für die europäische Rüstungskontrolle. Nach Wegfall für die Sicherheit Europas wesentlicher Vereinbarungen (INF-Vertrag, KSE-Vertrag, Vertrag über den offenen Himmel) ist es angesichts der russischen Truppenkonzentrationen an der Grenze zur Ukraine vordringlich, gezielt Maßnahmen zur Schaffung von mehr Transparenz, zur Förderung von Vertrauen durch Verstärkung von Kontakten auf politischen und militärischen Ebenen sowie zur Stabilisierung regionaler Konfliktsituationen zu vereinbaren.

- Viertens: Es sollte trotz der derzeitigen Lage über weitergehende ökonomische Kooperationsangebote nachgedacht werden. Der Rückgang der Bedeutung fossiler Energieträger, von deren Export die russische Wirtschaft stark abhängt, birgt die Gefahr wachsender wirtschaftlicher Risiken für Russland, die wiederum politische Instabilitäten bedingen könnten. Wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag zu europäischer Stabilität leisten und zudem ein Anreiz für Russland zur Rückkehr zu einer kooperativen Politik gegenüber dem Westen sein. Es müssen mithin win-win-Situationen geschaffen werden, die die derzeitige Blockade überwinden. Dazu gehört die Anerkennung der Sicherheitsinteressen beider Seiten. Mit Rücksicht darauf sollte in Fragen der künftigen Mitgliedschaften in NATO, EU und CSTO für die Dauer der Konferenz ein Freeze vereinbart werden. Dies würde keinen Verzicht auf die Einforderung grundlegender in der OSZE vereinbarter Standards bedeuten. Das mag für viele nicht einfach sein und auch nicht der reinen Lehre entsprechen. Aber jede Alternative ist deutlich schlechter. Deutschland kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Deutschland sollte alles unterlassen, was seine feste Verankerung im transatlantischen Verbund schwächen könnte, sollte auf De-Eskalation hinwirken und auf Vereinbarungen dringen, die den Einsatz militärischer Mittel in Europa jenseits der Bündnisverteidigung ausschließen. Dies sollte nicht als Einladung an Russland zur Veränderung des territorialen Status quo in Europa missverstanden werden, aber es gibt für die Ukraine-Krise keine militärische Lösung, die nicht zu einer unkontrollierbaren Eskalation führt.

Botschafter a.D. Ulrich Brandenburg, Deutscher Botschafter bei der NATO (2007-2010) und in Russland (2010-2014); Prof. Dr. Michael Brzoska, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (2006-2016); Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser, Abteilungsleiter Militärpolitik bei der deutschen NATOVertretung in Brüssel (2004-2008); Prof. Dr. Jörn Happel, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg; Botschafter a.D. Hans-Dieter Heumann, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2011-2015); Botschafter a.D. Hellmut Hoffmann, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Genfer Abrüstungskonferenz (2009-2013); Botschafter a.D. Heiner Horsten, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE in Wien (2008-2012); Brigadegeneral a.D. Hans Hübner, Kommandeur des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (1999-2003); Prof. Dr. Heinz Gerhard Justenhoven, Direktor des Instituts für Theologie und Frieden; Stephan Klaus, Sprecher der Jungen GSP; Generalleutnant a.D. Dr. Ulf von Krause, Befehlshaber des Streitkräfteunterstützungskommandos der Bundeswehr (2001-2005); Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking, Ständiger Vertreter

2.2. VARWICK UND ANDERE: „RAUS AUS DER ESKALATIONSSPIRALE“²¹

der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE in Wien (2012-2015); Prof. Dr. Gerhard Mangott, Universität Innsbruck; General a.D. Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr (1991-1996) und Vorsitzender des NATO Militärausschusses (1996-1999); Prof. em. Dr. August Pradetto, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg; Roger Näbig, Blog Konflikte und Sicherheit; Prof. Dr. Götz Neuneck, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (2009-2019); Jessica Nies, Sprecherin der Jungen GSP; Oberst a.D. Harry Preetz, Landesvorsitzender Bereich I der Gesellschaft für Sicherheitspolitik; Oberst a.D. Wolfgang Richter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Leitender Militärberater bei der deutschen OSZE-Vertretung (2005-2009); Oberst a.D. Richard Rohde, Sektionsleiter Bonn der Gesellschaft für Sicherheitspolitik; Botschafter a.D. Dr. Johannes Seidt, Chefinspekteur des Auswärtigen Amts 2014 bis 2017; Brigadegeneral a.D. Reiner Schwalb, Verteidigungsattaché an der deutschen Botschaft Moskau (2011-2018); Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg; Brigadegeneral a.D. Armin Staigis, Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (2013-2015); Prof. Dr. Johannes Varwick, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. Wolfgang Zellner, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Halle-Wittenberg; Dr. Wolfgang Zellner, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (2009-2019).

ViSdP: Johannes Varwick, Herderstr. 15., 10625 Berlin; post@johannes-varwick.d

Dazu: Johannes Varwick: Raus aus der Eskalationsspirale – ein Fallbeispiel, Beitrag für WELTTRENDS Beitrag_Varwick_Welttrends.pdf (johannes-varwick.de)

2.3 Russische Vertragsentwürfe für die USA und NATO und die Antworten

Russische Vertragsentwürfe für die USA und NATO und Antworten

Entwurf: Vertrag zwischen Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Sicherheitsgarantien

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage der Grundsätze der unteilbaren und gleichen Sicherheit und der ungeschmälernten Sicherheit füreinander zusammen. Und zu diesem Zweck ergreifen, beteiligen sich nicht an oder unterstützen keine Maßnahmen, die die Sicherheit der anderen Vertragspartei beeinträchtigen, und setzen keine Sicherheitsmaßnahmen um, die einzeln oder im Rahmen einer internationalen Organisation, eines Militärbündnisses oder einer Koalition ergriffen werden und die die grundlegenden Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei untergraben würden.

Die Vereinigten Staaten verpflichten sich, eine weitere Osterweiterung der Nordatlantikpakt-Organisation auszuschließen und die Aufnahme von Staaten, die früher zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gehörten, in das Bündnis zu verweigern.

Die Vereinigten Staaten errichten keine Militärstützpunkte im Hoheitsgebiet von Staaten, die früher zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gehörten und nicht Mitglied der Nordatlantikpakt-Organisation sind, nutzen deren Infrastruktur nicht zur Durchführung militärischer Aktivitäten und entwickeln keine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen.

Die Antwort der USA auf Russlands Vorschläge

Wir sind bereit, Russland auf bilateraler Ebene in den Strategischen Stabilitätsdialog zwischen den USA und Russland, in den NATO-Russland-Rat und in die OSZE einzubinden, um konkrete Verbesserungen der Sicherheit in Europa zu erreichen. In diesen Dialogen sind die Vereinigten Staaten offen für die Erörterung von Sicherheitsfragen, die für Russland, die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten und Partner von Bedeutung sind. Die Vereinigten Staaten unterstützen weiterhin nachdrücklich die Politik der offenen Tür der NATO und sind der Auffassung, dass der NATO-Russland-Rat das geeignete Forum für die Erörterung dieser Frage ist (Artikel 4 des von Russland vorgeschlagenen bilateralen Vertrags).

Wir sind auch bereit, die Unteilbarkeit der Sicherheit – und unsere jeweiligen Auslegungen dieses Konzepts – zu erörtern, wie sie in Artikel 1 des von Russland vorgeschlagenen Entwurfs eines bilateralen Vertrags dargelegt ist. Wir nehmen das gemeinsam vereinbarte Konzept der umfassenden, kollektiven, gleichen und unteilbaren Sicherheit ernst, das in der Gedenkerklärung des OSZE-Gipfels von Astana 2010 dargelegt wurde, in der sowohl die Vereinigten Staaten als auch Russland das jedem Teilnehmerstaat innewohnende Recht bekräftigten, seine Sicherheitsvereinbarungen, einschließlich verbündeter Verträge, frei zu wählen oder zu ändern.

Entwurf: Abkommen über Sicherheitsmaßnahmen zwischen Russland und den Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation

2.3. RUSSISCHE VERTRAGSENTWÜRFE FÜR DIE USA UND NATO UND DIE ANTWORTEN²³

Russland und die Mitgliedstaaten der Nordatlantiktakt-Organisation (NATO), im Folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind . . . wie folgt übereingekommen:

Die Vertragsparteien gestalten ihre Beziehungen untereinander auf der Grundlage der Grundsätze der Zusammenarbeit sowie der gleichen und unteilbaren Sicherheit. Sie dürfen ihre Sicherheit weder einzeln noch innerhalb einer internationalen Organisation, eines Militärbündnisses oder einer Koalition auf Kosten der Sicherheit anderer stärken.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine Bedingungen oder Situationen zu schaffen, die eine Bedrohung der nationalen Sicherheit anderer Mitglieder darstellen oder als solche angesehen werden könnten.

Russland und alle Vertragsparteien, die am 27. Mai 1997 Mitgliedstaaten der Nordatlantiktakt-Organisation waren, stationieren ihre Streitkräfte und Rüstungsgüter nicht zusätzlich zu den Streitkräften und Rüstungsgütern, die am 27. Mai 1997 im Hoheitsgebiet eines anderen europäischen Staates stationiert waren. In Ausnahmefällen, in denen es erforderlich ist, eine Bedrohung der Sicherheit einer oder mehrerer Vertragsparteien zu neutralisieren, können solche Stationierungen mit Zustimmung aller Vertragsparteien durchgeführt werden.

Die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Nordatlantiktakt-Organisation sind, verpflichten sich, eine weitere Ausdehnung der NATO, einschließlich des Beitritts der Ukraine und anderer Staaten, auszuschließen.

Die Antwort der NATO auf Russlands Vorschlag

1 Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis und stellt keine Bedrohung für Russland dar.

2 Wir sind der festen Überzeugung, dass Konflikte und Meinungsverschiedenheiten durch Dialog und Diplomatie, ohne Drohungen oder Gewaltanwendung gelöst werden sollten. Angesichts der substantiellen, unprovokierten, ungerechtfertigten und anhaltenden russischen Militäraufrüstung in und nahe der Ukraine und in Weißrussland fordern wir Russland auf, die Spannungen unverzüglich abzubauen – dies muss nachprüfbar, zeitnah und langfristig geschehen. Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, einschließlich der Krim, innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Eine Lösung des Ukraine-Konflikts im Einklang mit den Punkten des Minsker Abkommens und auf der Grundlage der vereinbarten Formate könnte die Sicherheitslage und die Stabilitätsaussichten in Europa erheblich verbessern.

8 Europäische Sicherheit, einschließlich der Situation in und um die Ukraine:

8.1 Alle Länder sollen die Grundsätze der Souveränität, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität der Staaten achten und einhalten und auf die Androhung von Gewalt verzichten.

8.2 Alle Staaten respektieren das Recht anderer Staaten, Sicherheitsvereinbarungen zu wählen oder zu ändern und ihre eigene Zukunft und Außenpolitik ohne Einmischung von außen zu bestimmen. In diesem Sinne bekräftigen wir unser Bekenntnis zur Politik der offenen Tür der NATO im Einklang mit Artikel 10 des Washingtoner Vertrags.

9 Wir sind weiterhin offen für konstruktive Gespräche und einen Dialog mit Russland über gegenseitige Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen,

einschließlich der Erörterung der folgenden Vorschläge ...

TREATY BETWEEN THE UNITED STATES OF AMERICA AND THE RUSSIAN FEDERATION ON SECURITY GUARANTEES - Министерство иностранных дел Российской Федерации (augengeradeaus.net),

AGREEMENT ON MEASURES TO ENSURE THE SECURITY OF THE RUSSIAN FEDERATION AND MEMBER STATES OF THE NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION - Министерство иностранных дел Российской Федерации (augengeradeaus.net)

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien - Министерство иностранных дел Российской Федерации (mid.ru), Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien - Министерство иностранных дел Российской Федерации (mid.ru)

Die Antworten von USA und NATO auf Russlands Vorschläge wurden geleakt – Teil 1: NATO | Linke Zeitung

Die Antworten von USA und NATO auf Russlands Vorschläge wurden geleakt – Teil 2: USA | Linke Zeitung

2.4 Beschlüsse der UNO

Sicherheitsrat – Vereinte Nationen – S/2022/155 – 25. Februar 2022

Albanien, Andorra, Antigua und Barbuda, Australien, Bahamas, Barbados, Belgien, Belize, Bosnien und Herzegowina, Botsuana, Bulgarien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, Dominikanische Republik, Ecuador, Estland, Fidschi, Finnland, Frankreich, Gambia, Georgien, Grenada, Griechenland, Guatemala, Haiti, Irland, Island, Italien, Jamaika, Japan, Kanada, Kiribati, Kolumbien, Kroatien, Kuwait, Lesotho, Lettland, Liberia, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Marshallinseln, Mikronesien (Föderierte Staaten von), Monaco, Montenegro, Neuseeland, Niederlande, Niger, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Palau, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Polen, Portugal, Republik Korea, Republik Moldau, Rumänien, Samoa, San Marino, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Spanien, Suriname, Timor-Leste, Trinidad und Tobago, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern:

2.4.1 Resolutionsentwurf - Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis darauf, dass alle Staaten nach Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder anderweitig mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen und ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen,

unter Hinweis auf seine Hauptverantwortung nach der Charta der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

unter Hinweis auf die Schlussakte von Helsinki der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 und das Budapester Memorandum von 1994,

unter Hinweis auf seine Resolution 2202 (2015), in der die Parteien aufgefordert werden, das „Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“, einschließlich der darin vorgesehenen umfassenden Waffenruhe, vollständig umzusetzen, sowie betonend, wie wichtig die vollständige Durchführung des Minsker Protokolls vom 5. September 2014 und des Minsker Memorandums vom 19. September 2014 ist,

sich der Forderung des Generalsekretärs an die Russische Föderation nach Einstellung ihrer Offensive gegen die Ukraine anschließend,

verurteilend, dass die Russische Föderation am 23. Februar 2022 eine „besondere Militäroperation“ in der Ukraine verkündet hat, mit dem Ausdruck seiner großen Besorgnis über Meldungen, wonach es Opfer unter der Zivilbevölkerung gibt,

1. bekräftigt sein Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und

- territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen;
2. missbilligt auf das Entschiedenste die gegen die Ukraine gerichtete Aggression der Russischen Föderation unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen;
 3. beschließt, dass die Russische Föderation die Anwendung von Gewalt gegen die Ukraine sofort einzustellen und jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen einen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen zu unterlassen hat;
 4. beschließt, dass die Russische Föderation ihre gesamten Streitkräfte sofort vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzuziehen hat;
 5. missbilligt den Beschluss der Russischen Föderation vom 21. Februar 2022 im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine als Verletzung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität der Ukraine und als mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar;
 6. beschließt, dass die Russische Föderation den Beschluss im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine sofort und bedingungslos rückgängig zu machen hat;
 7. fordert die Parteien auf, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten und in den relevanten internationalen Rahmen, einschließlich des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf ihre vollständige Durchführung hinzuwirken;
 8. fordert alle Parteien auf, den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe zu den hilfebedürftigen Menschen in der Ukraine zu gestatten und zu erleichtern und die Zivilbevölkerung, darunter auch das humanitäre Personal und die Menschen in prekären Situationen, einschließlich Kindern, zu schützen;
 9. verurteilt alle Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und alle Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und fordert alle Parteien auf, die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Genfer Abkommen von 1949 und deren Zusatzprotokollen von 1977, soweit anwendbar, strikt einzuhalten und die Menschenrechte zu achten;
 10. begrüßt und fordert mit Nachdruck die Fortsetzung der Anstrengungen des Generalsekretärs, von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen, die Deeskalation der aktuellen Situation zu unterstützen, sowie die Anstrengungen der Vereinten Nationen, der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise zu begegnen, die durch die Aggression der Russischen Föderation ausgelöst wurden;

11. beschließt, mit dieser Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

<https://undocs.org/S/2022/155>

2.4.2 Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 2. März 2022

Aggression gegen die Ukraine - Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der überragenden Bedeutung der Charta der Vereinten Nationen für die Förderung der Herrschaft des Rechts in den Beziehungen zwischen den Nationen,

unter Hinweis darauf, dass alle Staaten nach Artikel 2 der Charta verpflichtet sind, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder anderweitig mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen und ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen,

sowie unter Hinweis auf die nach Artikel 2 Absatz 2 der Charta bestehende Verpflichtung, dass alle Mitglieder, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit der Charta übernehmen, erfüllen,

Kenntnis nehmend von der Resolution 2623 (2022) des Sicherheitsrats vom 27. Februar 2022, in der der Rat eine Notstandssondertagung der Generalversammlung einberief, um die in Dokument S/Agenda/8979 enthaltene Frage zu prüfen,

unter Hinweis auf die Resolution 377 A (V) der Generalversammlung vom 3. November 1950 mit dem Titel „Vereint für den Frieden“ und in Anbetracht dessen, dass die fehlende Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats auf seiner 8979. Sitzung den Rat daran gehindert hat, seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wahrzunehmen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970, in der sie die Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen billigte, und in Bekräftigung der darin enthaltenen Grundsätze, dass das Hoheitsgebiet eines Staates nicht zum Gegenstand der Aneignung durch einen anderen Staat als Ergebnis der Androhung oder Anwendung von Gewalt gemacht werden darf und dass jeder Versuch, die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit eines Staates oder Landes teilweise oder gänzlich zu zerstören oder seine politische Unabhängigkeit zu beeinträchtigen, mit den Zielen und Grundsätzen der Charta unvereinbar ist,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, nach der „Aggression“ die gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit der Charta unvereinbare Anwendung von Waffengewalt durch einen anderen Staat ist,

eingedenk der Bedeutung der Wahrung und Festigung des Weltfriedens auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Achtung der Menschenrechte sowie der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen unabhängig von ihrem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System oder von ihrem Entwicklungsstand,

unter Hinweis auf die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet wurde, und auf die Vereinbarung über Sicherheitsgarantien im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zu dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Budapester Memorandum) vom 5. Dezember 1994,

verurteilend, dass die Russische Föderation am 24. Februar 2022 eine „militärische Sonderoperation“ in der Ukraine angekündigt hat,

erneut erklärend, dass ein sich aus der Androhung oder Anwendung von Gewalt ergebender Gebietserwerb nicht als rechtmäßig anerkannt werden darf,

mit dem Ausdruck ihrer ernststen Besorgnis angesichts von Berichten über Angriffe auf zivile Einrichtungen wie Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser und über Opfer unter der Zivilbevölkerung, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Kinder,

feststellend, dass die militärischen Operationen der Russischen Föderation innerhalb des Hoheitsgebiets der Ukraine ein Ausmaß haben, das die internationale Gemeinschaft in Europa seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hat, und dass dringend gehandelt werden muss, um diese Generation vor der Geißel des Krieges zu bewahren,

der Erklärung des Generalsekretärs vom 24. Februar 2022 beipflichtend, in der er daran erinnerte, dass die Anwendung von Gewalt durch ein Land gegen ein anderes Land eine Zurückweisung der Grundsätze darstellt, zu deren Einhaltung sich jedes Land verpflichtet hat, und dass die aktuelle Militäroffensive der Russischen Föderation gegen die Charta verstößt,

unter Verurteilung der Entscheidung der Russischen Föderation, den Bereitschaftsgrad ihrer Nuklearstreitkräfte zu erhöhen,

mit dem Ausdruck ihrer ernststen Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären Lage in der und um die Ukraine, wo ständig mehr Binnenvertriebene und Flüchtlinge humanitäre Hilfe benötigen,

sowie mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, dass der Konflikt angesichts dessen, dass die Ukraine und die Region zu den weltweit wichtigsten Getreide- und Agrarexportgebieten gehören, und zu einem Zeitpunkt, zu dem Millionen Menschen in mehreren Weltregionen von Hungersnot betroffen oder unmittelbar bedroht sind oder unter schwerer Ernährungsunsicherheit leiden, sich nachteilig auf die weltweite Ernährungssicherheit sowie auf die Energiesicherheit auswirken könnte,

unter Begrüßung der fortwährenden Anstrengungen des Generalsekretärs und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen, die Deeskalation der Situation in Bezug auf die Ukraine zu unterstützen, und unter Befürwortung eines anhaltenden Dialogs,

1. bekräftigt ihr Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer;
2. missbilligt auf das Schärfste die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 4 der Charta;
3. verlangt, dass die Russische Föderation ihre Gewaltanwendung gegen die Ukraine sofort einstellt und jede weitere rechtswidrige Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen jedweden Mitgliedstaat unterlässt;
4. verlangt außerdem, dass die Russische Föderation alle ihre Streitkräfte unverzüglich, vollständig und bedingungslos aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen abzieht;
5. missbilligt die Entscheidung der Russischen Föderation vom 21. Februar 2022 im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine als eine Verletzung der territorialen Unversehrtheit und der Souveränität der Ukraine und als mit den Grundsätzen der Charta unvereinbar;
6. verlangt, dass die Russische Föderation die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Status bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk in der Ukraine unverzüglich und bedingungslos rückgängig macht;
7. fordert die Russische Föderation auf, sich an die in der Charta und in der Erklärung über freundschaftliche Beziehungen¹ verankerten Grundsätze zu halten;
8. fordert die Parteien auf, sich an die Minsker Vereinbarungen zu halten und in den einschlägigen internationalen Rahmen, einschließlich des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, konstruktiv auf deren vollständige Durchführung hinzuwirken;
9. verlangt, dass alle Parteien den sicheren und ungehinderten Durchlass zu Zielen außerhalb der Ukraine gestatten und den raschen, sicheren und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe für die Hilfebedürftigen in der Ukraine erleichtern, dass sie Zivilpersonen, einschließlich des humanitären Personals, und Menschen in verletzlichen Situationen, darunter Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, indigene Völker, Migrantinnen und Migranten und Kinder, schützen und die Menschenrechte achten;
10. missbilligt die Beteiligung von Belarus an dieser rechtswidrigen Gewaltanwendung gegen die Ukraine und fordert das Land auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen;
11. verurteilt alle Verletzungen des humanitären Völkerrechts sowie alle Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und fordert alle Parteien auf, die einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, einschließlich

der Genfer Abkommen von 1949 und des Zusatzprotokolls I von 1977, soweit anwendbar, strikt einzuhalten und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten, und verlangt in dieser Hinsicht ferner, dass alle Parteien die Schonung und den Schutz des gesamten Sanitätspersonals und ausschließlich medizinische Aufgaben wahrnehmenden humanitären Personals, seiner Transportmittel und Ausrüstung sowie der Krankenhäuser und anderer medizinischer Einrichtungen gewährleisten;

12. verlangt, dass alle Parteien ihren nach dem humanitären Völkerrecht bestehenden Verpflichtungen vollständig nachkommen, die Zivilbevölkerung und zivile Objekte zu schonen, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Gegenstände weder anzugreifen noch zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen und humanitäres Personal und für humanitäre Hilfseinsätze verwendete Sendungen zu schonen und zu schützen;
13. ersucht den Nothilfekoordinator, 30 Tage nach der Verabschiedung dieser Resolution einen Bericht über die humanitäre Lage in der Ukraine und über die humanitären Maßnahmen vorzulegen;
14. fordert nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel;
15. begrüßt und fordert nachdrücklich die fortgesetzten Anstrengungen des Generalsekretärs, von Mitgliedstaaten, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen zur Unterstützung der Deeskalation der aktuellen Situation sowie die Anstrengungen der Vereinten Nationen, namentlich des Krisenkoordinators der Vereinten Nationen für die Ukraine, und humanitärer Organisationen zur Bewältigung der humanitären Krise und der Flüchtlingskrise, die durch die Aggression der Russischen Föderation entstanden sind;
16. beschließt, die elfte Notstandssondertagung der Generalversammlung vorläufig zu vertagen und den Präsidenten der Generalversammlung zu ermächtigen, die Tagung auf Antrag von Mitgliedstaaten wiederaufzunehmen.

2.5 Claudia Major + Christian Mölling: Sicherheitsordnung - Zusammen mit Russland, das geht nicht mehr

Putin hat die bisherige Sicherheitsordnung weggebombt. Was darauf folgt, muss schon jetzt gestaltet werden – insbesondere von Deutschland. Sonst bliebe Europa verwundbar. Ein Gastbeitrag von Claudia Major und Christian Mölling 24. März 2022, 9:02 Uhr 413

Claudia Major leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Christian Mölling ist Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Unabhängig davon, wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine enden wird, glauben Sie: Die Welt wird auf lange Zeit unfriedlich sein, Deutschland und Europa müssen sich darauf einstellen.

Die neue Sicherheitsordnung in Europa wird für lange Zeit nicht mehr kooperativ-integrativ zusammen mit Russland funktionieren, sondern ohne oder sogar gegen Russland. Zu Ende ist erstens die Ordnung, die ausdrücklich ein Miteinander und Kooperation vorsah und Prinzipien dafür fest schrieb, wie territoriale Integrität, friedliche Konfliktlösung und Souveränität. Dies hatten die Europäer, inklusive der Sowjetunion als Vorläufer der Russischen Föderation, zum Beispiel in der Helsinki-Schlussakte (1975) und der Charta von Paris (1990) gemeinsam verankert. Russland hatte diese Regeln auch nach dem Zerfall der Sowjetunion akzeptiert, etwa in der Nato-Russland Grundakte von 1997. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die russische Führung diese Ordnung zunehmend defizitär fand und sich daraus verabschiedete – das zeigte die Annexion der Krim 2014.

Zweitens ist auch die Zeit endgültig vorbei, in der sich Krieg und Frieden sauber trennen und Konflikte klar begrenzen ließen. Eine neue Ordnung muss anerkennen, dass Europa in permanenten Auseinandersetzungen steht, sei es mit Russland oder China. Dabei wird der Konflikt auf alle Lebensbereiche ausgeweitet und nicht mehr nur militärisch geführt: Politik, Gesellschaft und Individuen werden zum Ziel von Angriffen. Den Angreifenden geht es darum, unsere internen Strukturen zu zerstören: gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Institutionen, Freiheit und Pluralität, und funktionierende kritische Infrastrukturen – sei es durch Cyberangriffe auf Parlamente und Wirtschaft, Falschinformationen oder das Einkauf von kritischen Infrastrukturen wie Häfen. Diese Konflikte gewinnt, wer verschiedene Felder miteinander vernetzt und die Intensität des Vorgehens je nach Feld variieren kann.

Die Ukraine ist hier nur das jüngste Beispiel: Schon lange vor dem Großangriff vom Februar 2022 war die Ukraine jahrelang Opfer russischer Aggression und Erpressung unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges. Cyberangriffe, Fake News, wirtschaftlicher Druck und militärische Zwischenfälle mit Russland gehörten zur Tagesordnung. Und auch wenn die Armeen zum Stillstand kommen und dieser Krieg aufhört, bedeutet es nicht, dass der Konflikt beendet wäre

und die Gewalt aufhört. Russland schickt Flüchtlinge und spricht im Informationskrieg von Friedenstruppen und Entnazifizierung, wenn es Besatzung und Tötung von Zivilisten meint.

Deutschland und Europa brauchen also eine Konfliktstrategie, um die eigenen Interessen in einer dauerhaft unfriedlichen Welt durchzusetzen – explizit gegen die Interessen anderer, die unseren entgegenstehen, oder, noch schlimmer, deren Interesse es ist, unsere Lebensweise von der Landkarte zu streichen.

Im konkreten Fall bedeutet es, eine Sicherheitsordnung zu schaffen, die ohne oder gegen Russland funktioniert, aber bereits andere Konflikte, wie mit China, und Verschiebungen von Macht und Konflikte durch den Klimawandel mitdenkt.

Eine solche Sicherheitsordnung muss auf vier Pfeilern ruhen:

Prinzipien: Auch wenn Wladimir Putin das Völkerrecht bricht, müssen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht für Europa unverhandelbar bleiben. Sie machen den Unterschied aus gegenüber Autokratien. Das zwingt die Europäer, diese Prinzipien auch bei sich selbst durchzusetzen, etwa mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit in Ungarn und Polen, sonst verlieren sie ihre Glaubwürdigkeit.

Geopolitik: Die EU sollte gezielter die Länder einbinden, die Russland als seine Einflussosphäre begreift und über die es sein Störpotenzial, etwa durch politische Aufwiegung, gegen die EU auszuspielen sucht: vom Balkan über Moldau bis zur Ukraine und Belarus. Es braucht eine EU, die ihren Anspruch als geopolitische Akteurin umsetzt und zugleich akzeptiert, dass es hierfür Partner braucht: etwa Großbritannien oder die Türkei. Zugleich sollten die EU-Staaten die Idee des "Westens" neu etablieren: Es ist kein geografisches Konzept, sondern es geht weltweit um Staaten, die Ideen und Prinzipien teilen, wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehören die transatlantischen Partner USA und Kanada, aber auch Japan, Australien und all jene, die sich zu diesen Prinzipien bekennen.

Wirtschaft: Die westlichen Sanktionen haben auch für Europa hohe Kosten, weil es sich in einseitige Abhängigkeiten von Rohstoffen und Energie begeben hat. Digitalisierung und Klimawandel sind der Ausweg, den Deutschland und seine westlichen Partner für Wohlstand aber auch Sicherheit in Zukunft beschreiten müssen. Dabei gibt es zwei Schlüsselemente: Diversifizierung und Obacht bei der Wahl der Handelspartner einerseits, technologische Modernisierung und grünes Wirtschaften andererseits. Deshalb sollte das demokratische Europa bei seiner geopolitischen Ausrichtung einen grünen Marshallplan für die europäischen Ringstaaten, wie Ukraine und Moldau, mitdenken. Der Teil der Energietransformation sollte je nach Ausgang des Kriegs sogar Russland offenstehen. Gleichzeitig müssen die Sanktionen erhalten bleiben oder sich schnell reaktivieren lassen.

Verteidigung: Unsere Demokratien, Bevölkerungen und Territorien müssen geschützt werden. Dafür braucht es einsatzfähige Streitkräfte, die auch gewährleisten, dass der Westen Regeln, etwa über Grenzen, durchsetzen kann. Die Nato bringt gerade eine Neuaufstellung auf den Weg, denn allein mit der De-facto-Annexion von Belarus hat Russland seine Westgrenze näher an die Nato herangeschoben.

2.5. CLAUDIA MAJOR + CHRISTIAN MÖLLING: SICHERHEITSORDNUNG - ZUSAMMEN MIT RUSSLAND

Deutschlands Beitrag zu dieser europäischen Neuaufstellung ist entscheidend. Politisch braucht es die Regierung in Berlin, um die anderen Europäer hinter diesen Zielen zu vereinen. Wirtschaftlich bleibt Deutschland das Powerhouse, das beispielhaft vorangehen kann, sei es bei Klimapolitik oder Energiediversifizierung. Sicherheitspolitisch hat Deutschland absehbar den größten Verteidigungshaushalt in Europa, seine Beiträge zur Nato werden entscheidend dafür sein, ob die Allianz eine glaubhafte Lebensversicherung für die Europäer und Europäerinnen ist. Deswegen ist die Umsetzung der von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigten Zeitenwende keine rein deutsche Hausaufgabe. Es ist die notwendige Voraussetzung für die Gestaltung einer neuen europäischen Sicherheitsordnung.

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/russland-kooperative-sicherheitsordnung-krieg-ukraine-deutschland>

2.6 Das Istanbuler Kommuniqué vom 29. März 2022

Vorschlag 1: Die Ukraine erklärt sich selbst zu einem neutralen Staat und verspricht, blockfrei zu bleiben und auf die Entwicklung von Atomwaffen zu verzichten – im Gegenzug für internationale rechtliche Garantien. Zu den möglichen Garantiestaaten gehören Russland, Großbritannien, China, die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel, aber auch andere Staaten wären willkommen, dem Vertrag beizutreten.

Vorschlag 2: Diese internationalen Sicherheitsgarantien für die Ukraine würden sich nicht auf die Krim, Sewastopol oder bestimmte Gebiete im Donbas erstrecken. Die Vertragsparteien müssten die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Partei diese Grenzen unterschiedlich versteht.

Vorschlag 3: Die Ukraine verpflichtet sich, keiner Militärkoalition beizutreten und keine ausländischen Militärstützpunkte oder Truppenkontingente aufzunehmen. Jegliche internationale Militärübungen wären nur mit Zustimmung der Garantiestaaten möglich. Die Garantiestaaten bestätigen ihrerseits ihre Absicht, die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union zu fördern.

Vorschlag 4: Die Ukraine und die Garantiestaaten kommen überein, dass (im Falle einer Aggression, eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine oder einer Militäroperation gegen die Ukraine) jeder der Garantiestaaten nach dringenden und sofortigen gegenseitigen Konsultationen (die innerhalb von drei Tagen stattfinden müssen) über die Ausübung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung (wie in Artikel 51 der UN-Charta anerkannt) (als Reaktion auf einen offiziellen Appell der Ukraine und auf dessen Grundlage) der Ukraine als dauerhaft neutralem Staat, der angegriffen wird, Hilfe leisten wird. Diese Hilfe wird durch die sofortige Durchführung der erforderlichen individuellen oder gemeinsamen Maßnahmen erleichtert, einschließlich der Schließung des ukrainischen Luftraums, der Bereitstellung der erforderlichen Waffen und der Anwendung bewaffneter Gewalt mit dem Ziel, die Sicherheit der Ukraine als dauerhaft neutralen Staat wiederherzustellen und dann zu erhalten.

Vorschlag 5: Jeder derartige bewaffnete Angriff (jede militärische Operation überhaupt) und alle daraufhin ergriffenen Maßnahmen werden unverzüglich dem UN-Sicherheitsrat gemeldet. Diese Maßnahmen werden eingestellt, sobald der UN-Sicherheitsrat die zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat.

Vorschlag 6: Zum Schutz vor möglichen Provokationen wird das Abkommen den Mechanismus zur Erfüllung der Sicherheitsgarantien der Ukraine auf der Grundlage der Ergebnisse von Konsultationen zwischen der Ukraine und den Garantiestaaten regeln.

Vorschlag 7: Der Vertrag gilt vorläufig ab dem Datum seiner Unterzeichnung durch die Ukraine und alle oder die meisten Garantiestaaten.

Der Vertrag tritt in Kraft, nachdem (1) der dauerhaft neutrale Status der Ukraine in einem landesweiten Referendum gebilligt wurde, (2) die entsprechen-

den Änderungen in die ukrainische Verfassung aufgenommen wurden und (3) die Ratifizierung in den Parlamenten der Ukraine und der Garantiestaaten erfolgt ist.

Vorschlag 8: Der Wunsch der Parteien, die Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol zu lösen, wird für einen Zeitraum von 15 Jahren in bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland eingebracht. Die Ukraine und Russland verpflichten sich außerdem, diese Fragen nicht mit militärischen Mitteln zu lösen und die diplomatischen Lösungsbemühungen fortzusetzen.

Vorschlag 9: Die Parteien setzen ihre Konsultationen (unter Einbeziehung anderer Garantiestaaten) fort, um die Bestimmungen eines Vertrags über Sicherheitsgarantien für die Ukraine, die Modalitäten der Waffenruhe, den Rückzug von Truppen und anderen paramilitärischen Verbänden und die Öffnung und Gewährleistung sicher funktionierender humanitärer Korridore auf kontinuierlicher Basis sowie den Austausch von Leichen und die Freilassung von Kriegsgefangenen und internierten Zivilisten vorzubereiten und zu vereinbaren.

Vorschlag 10: Die Parteien halten es für möglich, ein Treffen zwischen den Präsidenten der Ukraine und Russlands abzuhalten, um einen Vertrag zu unterzeichnen und/oder politische Beschlüsse zu anderen ungelösten Fragen zu fassen.”

Michael von der Schulenburg, Hajo Funke, Harald Kujat – Frieden für Ukraine - Brave New Europe

2.7 Deitelhoff, Nicole: Für den Frieden rüsten?

Letztlich hat Putins Invasion der Ukraine die kooperative Sicherheitsordnung in Europa zerstört, aber nicht diese Ordnung war verantwortlich für diesen Krieg. Nein, Putin trägt dafür die Verantwortung. Seine Entscheidung zum Einmarsch in die Ukraine kam nicht zu einer Zeit, in der die Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato virulent gewesen wäre. Ganz im Gegenteil war diese eigentlich vom Tisch, wie der ukrainische Präsident bereits im Kontext der Nato-Gespräche im Sommer 2021 selbst eingeräumt hatte. Eine tatsächliche Sicherheitsbedrohung Russlands gab es mithin nicht. Auch für den von Putin behaupteten Genozid an der russischstämmigen Bevölkerung im Donbas gab es zu keinem Zeitpunkt Anhaltspunkte. Das kaltblütige Zusammenziehen russischer Truppen, die Inszenierung der zahllosen Gespräche, die Staatsoberhäupter, Nato- und EU-Vertreter*innen mit Putin führten, zeigen stattdessen seine Verachtung für die gemeinsamen Normen und Institutionen sowohl der europäischen Sicherheitsordnung als auch der globalen: Der russische Präsident war entschlossen, diesen Krieg zu führen, weil er dachte, damit durchzukommen. Alle politischen Ordnungen kennen solche Aggressoren oder „rogues“, die generell eine sehr geringe Bereitschaft zeigen, sich an gemeinsame Normen und Vereinbarungen zu halten. In staatlichen Ordnungen existieren Strafrecht und Sicherheitsbehörden, um die Gefahren, die diese „rogues“ für andere und gegebenenfalls für die Ordnung als Ganzes bedeuten, einzudämmen. In übernationalen Ordnungen gibt es das internationale Recht und das Völkerstrafrecht, aber keine vergleichbaren Sicherheitsbehörden, die es zentral durchsetzen könnten. Stattdessen ist die Ordnung auf die dezentrale Rechtsdurchsetzung in Form von Sanktionierung und Gewalt durch einzelne Staaten angewiesen, das heißt auf militärische und zivile Zwangsmaßnahmen bzw. deren glaubwürdige Androhung, wie wir es derzeit gegenüber Russland erleben. Worauf sollten nun aber politische Ordnungen gegründet werden? Auf die wenigen „rogues“ oder die durchschnittlichen Regelbefolger?

Das Sonderproblem der Massenvernichtungswaffen

In internationalen Ordnungen haben wir es allerdings mit einer anderen Qualität von „Rogues“ zu tun, denn diese verfügen im ungünstigsten Fall über Massenvernichtungswaffen, und es gibt jenseits aller Institutionalisierungsschübe in der internationalen Politik auch kein ähnlich intensives und extensives System von aufeinander bezogenen Verfahren und Institutionen, das die Mitglieder in einer regelmäßigen Interaktion hält. Deswegen stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Einsicht und Zwang in übernationalen Ordnungen noch einmal anders. Das heißt aber nicht, dass sich übernationale Ordnungen allein an diesen „rogues“ ausrichten und rein auf Repression bzw. hier Abschreckung setzen müssen, denn auch hier zeigen die Erfahrungen, dass die ausschließliche Ausrichtung an Abschreckung keine belastbare Grundlage für Stabilität ist. Auch diese Ordnungen sind ausgesprochen kostspielig. Das zeigte sich auch in der Ära des Kalten Krieges, dessen Rüstungswettläufe und Stellvertreterkriege enorme Belastungen für die Volkswirtschaften der Supermächte zur Folge hatten.

Sie sind aber auch, was heute leider oft verdrängt wird, sehr instabil. Die vielen „near misses“ bzw. Beinahe-Katastrophen des Kalten Krieges, die bekann-

teren davon die Berlin-Blockaden von 1948 bis 1949 und von 1958 bis 1959 oder die Kubakrise von 1961, brachten die Welt mehrfach an den Rand der nuklearen Vernichtung – gerade weil es keine gemeinsamen Normen, Verfahren oder Regeln gab, die es erlaubt hätten, die Absichten des jeweils anderen korrekt einzuschätzen. Dafür hätte es regelmäßiger Kommunikation und eines Rahmens bedurft, in dem sie stattfinden konnte, wie sie sich in der Phase der Detente entwickelte, und der Erfahrung gemeinsamer Erwirtschaftung von Gewinnen, die der Kooperation einen eigenen Wert zuweisen konnten. Auch international sind mithin diejenigen Ordnungen besser aufgestellt, die nicht allein auf Repression und Abschreckung setzen, sondern die zugleich ein Netz gemeinsamer Normen, Regeln und Verfahren pflegen, das die Interaktionen zwischen ihren Mitgliedern strukturiert und in das diese hinein sozialisiert werden. Dazu zählt im weiteren Sinne auch die Förderung von Verflechtung zwischen ihren Mitgliedern, denn diese sind ein wesentlicher Faktor, um das Interesse an Kooperation zu stabilisieren.

Für eine zukünftige Sicherheits- und Friedensordnung wird darum mehr als militärische Abschreckung und Wehrfähigkeit benötigt, auch wenn diese unbedingt geboten sind, um den wenigen, aber potenten „rogues“ zunächst Einhalt zu gebieten und die Gefahr einzudämmen, die von ihnen für andere und für die Ordnung im Ganzen ausgeht. Um nachhaltig stabil zu sein, sind Verflechtung wichtig sowie gemeinsame Normen und Institutionen, um diese zu managen. Angesichts der brutalisierten Kriegsführung des russischen Regimes in der Ukraine und der offensichtlichen Kriegsverbrechen in Mariupol oder Butscha ist diese neue Ordnung gegenwärtig kaum mehr als ein flüchtiger Gedanke. Und dennoch lohnt es sich, den Blick in die Zukunft zu wagen, die mittelfristig vor allem auf kontrollierte Entflechtung und Koexistenz fokussiert sein dürfte. Obwohl der Krieg in der Ukraine im Mai 2022 noch wütet und noch nicht abzusehen ist, wie er enden wird, schälen sich in seinem Schatten die ersten zarten Konturen einer künftigen Europäischen Sicherheitsordnung heraus. Gegenwärtig erleben wir den Abbau der alten Ordnung. Politisch lässt sich das im Ausschluss Russlands aus dem Europarat beobachten oder in russischen Andeutungen, auch die OSZE oder etwa die verbleibenden Rüstungskontrollabkommen stünden zur Disposition. Natürlich sind nicht alle diese Entwicklungen gänzlich neu. Die Regime der Rüstungskontrolle stecken bereits seit Jahren in einer Krise. Alle Bemühungen um eine Neubelebung der Rüstungskontrolle haben mit diesem Krieg aber einen nachhaltigen Dämpfer erhalten.

Wirtschaftlich hat die Entflechtung bereits mit den Sanktionspaketen eingesetzt, die in weiten Bereichen die Entflechtung der Volkswirtschaften vorantreiben. Und auch über die konkreten Sanktionen hinaus ziehen sich immer mehr Firmen aus Russland zurück, um zukünftigen Sanktionen zuvorzukommen oder eine negative Presse zu vermeiden. Schließlich wird auch die längerfristige Entflechtung vorangetrieben, etwa im Bereich kritischer Infrastrukturen und Ressourcen. Diese Form der kontrollierten Entflechtung ist auch notwendig, um zu verhindern, dass Russland die Verflechtung als Druckmittel im Konflikt nutzen kann. Dieses Phänomen einer „weaponized interdependence“ tritt immer dann auf, wenn die wechselseitige Verflechtung extrem asymmetrisch ausgeprägt ist,

also eine Seite eine so zentrale Position in einem Netzwerk oder in einer Wertschöpfungskette einnehmen kann (beispielsweise durch die Verfügung über Rohstoffe oder zentrale Technologien), dass sie in der Lage ist, die andere Seite zu erpressen.[10] Russland hat genau dies mit Blick auf die Energieversorgung in Europa angedroht und mit Blick auf Polen und Rumänien bereits angewendet.

Kontrollierte Entflechtung und Koexistenz

Interdependenz bzw. Verflechtung erzeugt jedoch nicht automatisch positive Effekte für internationale Ordnungen, entscheidend sind deren Qualität und Form sowie ihre Absicherung. Jede Form der Verflechtung erzeugt immer auch Kosten für die beteiligten Akteure, weil sie deren Handlungsfreiheiten einschränkt. Im Idealfall sind diese Kosten symmetrisch verteilt, aber in der Regel sind sie eher asymmetrisch ausgeprägt. Das ist im Prinzip auch nicht dramatisch, weil sich solche Ungleichgewichte durch weitere Interdependenzen wieder ausgleichen. Je gravierender aber die Asymmetrie, das heißt die Verwundbarkeit, die dadurch für eine Seite erzeugt wird, und je weniger Ausgleich, also Gegenseitigkeit, desto problematischer ist es.[12] Denn dann wird das Ausscheren aus der Kooperation für eine Seite zu einer nahezu risikolosen Strategie, weil die andere Seite keine Möglichkeiten zur Bestrafung hat. Darin liegt auch ein bedeutsamer strategischer Fehler, den man für die Vergangenheit im Umgang mit Putins Russland markieren könnte: Auf Kosten der Sicherheit wurden stark asymmetrische Interdependenzen zuungunsten des Westens eingegangen und es wurde zugleich versäumt, dafür Möglichkeiten der Vergeltung miteinzuplanen. Durch die gegenwärtig zu beobachtende Absage an gemeinsame Programme, Förderungen und Austausch gehen auch Kanäle in die jeweils andere Gesellschaft verloren. Dadurch wird die Fähigkeit geringer, Einblick in die jeweils andere soziale Realität zu nehmen und dadurch auch Empathie füreinander zu entwickeln.

Natürlich muss sich niemand mit Putin aussöhnen oder jenen, die Kriegsverbrechen begangen haben, die Hand reichen; und selbstverständlich muss man keine Institutionen fördern, die offensiv diesen Angriffskrieg unterstützen. Dennoch ist es für die Zukunft von immenser Bedeutung, Kommunikationskanäle offenzuhalten und eine Basis gemeinsamer Interessen zu verteidigen, an die man irgendwann in einer Zukunft nach Putin wieder anknüpfen kann. Um das aber leisten zu können, braucht es zweierlei: Erstens effektive Abschreckung, wie wir sie bereits in der Verstärkung der Verteidigungskapazitäten der Nato-Partner beobachten, wie sie auch das 100 Mrd. Euro Sondervermögen anvisiert, und wie sie sich noch im Ausbau und der Intensivierung der europäischen militärischen Kooperation niederschlagen muss, um „rogues“ in Schach zu halten. Denn ohne basale Sicherheit ist keine Kooperation möglich.

Zweitens braucht es aber auch Institutionen, die einerseits die Abschreckung in Schach halten, indem sie Transparenz zwischen den Seiten erzeugen und einen kommunikativen Rahmen etablieren helfen, der vor Fehleinschätzungen bewahrt, und die andererseits Verflechtungen absichern, indem sie Verfahren und Ressourcen bereitstellen, die das Ausscheren aus Kooperation effektiv sanktionierbar machen. Ein mögliches Ausscheren aus der Kooperation muss beobachtet und dann auch bearbeitet werden können, so dass alle „Partner“ sicher

sein können, dass sie bei einem Ausscheren schwerwiegende Konsequenzen zu erwarten haben – und dass zugleich diejenigen, die kooperieren, dabei nicht „ihren Kopf“ riskieren. Nur dann ist in Zukunft so etwas wie friedliche Koexistenz wieder denkbar – oder eben, noch weiter gedacht, eine neue kooperative Sicherheitsordnung.

Ja, wir sind wieder zurück auf Null. Doch angesichts der gewaltigen Herausforderungen, vor denen die Weltgemeinschaft steht – die drängendste zweifellos die Abwendung der Klimakatastrophe –, können wir es uns schlicht nicht leisten, lange an diesem Nullpunkt stehen zu bleiben.

Für den Frieden rüsten? (vifa-recht.de)

2.8 Ein Friedensplan der italienischen Regierung

Der erste Schritt ist ein Waffenstillstand, der im Kampf ausgehandelt werden muss. Es ist ein grundlegendes Element, weil es unrealistisch ist, sich vorzustellen, dass ein Waffenstillstand von selbst zustande kommt oder die Voraussetzung für Verhandlungen ist. Der Waffenstillstand sollte nach dem italienischen Vorschlag von Überwachungsmechanismen und der Entmilitarisierung der Frontlinie begleitet werden, um die offenen Fragen zu erörtern und den Boden für eine endgültige Einstellung der Feindseligkeiten zu bereiten. Angesichts der Situation vor Ort ist dies der komplexeste Schritt. Wenn dies geschehen wäre, würde es einen bedeutenden Raum des Friedens eröffnen.

Der nächste Schritt – der zweite – dreht sich um multilaterale Verhandlungen über den künftigen internationalen Status der Ukraine. Und insbesondere über die eventuelle Bedingung der Neutralität in Kiew, die durch eine internationale politische „Garantie“ gewährleistet wird. Das Forum, um diese Neutralität zu diskutieren, wäre eine Friedenskonferenz. Voraussetzung für den Schutz der Ukrainer ist, dass dieser Status mit der Absicht des Landes, Mitglied der EU zu werden, uneingeschränkt vereinbar ist. Ein entscheidender Aspekt, da die Mitgliedschaft Verpflichtungen und Klauseln mit sich bringt, die an den Ausnahmecharakter des Beitritts angepasst werden sollten.

Der dritte Punkt, der aus diplomatischer Sicht „heißeste“ ist, betrifft die Definition des bilateralen Abkommens zwischen Russland und der Ukraine über territoriale Fragen, wiederum nach internationaler Vermittlung. Zentral sind offensichtlich die Krim und der Donbass. In dem Pakt, so der Plan, sollen Streitigkeiten über international anerkannte Grenzen, den Souveränitätsproblem, die territoriale Kontrolle, die gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Bestimmungen dieser Gebiete, die politischen Maßnahmen der Selbstverwaltung beigelegt werden. Dazu gehören sprachliche und kulturelle Rechte, der freie Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr, die Bewahrung des historischen Erbes und bestimmte befristete Revisionsklauseln. Die Themenliste deutet den Rahmen an: eine praktisch vollständige Autonomie der umstrittenen Bereiche und ein autonomes Sicherheitsmanagement. Doch der Verweis auf international anerkannte Grenzen zeigt die Absicht, die Souveränität Kiews über das gesamte Staatsgebiet nicht in Frage zu stellen.

Endlich die vierte Stufe. Im Kontext der OSZE und der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union wird ein neues multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa vorgeschlagen. In der Tat eine Neuordnung der internationalen Gleichgewichte, beginnend mit dem Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Moskau. Innerhalb dieses Rahmens sind eine Reihe von Prioritäten zu definieren: strategische Stabilität, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung und vertrauensbildende Maßnahmen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine: Vier Schritte nur zum Frieden? | Telepolis

Der italienische Friedensplan zur Beendigung des Ukraine-Krieges | Lebenshaus Schwäbische Alb (lebenshaus-alb.de)

2.9 Ein katholischer Vorschlag für „glaubwürdige Friedensverhandlungen“ in der Ukraine in 7 Punkten

Stefano Zamagni, Präsident der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, stellte einige konkrete Punkte "für eine glaubwürdige Friedensverhandlung" vor.

Originaltext des Artikels auf Italienisch

In wenigen Tagen werden sieben Monate eines sinnlosen Konflikts in der Ukraine die zu Zerstörung und Tod führt und die ganze Welt aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges in Bedrängnis bringt.

Es ist nicht so, dass es in anderen Teilen der Welt keine Kriege gäbe - darauf hat die Kommission wiederholt hingewiesen. Papst Franziskus Aber wir spüren diesen Konflikt noch stärker, weil er sich vor unserer Haustür abspielt und weil er sich auf den materiellen Alltag unseres Lebens auswirkt.

Seit Beginn des von Russland geführten Krieges hat Papst Franziskus mehr als 80 Mal zu einem Ende der Feindseligkeiten aufgerufen und die Kämpfe als *Ungeheuerlichkeit bedeutungslos*, von *Ketzerei... von Wahnsinn*. Er rief dazu auf, den Weg des Dialogs ohne weitere Anmaßungen zu gehen und die Christen durch ständiges Gebet um die Gabe des Friedens zu bitten.

Dialog

In seiner Pressekonferenz mit Journalisten nach seiner Rückkehr aus Kasachstan sagte er, dass es notwendig sei, mit dem Feind zu "reden", auch wenn es Geld koste, weil es in erster Linie darum gehe, Menschenleben zu retten und die Kämpfe zu beenden. Dann wird es Zeit sein, die Dinge nach Recht und Gesetz zu regeln und die Verantwortung jeder Partei zu bewerten, aber das Dringlichste ist, so schnell wie möglich aufzuhören.

Jüngsten Nachrichten aus den Kriegsgebieten zufolge scheint die Ukraine einen Teil der zuvor von der russischen Armee besetzten Gebiete zurückzuerobern. Auch wenn dieses Szenario ein Element des Optimismus im Hinblick auf die Beendigung des Konflikts mit dem vollständigen Rückzug der Besatzer darstellen mag, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gegenseite eine noch gewalttätigere Offensive (wieder) vorbereitet. Das wollen wir nicht hoffen.

Friedensstifter

In diesem Zusammenhang wurde von katholischer Seite ein ausdrücklicher Vorschlag unterbreitet, der darauf abzielt, zumindest in diesem Teil Osteuropas so schnell wie möglich einen endgültigen Frieden herbeizuführen. Es trägt die Unterschrift von keinem Geringeren als dem Präsidenten der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, dem Italiener Stefano Zamagni, der in diesem Fall der Sprecher des umfassenden Lehramtes für den Aufruf ist, "Baumeister des Friedens" zu sein. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Akademiker war auch einer der Hauptmitarbeiter von Papst Benedikt XVI. bei der Abfassung der Enzyklika *Caritas in veritate*.

In Italien ist Zamagni auch der Inspirator und Gründer einer "christlich inspirierten", zentristischen und populären politischen Gruppe namens "Insieme", die Arbeit, Familie, Solidarität und Frieden ganz oben auf ihre Agenda setzt. Er

hat daher einen langen Beitrag verfasst, der die Schritte, die zu dem Konflikt geführt haben, Revue passieren lässt, gleichzeitig aber auch einige feste Punkte "für eine glaubwürdige Friedensverhandlung" aufzeigt.

Es handelt sich um sieben Punkte, die nach Ansicht des Verfassers "von den Konfliktparteien wohlwollend aufgenommen werden können", wenn der Vorschlag "ordnungsgemäß vorgelegt und auf diplomatischem Wege klug behandelt wird".

Schließlich, so Zamagni, "ist der Frieden kein unerreichbares Ziel, denn Krieg ist nicht etwas, das sich wie ein Erdbeben oder ein Tsunami ereignet; er ist das Ergebnis der Entscheidung der Menschen, die ihn wollen. Und das gilt auch für den Frieden.

Die sieben Punkte des Vorschlags

Hier sind die sieben Punkte des vom Präsidenten der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften unterzeichneten Friedensvorschlags:

Erstens: "Die Neutralität der Ukraine Verzicht auf seine nationalen Ambitionen, der NATO beizutreten, aber Beibehaltung der vollen Freiheit, Teil der EU zu sein, mit allem, was das bedeutet".

Zweitens: "Die Ukraine erhält eine Garantie für ihre Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität; eine Garantie, die von den fünf ständigen Mitgliedern der Vereinten Nationen (China, Frankreich, Russland, Großbritannien und die USA) sowie von der EU und der Türkei gewährt wird".

Drittens: "Russland behält die De-facto-Kontrolle über die Krim für einige weitere Jahre, danach streben die Parteien auf diplomatischem Wege eine de jure dauerhafte Regelung an. Die lokalen Gemeinschaften genießen einen erleichterten Zugang sowohl zu Ukraine und Russland sowie die Freizügigkeit von Personen und finanziellen Ressourcen".

Viertens: "Autonomie der Regionen Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine, deren integraler Bestandteil sie in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht bleiben".

Fünftens: "Garantierter Zugang für Russland und Ukraine zu den Schwarzmeerhäfen für die Durchführung normaler Handelstätigkeiten".

Sechstens: "Schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland parallel zum Abzug der russischen Truppen und Rüstungsgüter aus der Ukraine".

Siebtens: "Einrichtung eines multilateralen Fonds für den Wiederaufbau und die Entwicklung der zerstörten und schwer beschädigten Gebiete der Ukraine, zu dem Russland aufgefordert wird, auf der Grundlage vorher festgelegter Kriterien der Verhältnismäßigkeit beizutragen".

2.10 Die Friedensformel der Ukraine

(Die UN-Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj vor der UN-Vollversammlung am 22. September 2022)

Grüße an alle Menschen auf der Welt, die Frieden und Einheit zwischen verschiedenen und gleichberechtigten Nationen schätzen!

Ich wünsche Ihnen allen Frieden!

Ich danke Ihnen, dass wir in unserem Bestreben vereint sind, den Frieden wiederherzustellen und den Frieden für jede Nation zu garantieren, die Opfer einer bewaffneten Aggression geworden ist.

Gegen die Ukraine ist ein Verbrechen begangen worden, und wir fordern eine gerechte Bestrafung.

Das Verbrechen wurde gegen unsere Staatsgrenzen begangen. Das Verbrechen wurde gegen das Leben unseres Volkes begangen. Das Verbrechen wurde gegen die Würde unserer Frauen und Männer begangen.

Das Verbrechen wurde gegen die Werte begangen, die Sie und mich zu einer Gemeinschaft der Vereinten Nationen machen.

Und die Ukraine verlangt Bestrafung für den Versuch, unser Territorium zu stehlen. Bestrafung für die Ermordung Tausender von Menschen. Bestrafung für die Folterungen und Erniedrigungen von Frauen und Männern.

Bestrafung für die katastrophalen Turbulenzen, die Russland mit seinem illegalen Krieg ausgelöst hat, und zwar nicht nur für uns, die Ukrainer, sondern für die ganze Welt. Für jede Nation, die in diesem Saal der UN-Generalversammlung vertreten ist.

Ich spreche im Namen des Staates, der gezwungen ist, sich zu verteidigen, aber die Formel für den Frieden hat. Ich spreche zu allen, die hören wollen, wie man Frieden erreichen kann.

Ich werde eine Formel vorstellen, die nicht nur für uns funktionieren kann, sondern für jeden, der sich in einer ähnlichen Situation befindet wie wir. Es ist eine Formel, die Verbrechen bestraft, Leben schützt, Sicherheit und territoriale Integrität wiederherstellt, Sicherheit garantiert und für Entschlossenheit sorgt.

...

Wir haben diesen Krieg nicht provoziert. Wir haben 88 Gesprächsrunden in verschiedenen Formaten abgehalten, um diesen Krieg zu verhindern, allein vom Beginn meiner Präsidentschaft bis zum 24. Februar dieses Jahres.

Aber Russland hat das Verbrechen der Aggression, das es 2014 begonnen hat, nicht beendet, sondern in eine umfassende Invasion verwandelt. Und wir haben keine andere Wahl, als uns zu verteidigen. Wir tun es. Wir drängen den Aggressor über die international anerkannte Grenze des ukrainischen Staates hinaus.

Und das ist der erste Punkt in unserer Friedensformel. Umfassender Punkt. Die Bestrafung.

Bestrafung für das Verbrechen der Aggression. Bestrafung für die Verletzung der Grenzen und der territorialen Integrität. Eine Bestrafung, die so lange gelten muss, bis die international anerkannte Grenze wiederhergestellt ist. Bis die

Aggression aufhört. Und bis die Schäden und Verluste des Krieges vollständig ausgeglichen sind.

Deshalb sind Sanktionen gegen den Aggressor Teil der Friedensformel. Die Blockade des Handels und der Beziehungen mit dem Aggressor ist Teil der Friedensformel. All dies ist eine Bestrafung.

Solange der Aggressor an der Entscheidungsfindung in den internationalen Organisationen beteiligt ist, muss er von ihnen isoliert werden – zumindest solange die Aggression andauert. Verweigern Sie das Stimmrecht. Entziehen Sie ihm das Delegationsrecht. Streichen Sie das Vetorecht – wenn es sich um ein Mitglied des UN-Sicherheitsrats handelt. Um den Aggressor innerhalb der Institutionen zu bestrafen.

Wir sollten vor Propagandisten, die Aggressionen rechtfertigen, nicht die Augen verschließen, sondern ein ganzes Paket von persönlichen Einschränkungen gegen sie anwenden. Das ist eine Bestrafung für Lügen.

Bürger des Aggressorstaates sollten nicht in den Genuss von Tourismus oder Einkäufen auf dem Territorium derjenigen kommen, die den Frieden schätzen, sondern sollten durch Visabeschränkungen ermutigt werden, gegen die Aggression ihres eigenen Staates zu kämpfen. Bestrafen Sie die Beihilfe zum Bösen.

Es sollte ein Sondertribunal eingerichtet werden, um Russland für das Verbrechen der Aggression gegen unseren Staat zu bestrafen. Dies wird ein Signal an alle Mächtegerne-Aggressoren sein, dass sie den Frieden schätzen oder von der Welt zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Wir haben genaue Schritte zur Einrichtung eines solchen Tribunals vorbereitet. Sie werden allen Staaten vorgelegt werden.

Die Ukraine wird an die UN-Generalversammlung appellieren, einen internationalen Entschädigungsmechanismus zu unterstützen.

Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Russland sollte für diesen Krieg mit seinem Vermögen bezahlen. Das ist auch eine Strafe. Das ist eine der schrecklichsten Strafen für russische Beamte, die Geld über alles andere stellen.

Der zweite Punkt der Friedensformel ist der Schutz des Lebens. Der konkreteste Punkt.

Jetzt, während die Sitzungen der Generalversammlung weitergehen, wird in der ukrainischen Stadt Isjum in der Region Charkiw die Exhumierung von Leichen aus einem Massengrab durchgeführt, das entstand, als das Gebiet von russischen Truppen kontrolliert wurde. Die Leichen von Frauen und Männern, Kindern und Erwachsenen, Zivilisten und Soldaten wurden dort gefunden. 445 Gräber.

Da ist eine Familie, die nach einem russischen Luftangriff unter den Trümmern eines Hauses starb – Vater, Mutter, sechs- und achtjährige Mädchen, Großeltern. Da ist ein Mann, der mit einem Seil erwürgt wurde. Da ist eine Frau mit gebrochenen Rippen und Wunden am Körper. Es gibt einen Mann, der vor dem Mord kastriert wurde, und das ist nicht der erste Fall.

Fragen Sie bitte die Vertreter Russlands, warum das russische Militär so besessen von der Kastration ist. Was wurde ihnen angetan, sodass sie dies auch anderen antun wollen?

Das Einzige, was die Massenbestattung in Isjum von dem unterscheidet, was die Welt in Butscha gesehen hat, ist in der Tat die Bestattung. Die russische Armee war länger in Isjum, und deshalb wurden die Leichen der getöteten Menschen begraben und nicht auf den Straßen verstreut.

Wie können wir also zulassen, dass sich die russische Armee irgendwo auf ukrainischem Boden aufhält, wenn wir wissen, dass sie überall solche Massensterben begeht? Das können wir nicht.

Wir müssen das Leben schützen. Die Welt muss das Leben schützen. Jeder Staat, der unter einer bewaffneten Aggression leidet, muss die Möglichkeit haben, seine Bürger zu schützen und sein Territorium zu befreien.

Wenn er Hilfe in Form von Waffen oder Granaten benötigt – sie sollten bereitgestellt werden. Wenn Sie dafür finanzielle Hilfe benötigen, sollten Sie sie erhalten. Wenn dafür Hilfe mit Geheimdienstdaten notwendig ist – tun Sie es einfach. Aber was nicht gebraucht wird, sind Lügen.

Wir können die ukrainische Flagge auf unser gesamtes Territorium zurückbringen. Wir können es mit Waffengewalt tun.

Aber wir brauchen Zeit.

Wir haben versucht, es zu beschleunigen. Wir haben versucht, die grundlegenden Bestimmungen der UN-Charta für die Ukraine durch Verhandlungen umzusetzen.

Aber Russland hat Angst vor echten Verhandlungen und will keine fairen internationalen Verpflichtungen erfüllen. Es lügt jeden an. Wie es typisch ist für Aggressoren, für Terroristen.

Selbst jetzt, wo Russland von Verhandlungen spricht, will es nur seinen Rückzug verlangsamen. Russland will den Winter auf dem besetzten Gebiet der Ukraine verbringen und seine Truppen für eine neue Offensive vorbereiten. Neue Butschas, neue Isjums . . . Oder zumindest will es Befestigungen auf besetztem Land vorbereiten und eine militärische Mobilisierung im eigenen Land durchführen.

Wir können einem verzögerten Krieg nicht zustimmen. Denn er wird noch heißer sein als der jetzige Krieg.

Für uns ist dies ein Krieg um das Leben. Deshalb brauchen wir Unterstützung bei der Verteidigung – Waffen, militärische Ausrüstung und Granaten. Offensivwaffen, eine Langstreckenwaffe reicht aus, um unser Land zu befreien, und Verteidigungssysteme, vor allem die Luftabwehr. Und wir brauchen finanzielle Unterstützung – um die innere Stabilität zu wahren und die sozialen Verpflichtungen gegenüber unserem Volk zu erfüllen.

Physischer und sozialer Schutz sind zwei Elemente des Lebens jeder Nation. Der zweite Punkt unserer Friedensformel ist also der Schutz des Lebens. Und zwar mit allen verfügbaren Mitteln, die die UN-Charta erlaubt.

Der dritte Punkt unserer Friedensformel ist die Wiederherstellung von Sicherheit und territorialer Integrität.

Sehen Sie sich an, wie viele Elemente der globalen Sicherheit Russland mit seinem Krieg untergraben hat – Sicherheit im Seeverkehr, Lebensmittelsicherheit, Strahlungssicherheit, Energiesicherheit und Sicherheit vor Massenvernichtungswaffen.

Wir sind bereits dabei, die Sicherheit im Seeverkehr und die Lebensmittelsicherheit wiederherzustellen. Und ich danke Herrn António Guterres für sein persönliches Engagement. Algerien, Äthiopien, Ägypten, Libyen, Kenia, Somalia, Sudan, Tunesien, Bangladesch, Israel, Indien, Iran, Jemen, Zypern, China, Korea, Libanon, Türkei, Belgien, Bulgarien, Griechenland, Irland, Spanien, Italien, Niederlande, Deutschland, Rumänien und Frankreich haben bereits ukrainische Agrarprodukte erhalten.

Und wir müssen die Lieferungen auf dem Seeweg erhöhen. Sowohl unter Marktbedingungen als auch im Rahmen des UN-Ernährungsprogramms, für das die Ukraine immer ein zuverlässiger Partner ist.

Übrigens haben wir uns trotz aller kriegsbedingten Schwierigkeiten entschlossen, Äthiopien und Somalia humanitäre Hilfe zu leisten, sodass wir ihnen eine zusätzliche Menge unseres Weizens schicken werden.

Aber es ist schwieriger mit anderen Sicherheitselementen.

Am Vorabend der Generalversammlung hat Russland Raketen auf das südkrainische Atomkraftwerk abgefeuert. Die Explosion hat die Gebäude des Kraftwerks getroffen – Fenster gingen zu Bruch, Wände wurden beschädigt. Die Raketen explodierten nur 300 Meter von den Wänden der Reaktoren entfernt!

Und das, nachdem die IAEA Russland klar und deutlich aufgefordert hat, jegliche feindseligen Aktivitäten gegen nukleare Einrichtungen der Ukraine und insbesondere gegen das Kernkraftwerk Saporischschja – das größte in Europa – einzustellen, das Russland zur Zielscheibe gemacht hat.

Und das macht Sie alle zu einer Zielscheibe.

Die russische Strahlungserpressung ist etwas, das jeden von Ihnen betreffen sollte, denn niemand von Ihnen wird einen Impfstoff gegen die Strahlenkrankheit finden.

Die Krise der Lebenshaltungskosten hält in Dutzenden von Ländern an, sie hat ihre Wurzeln in der Destabilisierung des Energiemarktes. Es ist notwendig, den Hauptfaktor der globalen Preisturbulenzen zu beseitigen, nämlich: die russische Energieerpressung.

Es ist notwendig, die Preise, zu denen Russland seine Energieressourcen exportiert, zu begrenzen. Es ist notwendig, russisches Öl und Gas wieder zu ganz normalen Waren zu machen. Derzeit sind Öl und Gas die Energiewaffen Russlands. Deshalb manipuliert es die Märkte so, dass Strom, Gas, Benzin und Diesel zum Privileg einiger weniger werden, anstatt ein Gemeingut zu sein, das allen zur Verfügung steht.

Die Preise zu begrenzen bedeutet, die Welt zu schützen. Das ist der Weg zur Wiederherstellung der Energie- und Preissicherheit.

Aber wird sich die Welt darauf einlassen? Oder wird sie sich fürchten? Wird sie sich vor den russischen Drohungen fürchten?

Es ist nur ein einziger großer Schritt erforderlich, nach dem alles klar sein wird. Die Zeit dafür ist gekommen.

Dieser Schritt wird alles in Ordnung bringen. Nach dem russischen Raketenterror. Nach den Massakern. Nach Mariupol. Nach der Verbrennung der

ukrainischen Gefangenen in Oleniwka durch das russische Militär. Nach der Blockade der Häfen. Nach den Angriffen von russischen Panzern und Raketen auf Atomkraftwerke. Und nach den Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen, die für die russischen Propagandisten zur Regel, nicht zur Ausnahme geworden sind ...

Wir müssen Russland endlich als staatlichen Sponsor des Terrorismus anerkennen. Auf allen Ebenen. In allen Ländern, die sich zu den Werten des Friedens und des Schutzes des menschlichen Lebens bekennen. Rechtlich. Politisch.

Wenn Sie keinen rechtlichen Mechanismus haben, können Sie eine politische Entscheidung treffen – in den Parlamenten. Dies ist die Grundlage für die Wiederherstellung der globalen Sicherheit. Wenn dieser starke Schritt getan wird, werden die Zweifel verschwinden, ob andere wichtige Schritte unternommen werden sollen.

Und was sehr heikel ist – ist die Grenze, die territoriale Integrität.

Wenn ein Land versucht, das Territorium eines anderen Staates zu stehlen, setzt es alle Nationen der Welt unter Beschuss.

Die globale Sicherheit kann nicht wiederhergestellt werden, ohne die territoriale Integrität der Nation wiederherzustellen, die die bewaffnete Aggression erlitten hat.

Der dritte Punkt der ukrainischen Friedensformel ist also die Wiederherstellung der Sicherheit und der territorialen Integrität. Der vierte Punkt sind Sicherheitsgarantien.

Jede Nation hat das Recht auf Sicherheitsgarantien. Nicht nur die größten Nationen. Nicht nur die wohlhabendsten.

Wir haben Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitsarchitektur für die Ukraine, für Europa und die Welt, die keine weitere Aggression gegen uns zulassen werden. Wir legen sie bereits unseren Partnern vor.

Vorschläge für rechtsverbindliche multilaterale und bilaterale Verträge. Das sind die Bedingungen, unter denen die Garanten handeln müssen, und der Zeitrahmen, in dem ihre Maßnahmen Ergebnisse bringen müssen – Ergebnisse zu Lande, zu Wasser und in der Luft, in der Diplomatie und Politik, in der Wirtschaft und im Finanzwesen, bei der Bereitstellung von Waffen und Geheimdienstinformationen. Jeder von Ihnen, der den Text unserer Friedensformel erhalten wird, wird auch die Details dessen sehen, was wir als Sicherheitsgarantien anbieten.

Ich möchte unsere Angebote nicht mit den Garantien irgendwelcher Bündnisse vergleichen, die es derzeit auf der Welt gibt. Ich möchte betonen, dass es immer viel besser ist, die Sicherheit einer Nation präventiv zu garantieren, als einen Krieg zu beenden, nachdem er bereits begonnen hat.

Und der fünfte Punkt der ukrainischen Friedensformel ist Entschlossenheit. Etwas, ohne das die anderen vier Punkte nicht funktionieren werden.

Dies ist unsere Entschlossenheit zu kämpfen. Das ist die Entschlossenheit der Partner, uns zu helfen, und auch die eigene. Und das ist die Entschlossenheit der Welt, sich um denjenigen zu scharen, der gegen bewaffnete Aggression kämpft und denjenigen zur Ordnung zu rufen, der alle bedroht.

Also, alle fünf Punkte unserer Formel: Bestrafung der Aggression. Schutz des Lebens. Wiederherstellung von Sicherheit und territorialer Integrität. Sicherheitsgarantien und Entschlossenheit zur Selbstverteidigung.

Dies ist die Formel für Verbrechen und Bestrafung, die Russland bereits gut bekannt ist. Und das ist die Formel für Gerechtigkeit und Recht und Ordnung, die Russland erst noch lernen muss. Genauso wie alle anderen potenziellen Aggressoren.

Was steht nicht in unserer Formel? Die Neutralität.

Diejenigen, die von Neutralität sprechen, wenn menschliche Werte und Frieden angegriffen werden, meinen etwas anderes. Sie sprechen von Gleichgültigkeit – jeder für sich selbst. Das ist es, was sie sagen. Sie tun so, als würden sie sich für die Probleme der anderen interessieren. Sie kümmern sich förmlich umeinander. Sie haben nur aus protokollarischen Gründen Mitgefühl. Und deshalb geben sie vor, jemanden zu schützen, aber in Wirklichkeit schützen sie nur ihre ureigenen Interessen. Das ist es, was die Bedingungen für einen Krieg schafft. Genau das muss korrigiert werden, um die Voraussetzungen für Frieden zu schaffen.

Wolodymyr Selenskyj: Die UN-Rede des ukrainischen Präsidenten im Wortlaut | ZEIT ONLINE

2.11 Der chinesische Friedensplan

1. Respektierung der Souveränität aller Länder. Das allgemein anerkannte Völkerrecht, einschließlich der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, muss strikt eingehalten werden. Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Länder muss wirksam gewahrt werden. Alle Länder, ob groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm, sind gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Alle Parteien sollten gemeinsam die grundlegenden Normen für die internationalen Beziehungen aufrechterhalten und für internationale Fairness und Gerechtigkeit eintreten. Die gleichmäßige und einheitliche Anwendung des Völkerrechts ist zu fördern, während doppelte Standards abgelehnt werden müssen.
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges. Die Sicherheit eines Landes sollte nicht auf Kosten anderer Länder angestrebt werden. Die Sicherheit einer Region sollte nicht durch die Stärkung oder Ausweitung von Militärblöcken erreicht werden. Die legitimen Sicherheitsinteressen und -belange aller Länder müssen ernst genommen und angemessen berücksichtigt werden. Es gibt keine einfache Lösung für ein komplexes Problem. Alle Parteien sollten gemäß der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit und mit Blick auf den langfristigen Frieden und die Stabilität in der Welt dazu beitragen, eine ausgewogene, effektive und nachhaltige europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Alle Parteien sollten sich dem Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer widersetzen, eine Blockkonfrontation verhindern und sich gemeinsam für Frieden und Stabilität auf dem eurasischen Kontinent einsetzen.
3. Beendigung der Feindseligkeiten. Konflikte und Kriege sind für niemanden von Vorteil. Alle Parteien müssen rational bleiben und Zurückhaltung üben, es vermeiden, die Flammen zu schüren und die Spannungen zu verschärfen, und verhindern, dass sich die Krise weiter verschlechtert oder gar außer Kontrolle gerät. Alle Parteien sollten Russland und die Ukraine dabei unterstützen, in die gleiche Richtung zu arbeiten und den direkten Dialog so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, um die Situation schrittweise zu deeskalieren und schließlich einen umfassenden Waffenstillstand zu erreichen.
4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche. Dialog und Verhandlungen sind die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise. Alle Bemühungen, die zu einer friedlichen Beilegung der Krise beitragen, müssen gefördert und unterstützt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte sich weiterhin für den richtigen Ansatz zur Förderung von Friedensgesprächen einsetzen, den Konfliktparteien dabei helfen, so bald wie möglich die Tür zu einer politischen Lösung zu öffnen, und Bedingungen und Plattformen

für die Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen. China wird in dieser Hinsicht weiterhin eine konstruktive Rolle spielen.

5. Beilegung der humanitären Krise. Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die humanitäre Krise zu lindern, müssen gefördert und unterstützt werden. Humanitäre Maßnahmen sollten den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit folgen, und humanitäre Fragen sollten nicht politisiert werden. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung muss wirksam geschützt werden, und es sollten humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den Konfliktgebieten eingerichtet werden. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten zu verstärken, die humanitären Bedingungen zu verbessern und einen schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten, um eine humanitäre Krise größeren Ausmaßes zu verhindern. Die Vereinten Nationen sollten bei der Koordinierung der humanitären Hilfe für die Konfliktgebiete unterstützt werden.
6. Schutz von Zivilisten und Kriegsgefangenen (POWs). Die Konfliktparteien sollten sich strikt an das humanitäre Völkerrecht halten, Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrichtungen vermeiden, Frauen, Kinder und andere Opfer des Konflikts schützen und die Grundrechte der Kriegsgefangenen achten. China unterstützt den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen Russland und der Ukraine und fordert alle Parteien auf, günstigere Bedingungen für diesen Zweck zu schaffen.
7. Sicherheit von Kernkraftwerken. China lehnt bewaffnete Angriffe auf Kernkraftwerke oder andere friedliche kerntechnische Anlagen ab und fordert alle Parteien auf, das Völkerrecht, einschließlich des Übereinkommens über nukleare Sicherheit, einzuhalten und von Menschen verursachte nukleare Unfälle entschlossen zu vermeiden. China unterstützt die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) dabei, eine konstruktive Rolle bei der Förderung der Sicherheit friedlicher Nuklearanlagen zu spielen.
8. Verringerung der strategischen Risiken. Atomwaffen dürfen nicht eingesetzt und Atomkriege dürfen nicht geführt werden. Die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen sollte abgelehnt werden. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen muss verhindert und eine nukleare Krise vermieden werden. China lehnt die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen durch jedes Land unter allen Umständen ab.
9. Erleichterung der Getreideexporte. Alle Parteien müssen die von Russland, der Türkei, der Ukraine und den Vereinten Nationen unterzeichnete Schwarzmeer-Getreide-Initiative in ausgewogener Weise vollständig und wirksam umsetzen und die Vereinten Nationen dabei unterstützen, eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht zu spielen. Die von China vorgeschlagene Kooperationsinitiative zur globalen Ernährungssicherheit bietet eine praktikable Lösung für die globale Nahrungsmittelkrise.

10. Beendigung einseitiger Sanktionen. Einseitige Sanktionen und maximaler Druck können das Problem nicht lösen; sie schaffen nur neue Probleme. China lehnt einseitige, vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigte Sanktionen ab. Die betroffenen Länder sollten aufhören, einseitige Sanktionen und die «weitreichende Gerichtsbarkeit» gegen andere Länder zu missbrauchen, um ihren Teil zur Deeskalation der Ukraine-Krise beizutragen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Entwicklungsländer ihre Wirtschaft ausbauen und die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung verbessern können.
11. Aufrechterhaltung der Industrie- und Lieferketten. Alle Parteien sollten sich ernsthaft für den Erhalt des bestehenden Weltwirtschaftssystems einsetzen und sich dagegen wehren, die Weltwirtschaft als Werkzeug oder Waffe für politische Zwecke zu benutzen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und zu verhindern, dass sie die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Finanzen, Lebensmittelhandel und Verkehr stört und die weltweite wirtschaftliche Erholung untergräbt.
12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten. Die internationale Gemeinschaft muss Maßnahmen ergreifen, um den Wiederaufbau nach Konflikten in Konfliktgebieten zu unterstützen. China ist bereit, dabei Hilfe zu leisten und eine konstruktive Rolle zu spielen.

<https://www.infosperber.ch/medien/medienkritik/der-chinesische-friedensplan-fuer-die-ukraine-im-wortlaut/>

2.12 Ukraine-Krieg: Afrikanische Länder mit Friedensplan in Kiew und Moskau

18. Juni 2023 Bernd Müller

Eine afrikanische Delegation bemüht sich um Frieden in der Ukraine. Kiew und Nato lehnen Vorschlag ab, Moskau verweist auf frühere Verhandlungen. Was die Afrikaner vorschlagen.

Eine Delegation afrikanischer Länder hat sich am Samstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in St. Petersburg getroffen. Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa und andere afrikanische Staats- und Regierungschefs diskutierten mit Putin über einen Friedensplan für die Ukraine.

Nach Angaben des Kremls nahmen die Präsidenten Südafrikas, Senegals, Sambias und der Komoren sowie der ägyptische Premierminister teil, außerdem Beamte aus Uganda und der Republik Kongo.

"Wir sind davon überzeugt, dass es für beide Seiten an der Zeit ist, Verhandlungen aufzunehmen und diesen Krieg zu beenden", sagte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa während der Gespräche am Samstag.

Friedensplan der afrikanischen Staaten

Ramaphosa nannte zehn Hauptpunkte, darunter die gegenseitige Deeskalation des Konflikts, diplomatische Verhandlungen und die Anerkennung der Souveränität der beteiligten Staaten gemäß den Prinzipien der UN-Charta. Ferner betonte er die Notwendigkeit der Wiedereröffnung des Schwarzen Meeres für den Getreideexport, den Austausch von Kriegsgefangenen und den Wiederaufbau nach dem Krieg.

Man erwarte aber nicht, über Nacht Ergebnisse der Mission zu sehen, so Ramaphosa weiter.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte im Anschluss laut staatlicher Nachrichtenagentur *Ria Novosti*: "Jede Initiative ist sehr schwer umzusetzen". Aber der russische Präsident habe Interesse gezeigt, sie in Betracht zu ziehen.

Putin weist Vorschläge teilweise zurück

Putin habe viele dieser Vorschläge zurückgewiesen, behauptet dagegen der Wirtschaftsdienst Bloomberg. Die Ukraine hätte sich schließlich aus eigener Initiative aus den Friedensgesprächen mit Russland zurückgezogen, wird Putins Haltung wiedergegeben.

Die russische Position wird durch den Entwurf eines Friedensvertrags bekräftigt, über den im vergangenen Jahr verhandelt wurde. Putin hatte ihn seinen afrikanischen Amtskollegen vorgelegt.

Der kanadische Politikwissenschaftler Ivan Katchanovski schrieb auf Twitter, dass dieser Vertragsentwurf weitgehend mit dem Zehn-Punkte-Plan übereinstimmte, den ukrainische Unterhändlern im vergangenen Jahr der russischen Gegenseite übermittelt wurden.

Selenskyj: Keine Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt

Nach einem Besuch des ehemaligen britischen Premierministers Boris Johnson zog sich die Regierung in Kiew aber von den Verhandlungen zurück.

An der Haltung der ukrainischen Regierung hat sich bis heute nichts verändert. Als die afrikanische Delegation am Freitag mit ihr zusammentraf, lehnte Präsident Wolodymyr Selenskyj Verhandlungen zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Solange russische Truppen auf ukrainischem Boden seien, würden Verhandlungen "nur den Krieg, das Leid und den Schmerz zementieren", sagte Selenskyj auf einer Pressekonferenz. Gemeint ist damit, dass nicht nur der Donbass, sondern auch die Halbinsel Krim wieder unter Kontrolle Kiews kommen sollen.

Auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte vor Zugeständnissen an Russland. "Wir wollen alle, dass dieser Krieg endet. Aber damit ein Frieden dauerhaft sein kann, muss er gerecht sein", sagte er der Welt am Sonntag.

Rassismus-Vorwurf gegen Polen

Am Rande der Reise der afrikanischen Delegation kam es in Polen zu einem Eklat. Den Sicherheitskräften des südafrikanischen Präsidenten wurde von den polnischen Behörden am Donnerstag untersagt, ihr Flugzeug zu verlassen.

"Wir sind zutiefst beunruhigt über die Erfahrung, die sie gemacht haben", sagte Ramaphosas Sprecher Vincent Magwenya am Freitag in einer Erklärung, in der er den Vorfall als "bedauerlich" bezeichnete.

Die polnische Regierung hatte erklärt, die Sicherheitsleute hätten keine Erlaubnis, Waffen mit ins Land zunehmen. Deshalb hätten sie nicht von Bord gehen dürfen.

<https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Krieg-Afrikanische-Laender-mit-Friedensplan-in-Kiew-und-Moskau-9190913.html>

2.13 Günther Verheugen: Ukraine-Krieg als historische Zäsur für die EU

Dauerhaften Frieden kann es nur mit Russland geben

Der Ukraine-Krieg verwandelt das Friedensprojekt „Europäische Integration“ in Konfrontation entlang einer Grenze, die mitten durch Europa verläuft. Doch langfristigen Frieden wird es auf dem Kontinent erst dann wieder geben, wenn der Westen russische Sicherheitsinteressen zu akzeptieren versteht.

EIN GASTBEITRAG VON GÜNTER VERHEUGEN am 7. April 2023

Günter Verheugen ist SPD-Politiker. Er war in der Kommission Barroso I Vizepräsident der Europäischen Kommission und als EU-Kommissar zuständig für Unternehmen und Industrie. Nach seinem Rückzug aus der Europapolitik ist Verheugen Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt.

Ob und wann die Ukraine Vollmitglied der EU werden wird, steht noch in deren zwölf Sternen. In der Ukraine herrscht aktuell Kriegsrecht. Dennoch ist nicht völlig einsehbar, warum selbst unter diesen Bedingungen die Bekämpfung von Korruption, die Entmachtung der Oligarchen und die Entpolitisierung der Justiz nicht möglich sein sollte. Dessen ungeachtet wird die Ukraine noch für lange Zeit die EU-Beitrittskriterien nicht erfüllen.

Kiew hofft auf einen großzügigen politischen Rabatt. Es ist leicht vorhersehbar, wie die Diskussion über diesen Plan in der EU verlaufen wird: entlang der Bruchlinie zwischen denen, die eine Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt immer noch für möglich halten, und denjenigen, die sich ein Ende des Konflikts nur in Form einer vollständigen Niederwerfung Russlands vorstellen können.

Wer jedoch einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine im Schnellverfahren das Wort redet, sollte abgesehen von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Ukraine auch Folgendes bedenken: Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft, deren Funktionieren davon abhängt, dass das Gemeinschaftsrecht überall gilt und durchgesetzt wird. Wenn in einem einzigen Mitgliedsland die Regeln nicht durchgesetzt werden, funktioniert zum Beispiel der Binnenmarkt nicht mehr. Es fragt sich nur, wie wichtig das in Zukunft überhaupt noch sein wird, denn die EU wird nach dem Konflikt vor ganz neuen Herausforderungen stehen. Ein Zurück zum Status quo ante ist schlechterdings nicht vorstellbar.

Lange Zeit akzeptierte Russland die EU-Osterweiterung

Um nicht falsch verstanden zu werden: Gegen die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU spricht prinzipiell nichts. Man hätte diese Option sogar im Assoziierungsvertrag verankern müssen, so wie der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch das forderte. Als die EU mit der Ukraine den Assoziierungsvertrag abschloss, hatte die EU selbstverständlich auch das Potential der Ukraine im Auge: ein ressourcenreiches Land, mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung und einer starken industriellen Basis.

Die EU-Osterweiterung hat ja, allen in der Zwischenzeit eingetretenen Missheiligkeiten zum Trotz, ihr wichtigstes Ziel erreicht. Die früher kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas konnten ihre Transformation unter stabilen Bedingungen und mit einem klaren Leitbild verwirklichen. Sie leben untereinander

in Frieden. Es gibt zwischen ihnen keine ethnischen Konflikte oder Grenzstreitigkeiten. Sie haben die EU insgesamt bereichert.

Russland hat seinerzeit die Osterweiterung der EU akzeptiert und sogar als im eigenen Interesse befindlich betrachtet. Allerdings wurde der Prozess seinerzeit so organisiert, dass durchaus bestehende Interessenkonflikte zwischen der EU und Russland in manchmal schwierigen, aber im Ergebnis erfolgreichen Gesprächen ausgeräumt werden konnten. Wäre das auch im Fall der Ukraine denkbar? Durchaus, aber dazu müsste man miteinander reden und sich auf Absprachen verlassen können.

Seit dem von EU und Nato unterstützten Regime Change 2014 in der Ukraine misstraut Russland der EU-Erweiterungspolitik und versteht sie als Teil einer globalen US-Strategie, Russland nicht zu einem weltpolitischen Rivalen aufsteigen zu lassen. Im Augenblick erreicht man eher das genaue Gegenteil, wenn man die Positionen wichtiger Länder des globalen Südens betrachtet.

Die Ukraine wird für die EU in jedem Fall eine schwere politische und finanzielle Herausforderung. Politisch, weil der Russenhass in der Ukraine und die damit verbundenen innerstaatlichen Konflikte nicht so schnell vergehen werden und die EU-Ostgrenze deshalb ein Spannungsherd bleiben wird. Finanziell, weil sich die Kosten, die die EU für den Wiederaufbau der Ukraine aufwenden muss, umgekehrt proportional zu ihrem Einfluss auf den Ausgang des Konflikts verhalten werden.

EU nahm Sorgen Russlands nicht ernst genug

Die „Zeitenwende“ wird in Deutschland als eine nationale Zäsur dargestellt. Der Ukraine-Konflikt ist aber auch für die gesamte EU ein Bruch mit ihrer Vergangenheit. Das Friedensprojekt „Europäische Integration“ verwandelt sich in Konfrontation und Misstrauen entlang einer Grenze, die mitten durch Europa verläuft.

Wenn der SPD-Vorsitzende heute davon spricht, man habe in Deutschland und in der EU die Sorgen der neuen Mitgliedstaaten wegen Russland nicht ernst genug genommen, dann könnte man mit mindestens demselben Recht feststellen, dass die EU auch die Sorgen, die Russland äußerte, nicht ernst genug nahm. Wenn Klingbeil sagt, dass das Konzept der gemeinsamen Sicherheit obsolet geworden ist und es nun stattdessen um Sicherheit vor oder gegen Russland geht, so ergibt sich daraus eine ganze Reihe schwerwiegender Fragen. Tatsächlich läuft es auf einen erneuten Kalten Krieg heraus, den der Bundeskanzler bisher erklärtermaßen vermeiden wollte.

Zeiten der politischen Eigenständigkeit sind vorbei

Kann die EU im aktuellen Konflikt noch eine eigenständige politische Rolle spielen, wie es ja ihrem geopolitischen Anspruch und ihrer gesamteuropäischen Verantwortung entsprechen würde? Die Antwort ist leider ein klares Nein. Die EU ist zur Konfliktpartei geworden. Sie hat sich mit der Ukraine einen Klienten ins Haus geholt, der ihr dauerhafte Verpflichtungen auferlegt, für die sie nicht konstruiert wurde.

Bewegungsfreiheit hat die EU dabei nicht. Eine Vermittlerrolle entspräche ihrer Natur und ihrem Selbstverständnis als Friedensnobelpreisträger. Sie kann diese Rolle aber nicht übernehmen, weil sie spätestens nach den Enthüllungen

der früheren Bundeskanzlerin, der gesamte Minsker Prozess sei nur zum Schein inszeniert worden, das wichtigste fehlt, was man zum Vermitteln braucht: Ein gewisses Maß an Grundvertrauen auf beiden Seiten.

Merkel hat mit ihrer Offenbarung den für die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU größtmöglichen Schaden angerichtet. Es wäre interessant zu erfahren, ob der Bundeskanzler, der immerhin seinerzeit ihr Stellvertreter war, dieses Betrugsmanöver gekannt hat, als er wenige Tage vor Kriegsbeginn in Moskau versprach, die Ukraine werde jetzt liefern. Damit implizierte er natürlich auch, dass die Ukraine vorher nicht geliefert hatte.

Ich nehme an, die allermeisten Unterzeichner des „Manifest für den Frieden“ glauben auch nicht, dass man eine Verhandlungslösung herbeidemonstrieren kann. Aber es geht um ein politisches Signal, angesichts der traurigen Wahrheit, dass eine Verhandlungslösung von den wesentlichen Akteuren nicht nur nicht gewollt ist, sondern auch aktiv sabotiert wird. Solange alles auf die militärische Karte gesetzt wird, wächst die Gefahr mit jedem Tag, dass sich der Krieg ausweitet. So lange ist der Weg zu m Verhandlungstisch auch für Russland nicht attraktiv.

Globaler Einfluss der EU schwindet

Kann die EU über den Ukraine-Konflikt hinaus überhaupt noch ihren Anspruch als globaler Akteur aufrechterhalten? Auch hier lautet die Antwort: Nein, das kann sie sehr wahrscheinlich nicht. In der Weltpolitik verschieben sich die Gewichte sehr massiv zu Lasten der EU. Die Zeit der Vorherrschaft einer Supermacht geht zu Ende. Es bilden sich neue Blöcke.

Die EU hat bereits zwei Partner von strategischer Bedeutung verloren, Großbritannien und die Türkei. Auch wenn Präsident Erdogan die bevorstehende Wahl verlieren sollte, muss man sehr klar sehen, dass die Türkei sich neu orientiert hat und ihre Zukunft nicht mehr in der EU sieht.

Nun scheidet auch das größte europäische Land, Russland, aus allen Überlegungen aus, angesichts der zukünftigen bi- oder multipolaren Welt wenigstens gesamteuropäische Kooperation auf den wichtigsten Feldern zu etablieren. Der Westen treibt Russland immer weiter in die Arme von China. Im Konflikt ist nicht ein einziges großes Menschheitsproblem lösbar. Der sino-russische Block, der im Entstehen ist, hat unter Konfrontationsbedingungen ein furchterregendes wirtschaftliches und militärisches Potential.

Idee der europäischen Einheit hat ausgedient

Die EU ohne irgendeine Form der Anbindung Russlands wird nicht das Gewicht auf die Waage bringen, das nötig wäre, um eine gleichwertige Macht neben den anderen aufstrebenden Mächten zu sein. Stattdessen wird sich die Abhängigkeit von den USA noch verstärken, allen deutsch-französischen Erklärungen zum Trotz. Wir können die großen Worte von „strategischer Autonomie“ und „Selbstbestimmung“ wirklich sein lassen. Eine zu starke Gruppe innerhalb der EU will nicht, dass wir die Verantwortung für unsere Sicherheit selbst übernehmen. Sie will sich weiterhin der amerikanischen Führung anvertrauen, und das heißt, im Konfliktfall sich amerikanischen Interessen unterzuordnen.

Macron hatte Unrecht, als er sagte, die Nato sei hirntot. Die ehrwürdige Idee der europäischen Einheit, die sich immer auf den gesamten europäischen Kon-

2.13. GÜNTHER VERHEUGEN: UKRAINE-KRIEG ALS HISTORISCHE ZÄSUR FÜR DIE EU 57

tinent bezogen hat und so auch im EU-Vertrag und im deutschen Grundgesetz verankert ist, hat zunächst einmal ausgedient.

Man muss in Kriegszeiten nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, aber dennoch sollte man sich die Mühe machen, darüber nachzudenken, welche Wirkungen mit welchen Worten erzeugt werden. Die Sanktionen sollen Russland „ruinieren“ (Baerbock). „Wir führen Krieg gegen Russland“ (dieselbe). „Wir wollen Russland da sehen, wo Deutschland am 8. Main 1945 war“ (Melnyk), also zerstört und zerstückelt. Verhandlungen kann es nur mit einer Nach-Putin-Regierung geben (Selenskyj). Dieser letzte Punkt verdient besondere Aufmerksamkeit.

Frieden kann es nur gemeinsam geben

Der ukrainischen Regime-Change-Position wird vom Westen nicht widersprochen. Man kann einen solchen Regime Change selbstverständlich nie abschließen, aber es ist eine reine Illusion zu glauben, dass auf Putin ein „lupenreiner“ Demokrat nachfolgt. Wer auch immer es sein sollte: Er oder (unwahrscheinlich) sie wird die russischen Sicherheitsinteressen nicht anders sehen als die heutige russische Führung und wird verlangen, dass diese Interessen respektiert werden.

Würde der Westen das tun? Warum sollte er, nachdem die Nato das russische Verhandlungsangebot vom Dezember 2021 in den Kernfragen kühl zurückwies. Dass dieses Angebot russische Maximalpositionen enthielt – geschenkt. Man beginnt Verhandlungen nicht mit Konzessionen. Konzessionen macht man am Ende, das Ergebnis nennt sich dann Kompromiss. Da diese Verhandlungsbereitschaft nicht gegeben ist, wird es eine scharfe Trennlinie mitten durch Europa geben. Die Frage ist nur, wo die Ost-West-Grenze genau verlauten wird.

Das wirft uns um Jahrzehnte zurück. Wir werden immer mehr Mittel aufwenden, für den unproduktivsten aller Zwecke, nämlich für Rüstung. Und wir werden uns trotzdem nicht wirklich sicher fühlen. Weil die Erkenntnis, dass es dauerhafte Sicherheit und damit Frieden nur gemeinsam geben kann, kein historischer Irrtum ist, sondern eine Lehre aus unserer Geschichte, die von keiner „Zeitenwende“ ausstrahlt werden kann.

Ukraine-Krieg als historische Zäsur für die EU - Dauerhaften Frieden kann es nur mit Russland geben | Cicero Online

2.14 John Mearsheimer: Wohin steuert der Ukrainekrieg? - Die Dunkelheit vor uns

In diesem Beitrag möchte ich den wahrscheinlichen weiteren Verlauf des Ukrainekrieges untersuchen. Dabei werde ich zwei Hauptfragen behandeln. Erstens: Ist ein sinnvolles Friedensabkommen möglich? Meine Antwort lautet: Nein. Wir befinden uns in einem Krieg, in dem beide Seiten – die Ukraine und der Westen auf der einen und Russland auf der anderen Seite – einander als existenzielle Bedrohung betrachten, die es zu beseitigen gilt. Angesichts der maximalistischen Ziele auf beiden Seiten ist es fast unmöglich, einen tragfähigen Friedensvertrag zu schließen. Hinzu kommt, dass die beiden Seiten unüberbrückbare Differenzen in Bezug auf das Territorium und die Beziehungen der Ukraine zum Westen haben. Das bestmögliche Ergebnis wäre ein eingefrorener Konflikt, der leicht wieder in einen heißen Krieg umschlagen könnte. Im schlimmsten Fall könnte es zu einem Atomkrieg kommen, was zwar unwahrscheinlich ist, aber nicht ausgeschlossen werden kann.

Zweitens: Welche Seite wird wahrscheinlich den Krieg gewinnen? Russland wird den Krieg letztlich gewinnen, auch wenn es die Ukraine nicht entscheidend besiegen wird. Mit anderen Worten, Russland wird nicht die gesamte Ukraine erobern, was aber notwendig wäre, um drei der Ziele Moskaus zu erreichen: den Sturz des Regimes, die Entmilitarisierung des Landes und den Abbruch der Sicherheitsbeziehungen zwischen Kiew und dem Westen. Am Ende wird es jedoch einen großen Teil des ukrainischen Territoriums annektieren und die Ukraine in einen dysfunktionalen Rumpfstaat verwandeln. Mit anderen Worten: Russland wird einen hässlichen Sieg erringen.

Die russischen Ziele

Russland muss diesen Krieg gewinnen, da es glaubt, dass sein Überleben bedroht ist. Aber wie sähe der Sieg aus? Bevor der Krieg im Februar 2022 begann, war das ideale Ergebnis, die Ukraine in einen neutralen Staat zu verwandeln und den Bürgerkrieg im Donbass zu beenden, in dem die ukrainische Regierung gegen ethnische Russen und russischsprachige Bürger kämpfte, die eine größere Autonomie, wenn nicht gar Unabhängigkeit für ihre Region anstrebten. Es scheint, dass diese Ziele im ersten Monat des Krieges noch realistisch waren und tatsächlich die Grundlage für die Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau in Istanbul im März 2022 bildeten. Hätten die Russen diese Ziele damals erreicht, wäre der jetzige Krieg entweder verhindert oder schnell beendet worden.

Aber ein Abkommen, das die Ziele Russlands erfüllt, ist nicht mehr zu erwarten. Die Ukraine und die Nato sind auf absehbare Zeit aneinander gekettet, und keiner von beiden ist bereit, eine ukrainische Neutralität zu akzeptieren. Außerdem ist das Regime in Kiew der russischen Führung ein Dorn im Auge, und sie will es loswerden. Sie spricht nicht nur von der „Entnazifizierung“ der Ukraine, sondern auch von ihrer „Entmilitarisierung“ – zwei Ziele, die vermutlich die Eroberung der gesamten Ukraine, die Kapitulation ihrer Streitkräfte und die Einsetzung eines russlandfreundlichen Regimes in Kiew erfordern würden.

Ein entscheidender Sieg dieser Art ist aus einer Reihe von Gründen nicht zu erwarten. Die russische Armee ist nicht groß genug für eine solche Aufgabe, die wahrscheinlich mindestens zwei Millionen Mann erfordern würde. In der Tat hat die bestehende russische Armee Schwierigkeiten, den gesamten Donbass zu erobern. Außerdem würde der Westen enorme Anstrengungen unternehmen, um Russland daran zu hindern, die gesamte Ukraine zu erobern. Schließlich würden die Russen am Ende riesige Gebiete besetzen, die stark von ethnischen Ukrainern bewohnt sind, die die Russen verabscheuen und sich heftig gegen die Besatzung wehren würden. Der Versuch, die gesamte Ukraine zu erobern und sie dem Willen Moskaus zu unterwerfen, würde mit Sicherheit in einer Katastrophe enden.

Abgesehen von der Rhetorik über die Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine bestehen die konkreten Ziele Russlands darin, einen großen Teil des ukrainischen Territoriums zu erobern und zu annektieren und gleichzeitig die Ukraine in einen dysfunktionalen Rumpfstaat zu verwandeln. Damit wäre die Fähigkeit der Ukraine, einen Krieg gegen Russland zu führen, stark eingeschränkt, und es wäre unwahrscheinlich, dass sie sich für eine Mitgliedschaft in der EU oder der Nato qualifiziert. Darüber hinaus wäre eine zerrüttete Ukraine besonders anfällig für eine russische Einmischung in ihre Innenpolitik. Kurz gesagt, die Ukraine wäre keine westliche Bastion an Russlands Grenze.

Ein ukrainischer Rumpfstaat

Wie würde dieser dysfunktionale Rumpfstaat aussehen? Moskau hat die Krim und vier weitere ukrainische Oblaste – Donezk, Cherson, Luhansk und Saporoschje – offiziell annektiert, die zusammen etwa 23 Prozent des gesamten ukrainischen Territoriums vor Ausbruch der Krise im Februar 2014 ausmachen. Die russische Führung hat betont, dass sie nicht die Absicht hat, dieses Gebiet aufzugeben, von dem Russland einige Gegenden noch nicht kontrolliert. Es gibt sogar Grund zu der Annahme, dass Russland weiteres ukrainisches Territorium annektieren wird, wenn es militärisch in der Lage ist, dies zu einem vertretbaren Preis zu tun. Es ist jedoch schwer zu sagen, wie viel zusätzliches ukrainisches Territorium Moskau annektieren will, wie Putin selbst deutlich macht.

Das russische Denken wird wahrscheinlich von drei Berechnungen beeinflusst. Moskau hat ein starkes Interesse daran, ukrainisches Gebiet zu erobern und dauerhaft zu annektieren, das stark von ethnischen Russen und russischsprachigen Menschen bewohnt wird. Es will sie vor der ukrainischen Regierung schützen – die allem Russischen feindlich gegenübersteht – und sicherstellen, dass es nirgendwo in der Ukraine zu einem Bürgerkrieg kommt, wie er zwischen Februar 2014 und Februar 2022 im Donbass stattgefunden hat. Gleichzeitig wird Russland vermeiden wollen, Gebiete zu kontrollieren, die größtenteils von feindlich gesinnten ethnischen Ukrainern bewohnt werden, was einer weiteren russischen Expansion erhebliche Grenzen setzt. Um die Ukraine in einen dysfunktionalen Rumpfstaat zu verwandeln, muss Moskau beträchtliche Teile des ukrainischen Territoriums einnehmen, damit es in der Lage ist, der Wirtschaft des Landes erheblichen Schaden zuzufügen. Die Kontrolle der gesamten ukrainischen Küstenlinie entlang des Schwarzen Meeres beispielsweise würde Moskau einen erheblichen wirtschaftlichen Einfluss auf Kiew verschaffen.

Diese drei Berechnungen deuten darauf hin, dass Russland wahrscheinlich versuchen wird, die vier Oblaste Dnipropetrowsk, Charkiw, Mykolajiw und Odessa zu annektieren, die unmittelbar westlich der vier bereits annektierten Oblaste Donezk, Cherson, Luhansk und Saporoschje liegen. In diesem Fall würde Russland etwa 43 Prozent des ukrainischen Territoriums vor 2014 kontrollieren. Dmitri Trenin, ein führender russischer Stratege, schätzt, dass die russische Führung versuchen würde, noch mehr ukrainisches Territorium zu erobern, indem sie in der Nordukraine nach Westen bis zum Fluss Dnjepr vordringt und jenen Teil von Kiew einnimmt, der am Ostufer dieses Flusses liegt. Er schreibt, dass „ein logischer nächster Schritt“ nach der Einnahme der gesamten Ukraine von Charkiw bis Odessa „darin bestünde, die russische Kontrolle auf die gesamte Ukraine östlich des Dnjepr auszudehnen, einschließlich des Teils von Kiew, der am Ostufer des Flusses liegt. In diesem Fall würde der ukrainische Staat auf die zentralen und westlichen Regionen des Landes schrumpfen.“

Die Ziele des Westens

Es sollte klar sein, dass der Westen entschlossen ist, Russland zu besiegen. Präsident Biden hat wiederholt erklärt, dass die Vereinigten Staaten in diesem Krieg gewinnen wollen. „Die Ukraine wird niemals ein Sieg für Russland sein.“ Er muss mit einem „strategischen Scheitern“ enden. Washington, so betonte er, werde in diesem Kampf bleiben, „so lange es nötig ist“. Konkret geht es darum, Russlands Armee in der Ukraine zu besiegen – und damit seine territorialen Gewinne zunichtezumachen – und seine Wirtschaft mit tödlichen Sanktionen lahmzulegen. Im Erfolgsfall würde Russland aus den Reihen der Großmächte verdrängt und so weit geschwächt, dass es nicht mehr mit einer Invasion in der Ukraine drohen könnte. Die westliche Führung verfolgt weitere Ziele, darunter einen Regimewechsel in Moskau, die Verurteilung Putins als Kriegsverbrecher und möglicherweise die Aufteilung Russlands in kleinere Staaten.

Gleichzeitig ist der Westen nach wie vor entschlossen, die Ukraine in die Nato aufzunehmen, obwohl innerhalb des Bündnisses Uneinigkeit darüber herrscht, wann und wie dies geschehen soll. Jens Stoltenberg, der Generalsekretär des Bündnisses, erklärte auf einer Pressekonferenz in Kiew im April (2023), dass „die Position der Nato unverändert bleibt und die Ukraine Mitglied des Bündnisses werden wird“. Gleichzeitig betonte er: „Der erste Schritt auf dem Weg zu einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine besteht darin, sicherzustellen, dass die Ukraine sich durchsetzt, und deshalb haben die USA und ihre Partner die Ukraine in beispielloser Weise unterstützt.“ Angesichts dieser Ziele ist klar, warum Russland den Westen als existenzielle Bedrohung ansieht.

Die Ziele der Ukraine

Es besteht kein Zweifel, dass die Ukraine einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt ist, da Russland darauf aus ist, das Land zu zerstückeln und dafür zu sorgen, dass der überlebende Rumpfstaat nicht nur wirtschaftlich schwach ist, sondern auch weder de facto noch de jure Mitglied der Nato wird. Es steht auch außer Frage, dass Kiew das Ziel des Westens teilt, Russland zu besiegen und ernsthaft zu schwächen, damit es sein verlorenes Territorium zurückgewinnen und für immer unter ukrainischer Kontrolle halten kann. Wie Präsident Selenskyj kürzlich zu Präsident Xi Jinping sagte: „Es kann keinen Frieden ge-

2.14. JOHN MEARSHEIMER: WOHIN STEUERT DER UKRAINEKRIEG? - DIE DUNKELHEIT VOR UNS

ben, der auf territorialen Kompromissen beruht“. Die ukrainische Führung ist natürlich weiterhin fest entschlossen, der EU und der Nato beizutreten und die Ukraine zu einem integralen Bestandteil des Westens zu machen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle drei Hauptakteure im Ukraine-Krieg glauben, dass sie einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt sind, was bedeutet, dass jeder von ihnen glaubt, den Krieg gewinnen zu müssen, um nicht schreckliche Konsequenzen zu erleiden.

Aus ukrainischen und westlichen Nachrichtenberichten geht hervor, dass die ukrainischen Streitkräfte häufig Gegenangriffe auf die russischen Streitkräfte starten. Man denke nur an diesen Bericht in der Washington Post über die Kämpfe Anfang des Jahres in Bachmut: „Es gibt diese fließende Bewegung“, sagte ein ukrainischer Oberleutnant ... „Russische Angriffe entlang der Front erlauben es ihren Kräften, einige hundert Meter vorzurücken, bevor sie Stunden später zurückgedrängt werden. Es ist schwer zu erkennen, wo genau sich die Frontlinie befindet, weil sie sich wie Wackelpudding bewegt“, sagte er.“ In Anbetracht des massiven russischen Artillerievorteils liegt die Vermutung nahe, dass das Verhältnis zwischen Verlusten beider Seiten bei diesen ukrainischen Gegenangriffen zugunsten der Russen ausfällt – wahrscheinlich sogar deutlich.

Drittens führen die Russen nicht – zumindest nicht oft – groß angelegte Frontalangriffe durch, die darauf abzielen, schnell vorzurücken und Territorium zu erobern, bei denen die angreifenden Truppen jedoch dem vernichtenden Feuer der ukrainischen Verteidiger ausgesetzt wären. Wie General Sergej Surowikin im Oktober 2022, als er die russischen Streitkräfte in der Ukraine kommandierte, erklärte, „haben wir eine andere Strategie ... Wir schonen jeden einzelnen Soldaten und zermalmen den vorrückenden Feind beharrlich“. In der Tat haben die russischen Truppen eine clevere Taktik entwickelt, die die Zahl ihrer Opfer reduziert. Ihre bevorzugte Taktik besteht darin, mit kleinen Infanterieeinheiten Sondierungsangriffe gegen feste ukrainische Stellungen zu starten, was die ukrainischen Streitkräfte veranlasst, sie mit Mörsern und Artillerie anzugreifen. Durch diese Reaktion können die Russen feststellen, wo sich die ukrainischen Verteidiger und ihre Artillerie befinden. Die Russen nutzen dann ihren großen Vorteil bei der Artillerie, um ihre Gegner unter Beschuss zu nehmen. Danach rücken die russischen Infanterieverbände wieder vor, und wenn sie auf ernsthaften ukrainischen Widerstand stoßen, wiederholen sie den Vorgang. Diese Taktik erklärt, warum Russland bei der Eroberung der von der Ukraine gehaltenen Gebiete nur langsam vorankommt.

Man könnte meinen, dass der Westen einen großen Beitrag zum Ausgleich des Verhältnisses zwischen Verlusten auf beiden Seiten leisten kann, indem er der Ukraine viel mehr Artillerierohre und -granaten liefert und damit den erheblichen Vorteil Russlands bei diesen wichtigen Waffen ausgleicht. Dies wird jedoch nicht so bald geschehen, weil weder die Vereinigten Staaten noch ihre Verbündeten über die notwendigen industriellen Kapazitäten zur Massenproduktion von Artillerierohren und -geschossen für die Ukraine verfügen. Sie können diese Kapazitäten auch nicht schnell aufbauen. Das Beste, was der Westen tun kann – zumindest für die nächsten Jahre – ist, das bestehende Ungleichgewicht zwischen Russland und der Ukraine aufrechtzuerhalten, aber selbst das wird eine

schwierige Aufgabe sein.

Zum Verlieren verdammt

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Verhältnis zwischen Verlusten und Opfern auf absehbare Zeit zugunsten der Russen ausfallen wird, was in einem Zermürbungskrieg von enormer Bedeutung ist. Darüber hinaus ist Russland in der Lage, einen Zermürbungskrieg zu führen, da seine Bevölkerung weitaus größer ist als die der Ukraine. Kiews einzige Hoffnung, den Krieg zu gewinnen, besteht darin, dass Moskaus Entschlossenheit zusammenbricht, was jedoch unwahrscheinlich ist, da die russische Führung den Westen als existenzielle Gefahr ansieht.

Aussichten für ein Friedensabkommen

In der ganzen Welt mehrten sich die Stimmen, die alle Seiten im Ukraine-Krieg auffordern, die Diplomatie zu nutzen und ein dauerhaftes Friedensabkommen auszuhandeln. Dies wird jedoch nicht geschehen. Es gibt zu viele gewaltige Hindernisse, um den Krieg in absehbarer Zeit zu beenden, geschweige denn ein Abkommen zu schließen, das einen dauerhaften Frieden bringt. Das bestmögliche Ergebnis ist ein eingefrorener Konflikt, in dem beide Seiten weiterhin nach Möglichkeiten suchen, die andere Seite zu schwächen, und in dem die Gefahr erneuter Kämpfe allgegenwärtig ist.

Ganz allgemein ist Frieden nicht möglich, weil jede Seite die andere als tödliche Bedrohung ansieht, die auf dem Schlachtfeld besiegt werden muss. Unter diesen Umständen gibt es kaum Raum für Kompromisse. Darüber hinaus gibt es zwei spezifische Streitpunkte zwischen den Kriegsparteien, die unlösbar sind. Bei dem einen geht es um das Territorium, bei dem anderen um die ukrainische Neutralität. Fast alle Ukrainer sind fest entschlossen, ihr gesamtes verlorenes Territorium zurückzubekommen – einschließlich der Krim.

Wer kann ihnen das verübeln? Aber Russland hat offiziell die Krim, Donezk, Cherson, Luhansk und Saporoschje annektiert und ist fest entschlossen, dieses Gebiet zu behalten. Es gibt sogar Grund zu der Annahme, dass Moskau weitere ukrainische Gebiete annektieren wird, wenn es kann.

Der andere gordische Knoten betrifft die Beziehungen der Ukraine zum Westen. Aus verständlichen Gründen möchte die Ukraine nach dem Ende des Krieges eine Sicherheitsgarantie, die nur der Westen bieten kann. Das bedeutet entweder *de facto* oder *de jure* eine Mitgliedschaft in der Nato, da kein anderes Land die Ukraine schützen kann. Praktisch alle russischen Führer fordern jedoch eine neutrale Ukraine, was keine militärischen Beziehungen zum Westen und somit keinen Sicherheitsschirm für Kiew bedeutet. Diese Quadratur des Kreises ist nicht möglich.

Es gibt noch zwei weitere Hindernisse für den Frieden: der Nationalismus, der sich inzwischen zu einem Hypernationalismus entwickelt hat, und der völlige Mangel an Vertrauen auf der russischen Seite.

Hass auf „den Anderen“

Der Nationalismus ist in der Ukraine seit mehr als einem Jahrhundert eine starke Kraft, und die Feindseligkeit gegenüber Russland ist seit langem eines seiner Kernelemente. Der Ausbruch des gegenwärtigen Konflikts am 22. Februar 2014 schürte diese Feindseligkeit und veranlasste das ukrainische Parlament, am

folgenden Tag ein Gesetz zu verabschieden, das den Gebrauch des Russischen und anderer Minderheitensprachen einschränkte, ein Schritt, der dazu beitrug, den Bürgerkrieg im Donbass auszulösen. Die Annexion der Krim durch Russland kurz darauf verschlimmerte die Situation. Im Gegensatz zu der im Westen vorherrschenden Meinung verstand Putin, dass die Ukraine eine von Russland getrennte Nation war und dass es bei dem Konflikt zwischen den im Donbass lebenden ethnischen Russen und Russischsprachigen und der ukrainischen Regierung um die „nationale Frage“ ging.

Die russische Invasion in der Ukraine, die die beiden Länder in einem langwierigen und blutigen Krieg direkt gegeneinander aufbringt, hat diesen Nationalismus auf beiden Seiten in einen Hypernationalismus verwandelt. Verachtung für und Hass auf „den Anderen“ durchdringen die russische und ukrainische Gesellschaft, was starke Anreize schafft, diese Bedrohung zu beseitigen - wenn nötig mit Gewalt. Beispiele gibt es zuhauf. Eine bekannte Kiewer Wochenzeitung behauptet, berühmte russische Autoren wie Michail Lermontow, Fjodor Dostojewski, Leo Tolstoi und Boris Pasternak seien „Mörder, Plünderer, Ignoranten“. Die russische Kultur, so ein prominenter ukrainischer Schriftsteller, stehe für „Barbarei, Mord und Zerstörung ... Das ist das Schicksal der Kultur des Feindes.“

Dazu gehört, dass Bibliotheken von Büchern russischer Autoren gesäubert werden, Straßen mit Namen, die einen Bezug zu Russland haben, umbenannt werden, Statuen von Persönlichkeiten wie Katharina der Großen abgerissen werden, russische Musik, die nach 1991 produziert wurde, verboten wird, die Beziehungen zwischen der ukrainisch-orthodoxen Kirche und der russisch-orthodoxen Kirche abgebrochen werden und der Gebrauch der russischen Sprache auf ein Minimum reduziert wird. Die Haltung der Ukraine gegenüber Russland lässt sich vielleicht am besten mit Selenskyjs knappem Kommentar zusammenfassen: „Wir werden nicht verzeihen. Wir werden nicht vergessen.“

Von der russischen Seite berichtet Anatol Lieven, dass „jeden Tag im russischen Fernsehen hasserfüllte ethnische Beleidigungen gegen Ukrainer zu sehen sind“. Es überrascht nicht, dass die Russen daran arbeiten, die ukrainische Kultur in den von Moskau annektierten Gebieten zu russifizieren und auszulöschen. Zu diesen Maßnahmen gehören die Ausstellung russischer Pässe, die Änderung der Lehrpläne in den Schulen, die Ersetzung der ukrainischen Griwna durch den russischen Rubel, die gezielte Umbenennung von Bibliotheken und Museen sowie die Umbenennung von Städten und Gemeinden. Bachmut zum Beispiel heißt jetzt Artemovsk, und die ukrainische Sprache wird in den Schulen der Region Donezk nicht mehr gelehrt. Offenbar werden auch die Russen weder vergeben noch vergessen.

Das Aufkommen des Hypernationalismus ist in Kriegszeiten vorhersehbar, nicht nur, weil Regierungen sich stark auf den Nationalismus verlassen, um ihre Bevölkerung zu motivieren, ihr Land bis zum Äußersten zu unterstützen, sondern auch, weil Tod und Zerstörung, die mit einem Krieg einhergehen – insbesondere bei langwierigen Kriegen – jede Seite dazu bringen, die andere zu entmenschlichen und zu hassen. Im Fall der Ukraine gießt der erbitterte Konflikt um die nationale Identität noch Öl ins Feuer.

Der Hypernationalismus erschwert natürlich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten und gibt Russland Anlass, Gebiete zu besetzen, in denen ethnische Russen und russischsprachige Menschen leben. Vermutlich würden viele von ihnen es vorziehen, unter russischer Herrschaft zu leben, da die ukrainische Regierung allem Russischen gegenüber feindselig eingestellt ist. Im Zuge der Annexion dieser Gebiete werden die Russen wahrscheinlich eine große Zahl ethnischer Ukrainer vertreiben, vor allem weil sie befürchten, dass diese sich gegen die russische Herrschaft auflehnen würden, wenn sie blieben. Diese Entwicklungen werden den Hass zwischen Russen und Ukrainern weiter anheizen und einen Kompromiss über das Gebiet praktisch unmöglich machen.

Verlust des Vertrauens

Es gibt einen letzten Grund, warum ein dauerhaftes Friedensabkommen nicht machbar ist. Die russische Führung traut weder der Ukraine noch dem Westen zu, in gutem Glauben zu verhandeln, was nicht heißen soll, dass die ukrainische und die westliche Führung ihren russischen Amtskollegen vertrauen. Der Mangel an Vertrauen ist auf allen Seiten offensichtlich, aber auf Moskaus Seite ist er aufgrund einer Reihe von Enthüllungen in jüngster Zeit besonders akut.

Die Ursache des Problems liegt in den Verhandlungen über das Minsk-II-Abkommen von 2015, das einen Rahmen für die Beendigung des Konflikts im Donbass darstellt. Der französische Präsident Francois Hollande und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel spielten bei der Ausarbeitung dieses Rahmens die zentrale Rolle, obwohl sie sich sowohl mit Putin als auch mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eingehend beraten haben. Diese vier Personen waren auch die Hauptakteure bei den anschließenden Verhandlungen. Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass Putin sich für das Gelingen von Minsk einsetzte. Aber Hollande, Merkel und Poroschenko - wie auch Selenskyj - haben alle deutlich gemacht, dass sie nicht an der Umsetzung von Minsk interessiert waren, sondern es als Gelegenheit sahen, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um ihr Militär aufzurüsten, damit sie mit dem Aufstand im Donbass fertig werden kann. Merkel sagte der Zeit, es sei ein Versuch gewesen, der Ukraine Zeit zu geben, „um stärker zu werden“. In ähnlicher Weise sagte Poroschenko: „Unser Ziel war es, zunächst die Bedrohung zu stoppen oder zumindest den Krieg zu verzögern - um acht Jahre für die Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums und den Aufbau schlagkräftiger Streitkräfte zu gewinnen.“

Kurz nach Merckels Zeit-Interview im Dezember 2022 sagte Putin auf einer Pressekonferenz: „Ich dachte, die anderen Teilnehmer dieses Abkommens seien wenigstens ehrlich, aber nein, es hat sich herausgestellt, dass sie uns auch belogen haben und die Ukraine nur mit Waffen vollpumpen und auf einen militärischen Konflikt vorbereiten wollten.“ Er fuhr fort, dass er durch die Doppelzüngigkeit des Westens eine Gelegenheit verpasst habe, das Ukraine-Problem unter für Russland günstigeren Umständen zu lösen: „Offenbar haben wir uns zu spät orientiert, um ehrlich zu sein. Vielleicht hätten wir das alles [die Militäroperation] früher beginnen sollen, aber wir haben einfach gehofft, dass wir das Problem im Rahmen der Minsker Vereinbarungen lösen können.“ Dann machte er deutlich, dass die Doppelzüngigkeit des Westens künftige Verhandlungen erschweren würde: „Das Vertrauen ist schon fast auf dem Nullpunkt, aber wie

können wir nach solchen Erklärungen überhaupt noch verhandeln? Und worüber? Können wir mit irgendjemandem eine Vereinbarung treffen, und wo sind die Garantien?“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es kaum eine Chance gibt, dass der Krieg in der Ukraine mit einer sinnvollen Friedensregelung endet. Stattdessen wird sich der Krieg wahrscheinlich noch mindestens ein weiteres Jahr hinziehen und schließlich zu einem eingefrorenen Konflikt werden, der sich wieder in einen heißen Krieg verwandeln könnte.

Die Folgen

Das Ausbleiben eines tragfähigen Friedensabkommens wird eine Reihe schrecklicher Folgen haben. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zum Beispiel werden wahrscheinlich auf absehbare Zeit zutiefst feindselig und gefährlich bleiben. Jede Seite wird damit fortfahren, die andere zu dämonisieren und gleichzeitig alles daransetzen, dem Rivalen möglichst viel Schmerz und Ärger zuzufügen. Diese Situation wird mit Sicherheit anhalten, wenn die Kämpfe weitergehen; aber selbst, wenn der Krieg in einen eingefrorenen Konflikt übergeht, wird sich das Ausmaß der Feindseligkeit zwischen den beiden Seiten wahrscheinlich nicht wesentlich ändern.

Moskau wird versuchen, die bestehenden Risse zwischen den europäischen Ländern auszunutzen, und gleichzeitig darauf hinarbeiten, die transatlantischen Beziehungen sowie wichtige europäische Institutionen wie die EU und die Nato zu schwächen. Angesichts des Schadens, den der Krieg der europäischen Wirtschaft zugefügt hat und noch immer zufügt, angesichts der wachsenden Enttäuschung in Europa über die Aussicht auf einen nicht enden wollenden Krieg in der Ukraine und angesichts der Differenzen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in Bezug auf den Handel mit China, dürfte die russische Führung einen fruchtbaren Boden finden, um im Westen Unruhe zu stiften. Diese Einmischung wird natürlich die Russophobie in Europa und den Vereinigten Staaten verstärken und die Situation noch verschlimmern.

Der Westen seinerseits wird die Sanktionen gegen Moskau aufrechterhalten und den wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Seiten auf ein Minimum beschränken, um der russischen Wirtschaft zu schaden. Darüber hinaus wird er sicherlich mit der Ukraine zusammenarbeiten, um Aufstände in den Gebieten, die Russland der Ukraine abgenommen hat, zu unterstützen. Gleichzeitig werden die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten weiterhin eine rigorose Eindämmungspolitik gegenüber Russland verfolgen, die nach Ansicht vieler durch den Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato und die Stationierung umfangreicher Nato-Streitkräfte in Osteuropa noch verstärkt wird. Natürlich wird sich der Westen weiterhin dafür einsetzen, dass Georgien und die Ukraine in die Nato aufgenommen werden, auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass dies geschieht. Und schließlich werden die amerikanischen und europäischen Eliten sicherlich weiterhin mit Begeisterung auf einen Regimewechsel in Moskau hinarbeiten und versuchen, Putin für sein Vorgehen in der Ukraine vor Gericht stellen.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen werden nicht nur giftig bleiben, sondern auch gefährlich, da die Möglichkeit einer nuklearen Eskalation

oder eines Großmächtekriegs zwischen Russland und den Vereinigten Staaten immer gegeben sein wird.

Die Zerstörung der Ukraine

Die Ukraine befand sich bereits vor Beginn des Krieges im vergangenen Jahr in ersten wirtschaftlichen und demografischen Schwierigkeiten. Die Verwüstungen, die der Ukraine seit der russischen Invasion zugefügt wurden, sind entsetzlich. Nach einem Überblick über die Ereignisse im ersten Kriegsjahr erklärt die Weltbank, dass die Invasion „der ukrainischen Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes einen unvorstellbaren Tribut abverlangt hat, wobei die Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2022 um schwindelerregende 29,2 Prozent zurückging“. Es überrascht nicht, dass Kiew massive ausländische Hilfgelder benötigt, nur um die Regierung am Laufen zu halten, ganz zu schweigen von den Kosten des Krieges. Darüber hinaus schätzt die Weltbank die Schäden auf über 135 Milliarden Dollar und geht davon aus, dass rund 411 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der Ukraine benötigt werden. Die Armut, so die Weltbank, „stieg von 5,5 Prozent im Jahr 2021 auf 24,1 Prozent im Jahr 2022, was 7,1 Millionen Menschen mehr in die Armut stürzte und 15 Jahre Fortschritt zunichte machte“. Städte wurden zerstört, etwa acht Millionen Ukrainer sind aus dem Land geflohen, und etwa sieben Millionen sind Binnenflüchtlinge. Die Vereinten Nationen haben 8490 Tote unter der Zivilbevölkerung bestätigt, obwohl sie glauben, dass die tatsächliche Zahl „wesentlich höher“ ist. Und sicherlich hat die Ukraine weit über 100.000 Opfer auf dem Schlachtfeld zu beklagen.

Die Zukunft der Ukraine sieht äußerst düster aus. Es gibt keine Anzeichen für ein baldiges Ende des Krieges, was eine weitere Zerstörung der Infrastruktur und des Wohnraums, eine weitere Zerstörung von Städten, mehr zivile und militärische Todesopfer und eine weitere Schädigung der Wirtschaft bedeutet. Und nicht nur, dass die Ukraine wahrscheinlich noch mehr Territorium an Russland verlieren wird, der Europäischen Kommission zufolge „hat der Krieg die Ukraine auf einen Weg des unumkehrbaren demografischen Niedergangs geführt“.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Russen Überstunden machen werden, um die Rumpfukraine wirtschaftlich schwach und politisch instabil zu halten. Der anhaltende Konflikt wird wahrscheinlich auch die Korruption anheizen, die schon seit langem ein akutes Problem ist, und extremistische Gruppen in der Ukraine weiter stärken. Es ist kaum vorstellbar, dass Kiew jemals die für einen EU- oder Nato-Beitritt erforderlichen Kriterien erfüllen wird.

Die Gegner der Nato-Erweiterung hatten Recht

Es wird oft vergessen, dass zahlreiche amerikanische und europäische Politiker und Strategen die Nato-Erweiterung von Anfang an ablehnten, weil ihnen klar war, dass die Russen sie als Bedrohung ansehen würden und dass diese Politik letztendlich zu einer Katastrophe führen würde. Zu den Gegnern gehören George Kennan, William Perry, der Verteidigungsminister von Präsident Clinton, und sein Vorsitzender der Generalstabschefs, General John Shalikashvili, Paul Nitze, Robert Gates, Robert McNamara, Richard Pipes und Jack Matlock, um nur einige zu nennen. Auf dem Nato-Gipfel in Bukarest im April 2008 sprachen sich sowohl der französische Präsident Nicolas Sarkozy als auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gegen den Plan von Präsident George

2.14. JOHN MEARSHEIMER: WOHIN STEUERT DER UKRAINEKRIEG? - DIE DUNKELHEIT VOR UNS

W. Bush aus, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Merkel sagte später, ihre Ablehnung beruhe auf ihrer Überzeugung, dass Putin dies als „Kriegserklärung“ auffassen würde.

Natürlich hatten die Gegner der Nato-Erweiterung Recht, aber sie verloren den Kampf, und die Nato marschierte nach Osten, was die Russen schließlich zu einem Präventivkrieg provozierte. Hätten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten im April 2008 nicht versucht, die Ukraine in die Nato aufzunehmen, oder wären sie nach dem Ausbruch der Ukraine-Krise im Februar 2014 bereit gewesen, den Sicherheitsbedenken Moskaus entgegenzukommen, gäbe es heute wahrscheinlich keinen Krieg in der Ukraine und ihre Grenzen sähen so aus wie bei ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991. Der Westen hat einen kolossalen Fehler begangen, für den er und viele andere noch immer bezahlen müssen.

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/wohin-steuert-der-ukrainekrieg-john-mearsheimer-russland-nato-usa>

<https://www.cicero.de/aussenpolitik/wohin-steuert-der-ukrainekrieg-john-mearsheimer-russland-nato-usa-teil-2>

2.15 Brandt-Funke-Kujat-Teltschik: Den Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beenden

Legitime Selbstverteidigung und das Streben nach einem gerechten und dauerhaften Frieden sind kein Widerspruch.

Professor Dr. Peter Brandt, Professor Dr. Hajo Funke, General a.D. Harald Kujat, Professor Dr. h.c. Horst Teltschik

09.09.2023 | 10:16 Uhr

Frieden ist möglich – ein Weg aus der Gefahr

Positionen der Kriegsparteien

Ukraine

1. Verhandlungen erst nach Abzug der russischen Truppen von ukrainischem Territorium beziehungsweise nach der Befreiung aller von Russland besetzten Gebiete.

2. Verpflichtung Russlands, die Kosten des Wiederaufbaus zu tragen.

3. Verurteilung der für den Angriff verantwortlichen russischen Führung.

4. NATO-Mitgliedschaft nach Beendigung des Krieges.

5. Sicherheitsgarantien durch von der Ukraine benannte Staaten.

Russland

1. Konsolidierte Neutralität der Ukraine – keine NATO-Mitgliedschaft.

2. Keine Stationierung amerikanischer und anderer NATO-Truppen auf ukrainischem Territorium.

3. Anerkennung der Regionen Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja als russisches Staatsgebiet.

4. Höchstgrenzen für die ukrainischen Streitkräfte insgesamt und für die einzelnen Waffengattungen.

5. Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA/der NATO, insbesondere über Verifikationsmechanismen für das Ballistic Missile Defence System/BMDS der NATO in Polen und Rumänien.

Beide Kriegsparteien haben nach dem Rückzug der Ukraine aus den Vereinbarungen von Istanbul Vorbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen gestellt, der ukrainische Präsident sogar Verhandlungen per Dekret verboten. Auch für die Verhandlungsergebnisse wurden von beiden Seiten Forderungen erhoben, die so nicht realisierbar sind. Deshalb müsste erreicht werden, dass zunächst alle Bedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen fallengelassen werden. Das chinesische Positionspapier bietet dafür einen vernünftigen Ansatz. Es fordert, die Verhandlungen von Istanbul auf dem damals erreichten Stand wieder aufzunehmen ("resume peace talks ... resumption of negotiations").

Eine wichtige Rolle für das Zustandekommen von Verhandlungen fällt den USA zu. Die USA müssten den ukrainischen Präsidenten zu Verhandlungen drängen. Darüber hinaus müssten sie (und die NATO) zu Rüstungskontrollverhandlungen, einschließlich vertrauensbildender militärischer Maßnahmen, bereit sein.

Phase I – Waffenstillstand

1. Der UN-Sicherheitsrat

2.15. BRANDT-FUNKE-KUJAT-TELTSCHIK: DEN KRIEG MIT EINEM VERHANDLUNGSFRIEDEN BEE

- beschließt gemäß Artikel 24 Absatz 1 der UN-Charta im Einklang mit der ihm von den Mitgliedern übertragenen Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einen Zeit- und Ablaufplan für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und die Wiederherstellung des Friedens,
- beschließt mit Wirkung von einem „Tag X“ an einen allgemeinen und umfassenden Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien Russland und Ukraine. Der Waffenstillstand erfolgt ohne Ausnahme und ohne jede Einschränkung oder Sonderregelung unabhängig von der Dislozierung der gegnerischen Streitkräfte und Waffensysteme und ist in allgemeiner und umfassender Form verbindlich durchzuführen,
- beauftragt einen Hohen Kommissar für Frieden und Sicherheit in der Ukraine mit der politischen Verantwortung für die Durchführung des Zeit- und Ablaufplans sowie aller vom UN-Sicherheitsrat in diesem Zusammenhang beschlossenen Maßnahmen,
- beschließt den Einsatz einer UN-Friedenstruppe^[16] nach Kapitel VII der UN-Charta, die mit der Einhaltung und Durchsetzung des Waffenstillstands und der zwischen den Vertragsparteien vereinbarten, sicherheitsrelevanten und militärischen Maßnahmen beauftragt wird.

2. Die Konfliktparteien stellen an dem vom UN-Sicherheitsrat bestimmten Zeitpunkt („Tag X“) alle Kampfhandlungen ein.

3. Ab diesem Zeitpunkt werden keine Waffen und Munition mehr an die Ukraine geliefert. Russland stellt ebenfalls die Zuführung von Waffen und Munition an seine Streitkräfte auf dem seit dem 24. Februar 2022 besetzten Territorium und der Krim ein.

4. Alle irregulären ausländischen Kräfte, Militärberater und Angehörigen von Nachrichtendiensten beider Kriegsparteien werden bis zum Tag X+10 vom ukrainischen Territorium abgezogen.

Phase II – Friedensverhandlungen

1. Die Friedensverhandlungen beginnen am Tag X+15 unter dem Vorsitz des UN-Generalsekretärs und/oder des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Frieden und Sicherheit in der Ukraine am Sitz der Vereinten Nationen in Genf.

2. Beide Konfliktparteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Verhandlungen in der festen Absicht zu führen, den Krieg zu beenden und eine dauerhafte, friedliche Regelung aller strittigen Fragen anzustreben. Sie beabsichtigen, die Schreiben Russlands an die Vereinigten Staaten und die NATO vom 17. Dezember 2021, soweit sie für die bilateralen Verhandlungen von Bedeutung sind, und das Positionspapier der Ukraine für die Verhandlungen vom 29. März 2022 zu berücksichtigen und an die Ergebnisse der Istanbul-Verhandlungen anzuknüpfen.

3. Elemente einer Verhandlungslösung:

a) Die Konfliktparteien

- betrachten sich künftig nicht als Gegner und verpflichten sich, zu den Prinzipien gleicher und unteilbarer Sicherheit zurückzukehren,
- verpflichten sich, auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zu verzichten,
- verpflichten sich, keine kriegsvorbereitenden Maßnahmen gegenüber dem Vertragspartner vorzunehmen,
- verpflichten sich zu Transparenz in ihren militärischen Planungen und Übungen sowie zu größerer Vorhersehbarkeit ihres militärischen und politischen Handelns,
- akzeptieren die Stationierung einer UN-Friedenstruppe auf ukrainischem Territorium in einer Zone von 50 Kilometern Breite bis zur russischen Grenze einschließlich der Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson in ihren Verwaltungsgrenzen,
- verpflichten sich, alle Streitfragen ohne Anwendung von Gewalt durch die Vermittlung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen oder, falls dies geboten ist, durch die Garantiestaaten zu lösen. Das Recht der Ukraine auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta ist davon unberührt.

b) Russland

- zieht seine Streitkräfte auf dem ukrainischen Territorium auf den Stand vom 23. Februar 2022 zurück.
- zieht seine Streitkräfte auf seinem Territorium aus einer Zone von 50 Kilometern Breite bis zur ukrainischen Grenze zurück, die seit dem 24. Februar 2022 in diese Zone verlegt wurden.

c) Die Ukraine

- zieht ihre Streitkräfte aus einer Zone von 50 Kilometern Breite bis zur russischen Grenze, einschließlich der Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson zurück,
- erklärt den permanenten Status als neutraler Staat und tritt keinem militärischen Bündnis, einschließlich der Nordatlantischen Allianz, bei. Die Souveränität, territoriale Integrität und staatliche Unabhängigkeit der Ukraine werden durch entsprechende Zusagen von Garantiemächten gewährleistet. Die Garantiezusagen gelten nicht für die Krim und Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson innerhalb der ehemaligen Verwaltungsgrenzen,
- verzichtet auf die Entwicklung, den Besitz und die Stationierung von Nuklearwaffen auf ihrem Territorium,

2.15. BRANDT-FUNKE-KUJAT-TELTSCHIK: DEN KRIEG MIT EINEM VERHANDLUNGSFRIEDEN BEE

- wird keine permanente oder befristete Stationierung von Streitkräften einer fremden Macht oder deren militärischer Infrastruktur auf ihrem Territorium zulassen,
 - wird keine Übungen und Manöver von ausländischen Streitkräften auf ihrem Territorium zulassen,
 - wird die vereinbarten Höchstgrenzen für die ukrainischen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren umsetzen.
- d) Die Probleme im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol werden innerhalb von 15 Jahren bilateral auf diplomatischem Wege verhandelt und unter Verzicht auf militärische Gewalt gelöst.
- e) Der künftige Status der Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson wird in den Verhandlungen einvernehmlich vereinbart. Russland wird den Flüchtlingen die Rückkehr ermöglichen. Sollten die Verhandlungspartner in dieser Frage keine Einigung erzielen, wird der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Frieden und Sicherheit in der Ukraine innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ein Referendum durchführen, in dem die Bevölkerung über den künftigen Status entscheidet. Teilnahmeberechtigt sind ukrainische Staatsbürger, die am 31.12.2021 ihren ständigen Wohnsitz in diesen Regionen hatten. Russland und die Ukraine verpflichten sich, das Ergebnis des Referendums anzuerkennen und bis zum Ende des Jahres, in dem das Referendum stattgefunden hat, in ihre nationale Gesetzgebung umzusetzen. Für die Bevölkerung der Regionen, die sich für den Verbleib im ukrainischen Staatsverband entscheidet, wird die ukrainische Regierung bis zum Ende des Jahres, in dem das Referendum stattgefunden hat, Minderheitenrechte nach europäischem Standard in die Verfassung aufnehmen und umsetzen (entsprechend dem Minsk II-Abkommen).
- f) Garantiestaaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind, werden die Mitgliedschaft der Ukraine durch die Unterstützung rechtstaatlicher und demokratischer Reformen fördern.
- g) Der Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft und Infrastruktur wird durch eine internationale Geberkonferenz gefördert.
- h) Beide Vertragsparteien werden an einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im KSZE-Format mit dem Ziel einer europäischen Sicherheits- und Friedensordnung teilnehmen und diese konstruktiv unterstützen. Die Konferenz wird innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages stattfinden.
- i) Der Vertrag tritt in Kraft, sobald beide Vertragsparteien und fünf Garantiestaaten den Vertrag unterzeichnet und, soweit erforderlich, die Parlamente dieser Staaten dies gebilligt haben sowie die Ukraine ihren Status als neutraler, unabhängiger und bündnisfreier Staat (ohne das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft) durch die Änderung der Verfassung kodifiziert hat.[19]
- k) Etwaige Verzögerungen rechtfertigen weder den Bruch des Waffenstillstands noch den Rücktritt von den bis dahin erreichten Vereinbarungen.

Phase III – Eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung

Langfristig kann nur eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung die Sicherheit und Freiheit der Ukraine gewährleisten, in der die Ukraine und Russland ihren Platz haben. Eine europäische Sicherheitsarchitektur, in der die geostategische Lage der Ukraine keine Schlüsselrolle mehr für die geopolitische Rivalität der Vereinigten Staaten und Russlands spielt. Der Weg dorthin führt über eine Konferenz im KSZE-Format, die an die großen Fortschritte der „Charta von Paris“ anknüpft und diese unter Berücksichtigung der gegenwärtigen sicherheitspolitischen und strategischen Rahmenbedingungen weiterentwickelt.

<https://www.berliner-zeitung.de/open-source/ukraine-krieg-ein-frieden-durch-verhandlungen-ist-moeglich-li.386287>

2.16 Russlands Sicht

2.16.1 Wladimir Putin – Rede auf der Erweiterten Sitzung des Vorstands des Verteidigungsministeriums

Der Präsident traf im Nationalen Verteidigungskontrollzentrum der Russischen Föderation ein, um an einer erweiterten Sitzung des Verwaltungsrats des Verteidigungsministeriums.

19. Dezember 2023

Politisch hat Russland den Südwesten [der Ukraine] betont, und das ist auch allgemein bekannt. Warum? Denn diese sind historisch gesehen Russische Regionen. Sie werden in der Tat von Russen bewohnt, unabhängig von einem Stempel in ihren Pässen. Sie haben nur eine Muttersprache – Russisch, und ihre ganze Kultur und Traditionen sind auch russisch, alles. Sie sind unsere Leute.

Wir haben uns immer auf diesen Teil der Ukraine konzentriert, und das hatte innenpolitische Konsequenzen, weil es nicht zuließ, dass Ultrationalisten mit legalen politischen Mitteln an die Macht kommen. Die politischen Kräfte und Führer, die die Spitzenpositionen des Staates für sich beanspruchten, mussten die Meinung der Wähler im Südosten der Ukraine berücksichtigen. Das war schon immer so. Ohne sie war es unmöglich, an die Macht zu kommen. Aber sobald diese Kräfte, die an die Macht kamen, vergaßen sie diese Regionen sofort. Niemand dachte über ihre Interessen oder Mandate nach, und die Behörden folgten sofort den extremen Nationalisten, die aktiv, beleidigend und aggressiv waren. Sie übernahm auch sofort dessen innenpolitische Agenda.

Dem haben wir entgegenzuwirken versucht. Wie? In erster Linie mit Ein wirtschaftlicher Ansatz, das wissen Sie. Wir haben ihnen Energie für so gut wie nichts verkauft, gab ihnen Kredite und förderte die Zusammenarbeit. Glauben Sie mir, wir haben alles getan, um Beziehungen aufzubauen, und dafür viel Geduld gewonnen. Aber nein. Der Westen, der sich auf diese aktiven und aggressiven nationalistischen Kräfte in der Ukraine stützte, tat es einfach und ließ uns dafür keine Chance.

Aber sie erkannten auch, dass sie nicht in der Lage waren, ihre ultimativen Ziele mit legalen Mitteln zu erreichen und die gesamte Ukraine auf ihre Seite zu ziehen. Es hat einfach nicht so geklappt. Die Einwohner des Südostens gingen zur Wahl und stimmten für diejenigen, die über gute Beziehungen zu Russland sprachen. Das ist was im wirklichen Leben passiert ist. Aber es hat nicht geklappt. Wofür haben sie sich schließlich entschieden? Einen Staatsstreich.

Es ist nicht klar, warum sie das getan haben. Vielleicht, um diesem Problem ein für alle Mal ein Ende zu bereiten.

In diesem Sinne haben sie ihre Ziele. Wir hatten keine andere Wahl, als die Krim zu unterstützen, sonst wäre sie in Blut ertrunken.

Aber dann kam die Frage des Donbass auf. Wissen Sie, wir haben versucht, eine friedliche Lösung auszuhandeln. Im Großen und Ganzen waren wir bereit, unter bestimmten Bedingungen, die in den Minsker Vereinbarungen festgelegt sind, schrittweise die territoriale Unversehrtheit der Ukraine, einschließlich des Donbass, zu wahren, Menschen aus der Gefahrenzone zu bringen und angemess-

sene Bedingungen und Garantien für ihre Sicherheit zu schaffen. Das war der Sinn der Minsker Vereinbarungen.

Aber wenn die ukrainischen Behörden und ihre westlichen Handlanger dem zugestimmt hätten, wenn sie zugestimmt hätten, diese Vereinbarungen umzusetzen, alles hätte nach und nach – ich glaube es aufrichtig – funktioniert. Aber sie stimmten dem nicht zu und entfesselten dort 2014 einen regelrechten Krieg.

Wir haben nichts getan, sondern wurden nach und nach gezwungen, uns zu engagieren, um die Menschen zu schützen und vor der Vernichtung zu bewahren. So fing alles an.

Wir waren gezwungen, auf diese aggressive Haltung zu reagieren. Später haben sie die Minsker Vereinbarungen einfach über Bord geworfen hat, dies öffentlich gesagt hat, und die Staats- und Regierungschefs sagten es öffentlich und gaben zu, dass dies nur eine Fassade war, um die ukrainischen Streitkräfte wiederzubeleben, oder besser gesagt, für den Aufbau der ukrainischen Streitkräfte.

Warum sollte man das tun? Hier kommt die zweite Teil ihrer Handlung. Es ging darum, die Ukraine in die NATO zu ziehen. Und dann sagen Sie mir: Worüber machen Sie sich Sorgen, wir werden sie jetzt nicht mitmachen lassen. Ich sagte, was ist mit morgen? Wann kommt das morgen? In einem Jahr, in zwei Jahren? Betrachtet man sie aus der historischen Perspektive und aus der strategischen Perspektive des russischen Staates, selbst 10 oder 15 Jahre sind inakzeptabel. Wie sieht es morgen aus? Ihr Ziel war und ist es eindeutig, die Ukraine zurückzuziehen in die NATO aufgenommen werden.

Gehen wir zurück, ich habe das gerade vom Podium aus gesagt. Wir haben die ganze Zeit darüber gesprochen. 1991 hieß es: Keinen Zentimeter nach Osten. Zur Hölle, es ist kein Zentimeter. Hier sind sie, bei uns Zaun, der hier herausragt. Und sie blieben dabei. Sie eroberten das Baltikum und ganz Osteuropa. Die gleiche Frage drängt sich auf – warum? Es gab viele Alternativen, die für alle akzeptabel gewesen wären. Aber der Punkt ist einfach ein Land Russland wird nicht gebraucht – es ist zu groß. Es sollte in Stücke geteilt und unterworfen werden – so wie sie Europa unterjochten. Ich werde noch ein wenig mehr sagen darüber.

Kurz gesagt, sie brachten im Grunde diese Dinge bis zum Krieg. Sie haben 2014 den Krieg entfesselt, und wir mussten uns einmischen allmählich. Leider, oder auch nicht, hatten wir keine andere Wahl, wir mussten uns darauf einlassen.

Gleichzeitig kümmerten sie sich um einen anderen ein wichtiges Problem für sich selbst zu lösen. Sie reinigten die Luft für sich selbst – sie waren besorgt über die Annäherung zwischen Russland und Europa. Das war ihre Sorge. Sie wollten die ganze Show kontrollieren und haben die ganze Zeit alle eingeschüchtert – seht her, dieses bösertige Russland bedroht euch! Wir sind uns bewusst, dass Russland nicht um Europa zu bekämpfen. Wir werden auch heute nicht gegen sie kämpfen. Die Staats- und Regierungschefs der USA und der NATO sagen immer wieder, wenn Russland jetzt in der Ukraine gewinnt, werden die NATO-Länder wird als nächstes an der Reihe sein. Warum brauchen wir diese NATO-Länder? Wir haben nie gebraucht und brauchen sie jetzt nicht und werden sie auch in Zukunft nicht brauchen. Warum sind sagen sie das? Sie zum Bezahlen zu animieren – das ist der springende Punkt.

Nachdem sie ihre aktuellen Ziele erreicht haben, nachdem sie die Ukraine zerrissen haben und nach dem Abbruch der russisch-europäischen Beziehungen, haben die Vereinigten Staaten von Amerika Mitgliedstaaten hat leider erreicht, was sie wollte. Wir konnten einfach nicht anders handeln – sonst hätten wir alles aufgeben und ihnen beim Lecken ihrer Lippen zusehen müssen, während sie alles auffressen, was uns gehörte, alles, was ursprünglich Russisch war. Aber wir konnten das nicht tun, und sie erkannten, dass wir es nicht tun konnten, also tat es mit Absicht. Sie haben uns und Europa bewusst in diesen Konflikt gedrängt und ihre Ziele in diesem Sinne erreicht, indem sie Russland und Europa gegeneinander aufgebracht haben andere. Jetzt verlagern sie auch die Last der finanziellen Verantwortung und die Kosten dafür auf Europa.

Inzwischen ist die derzeitige willensschwache, rückgratlose Generation der Politiker in Europa können sich dem angesichts der enormen Abhängigkeit ihrer Medien, ihrer Wirtschaft und ihrer Politik nicht widersetzen. Wählen Sie ein beliebiges großes Medienunternehmen in Europa aus, und Sie werden feststellen, dass der letztendliche Nutznießer eine amerikanische Stiftung ist. Alles ist dort drüben, alles ist in Übersee. Das ist eine Frage des Einflusses auf die Politik. Wir wissen, dass die Geheimdienste dort ihre Befürworter schon in jungen Jahren zu bekommen, als junge Studenten. Sie arbeiten mit diesen junge Menschen, die sie in den politischen Ruhm der europäischen Länder ziehen.

Aber so einfach ist es jetzt nicht; die Europäer beginnen zu begreifen, was vor sich geht, und eine gewisse Verschiebung findet bereits statt in Europa. Ich beziehe mich nicht einmal auf die wirtschaftlichen Probleme – es gibt sie, und das spiegelt sich nicht nur in den Kundgebungen in Europa wider – es ist in Dokumenten festgehalten worden. Die führenden Industrieländer Europas verzeichnen einen Niedergang – sie befinden sich in einer Rezession.

Aber auch im politischen Bewusstsein vieler europäischer Nationen vollzieht sich ein Wandel. Sie verstehen dass die Vereinigten Staaten Europa schamlos und rücksichtslos ausbeuten und sich überhaupt nicht um die Interessen Europas kümmert.

Dies ist jedoch die Entscheidung, die von den europäischen Nationen getroffen wird. Wir haben uns nie eingemischt, mischen uns nicht ein und planen nicht sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Aber es gibt etwas, das wir auf jeden Fall tun werden. Wir unsere Interessen wahren. Denn was die Vereinigten Staaten in der Ukraine getan haben, wie ich bereits erwähnt habe, haben uns die Vereinigten Staaten im Wesentlichen die Möglichkeit genommen, mit politischen Mitteln gute Beziehungen zu diesem Land aufzubauen. Was sie taten, war ein Fall von völliger Gesetzlosigkeit. Im Jahr 2014 führten sie einen Staatsstreich durch und Dann setzten sie diesen Weg der Gesetzlosigkeit fort. Sie zwangen uns einfach, darauf zu reagieren.

Was Europa anbelangt, so sind die Menschen zunehmend bewusst, dass andere Länder, vor allem die Vereinigten Staaten, nutzen sie, um ihre eigenen Agenden voranzutreiben. Nun, ihr Bewusstsein wächst. Gut für sie, aber wir werden uns nicht einmischen.

Abschließend möchte ich sagen: Russland war der einzige Garant für die Souveränität und das Territorium der Ukraine Integrität. Ich habe das bereits

erwähnt. Bei der Gründung der Sowjetunion übertrug Russland Riesige historische Territorien, russische Territorien, zusammen mit der Bevölkerung, ein riesiges Potenzial, und investierte immense Ressourcen in dieses Land.

Die westlichen Länder der Ukraine? Wir wissen, wie die Ukraine sie erhalten hat. Stalin verschenkte sie nach dem Zweiten Weltkrieg. Er gab einen Teil der polnischen Gebiete, Lemberg usw., einschließlich mehrerer großer Gebiete mit eine Bevölkerung von zehn Millionen. Um die Polen nicht zu beleidigen, entschädigte er sie für ihre Verluste, indem sie ihnen die ostdeutschen Länder, den Danziger Korridor und Danzig selbst. Er nahm einige aus Rumänien und einige aus Ungarn und gab sie der Ukraine.

Die Menschen, die dort leben – viele von ihnen, zumindest das weiß ich sicher, zu 100 Prozent – sie wollen zurück in ihre historische Heimat. Die Länder, die diese Gebiete verloren haben, vor allem Polen, träume davon, sie wieder zu haben.

In diesem Sinne konnte nur Russland Garant für die territoriale Unversehrtheit der Ukraine. Wenn sie es nicht wollen, dann sei es es. Die Geschichte wird alles an seinen Platz stellen. Wir werden uns nicht einmischen, aber wir werden nicht aufgeben, was uns gehört. Dessen sollten sich alle bewusst sein – die Menschen in der Ukraine die Russland gegenüber aggressiv eingestellt sind, und in Europa und in den Vereinigten Staaten Staaten. Wenn sie verhandeln wollen, sollen sie das tun. Aber wir werden es nur auf der Grundlage tun, auf unsere Interessen.

Natürlich wird Russland nicht in der Lage sein, dies ohne starke, zuverlässige, gut ausgerüstete und richtig motivierte Streitkräfte. Die Streitkräfte werden nicht in der Lage sein, dies zu erreichen ohne eine starke Wirtschaft, ohne dass die Industrie im Allgemeinen und die Rüstungsindustrie im Besonderen wie ein Uhrwerk funktionieren, und vor allem ohne die Unterstützung des multiethnischen Volkes Russlands. Du hast jetzt alles, und das Mutterland erwartet von Ihnen, dass Sie liefern.

Vielen Dank.

2.16.2 Eigentext (HL): Man muss sich Putins Sicht auf die Ukraine und die Möglichkeit von Frieden vielleicht so vorstellen

Da gibt es in der geografischen Mitte der jetzigen Ukraine ein Volk, das den Russen verwandt ist, mit ihm einen gemeinsamen Ursprung hat, sich aber doch von ihm unterscheidet, was die Sprache und den Verlauf der Geschichte angeht. Obendrein ist dieses Volk politisch irgendwie unsicher, weil vom Westen beeinflusst, von den Österreichern, von Polen, von der katholischen Kirche, von wem auch immer. Und von diesen Mächten über die Jahrhunderte hinweg in eine Position gegen Russland gebracht wurde, jedenfalls Teile davon. Einige davon wurden im Laufe der Zeit zu regelrechten Anti-Russen.

Um dort eine sichere Grenze und einen sicheren Landstrich zu bekommen, haben Lenin und Stalin die jetzige Ukraine geschaffen. Lenin hat zu dieser unsi-

chere Gegend Gebiete mit sicherer russischer Art hinzugefügt, um eine Sowjetrepublik zu schaffen, die den herkömmlichen Ukrainern einerseits viel politisch-kulturellen Raum einräumt, sie andererseits aber auch in eine russische Dominanz einhegt, so dass sie keine Gefahr für die Sowjetunion bildet. Nach dem Krieg hat Stalin dann die potentiell nazistische Westukraine - das ehemals erst österreichische, dann polnische Gebiet, katholisch beeinflusst - zur ukrainischen Sowjetrepublik hinzu geschlagen, um sie fest unter Kontrolle zu halten. Dass eine indirekte Kontrolle Lembergs über ein volksdemokratisches/sozialistisches Polen im Warschauer Pakt möglich gewesen wäre, war 1945 noch nicht abzusehen. Damit aber waren die innerukrainischen Kräfteverhältnisse wieder verändert, die potentiell antirussischen Kräfte in der ukrainischen Gesellschaft wider Willen gestärkt.

Diese Ukraine nach 1945 musste im Interesse der Sowjetunion und dann folgend der Russischen Föderation im Inneren stabil bleiben. Ein Art Gleichgewicht der verschiedenen ethnischen, kulturellen, religiösen usw war erforderlich. Nur diese Form staatlicher Einheit der Ukraine sicherte die Sowjetunion und später Russland nach Westen und wurde von Russlands unterstützt. Insofern war Russland - so sieht es Putin - ein Garant eines souveränen ukrainischen Gesamtstaates.

Der Maidan jedoch - ein Bündnis aus mancherlei Leuten, darunter westukrainischen Nationalisten, und gestützt aus dem Westen, vor allem den USA, hat das immer prekäre multiethnische Gleichgewicht gekippt, damit die bisherige Ukraine zerstört. Das hatte zwei Folgen, die Russland seiner Auffassung nach zum Eingreifen zwangen:

1. Die Nato konnte direkt an die russische Grenze heranrücken, egal, ob sofort oder erst in 15 Jahren,
2. die ethnischen Russen in der Ukraine seien in ihrer Existenz als Volk, als eigener Volksteil, der zu den Russen in der Russländischen Föderation gehört, bedroht.

Russlands Interessen erfordern eine multiethnische und damit auch neutrale Ukraine. Diese Ukraine wäre eine große Zone des Überganges zwischen der Nato und Russland. Weil diese Ukraine vom Maidan zerstört wurde, und weil die ukrainische Regierung, unterstützt von den Regierungen aus dem Westen, MinskII, den letzten Versuch der Rettung des ukrainischen Gesamtstaates, nicht erfüllen wollte, steht aus russischer Sicht die Staatlichkeit der Ukraine bei Null. Alles ist möglich:

1. Die Auflösung der Ukraine und damit die Rückwicklung der territorialen Zugehörigkeiten. Die russisch besiedelten Gebiete der Ukraine kommen (wieder) zurück nach Russland, die ehemals polnischen Gebiete womöglich an Polen, die ehemals slowakischen und ungarischen Gebiete werden zurück gegeben.
2. Der Umbau der Ukraine zu einem föderalistischen Staat, neutral, mit starkem russischen Einfluss. Und, dazwischen liegend:

3. Eine um die russischen Teile gekürzte Ukraine, mit dem großen Rest kann dann der Westen machen, was er will, Russland kann mit den griechisch-katholischen Galiziern eh nichts anfangen.

Bemerkungen dazu: Diese Sicht enthält massive Unklarheiten.

1. Sie unterstellt, dass jeder, der Russisch spricht, auch Teil eines über Russland hinausgehenden russischen Volkes ist. Man hätte dann in den an Russland angeschlossenen Gebieten, die vor dem Februar 22 unstreitig zur Ukraine gehörten, doch ein paar Begrüßungskomitees für die russischen Truppen sehen müssen. Die „prorussischen“ Kräfte der Ukraine aus der Zeit vor dem Krieg haben sich jedoch überwiegend der Regierung in Kiew angeschlossen. Putins Erwartung, Teile der ukrainischen Armee würden sich der russischen Armee anschließend, hat sich nirgends erfüllt. Wer Deutsch spricht, ist noch lange kein Deutscher. Die österreichische Nation hat sich erst nach 1945 wirklich herausgebildet. Wer russisch spricht, muss sich keineswegs als Teil dieses russischen Volkes ansehen. Es kann sein, dass der Krieg die politisch-gesellschaftlich-kulturelle Position Russlands in der Gesamt-Ukraine gestärkt hat, es kann aber auch sein, dass das Gegenteil eingetreten ist. Der Krieg findet schließlich in den Gegenden russischsprachiger Ukrainer statt, sie bekommen die Raketen auf ihre Häuser, kaum jedoch die westukrainischen Bandera-Anhänger.
2. Der staatsrechtliche Anschluss der Gebiete von Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson an die Russische Föderation macht die Rückkehr zur „alten“ multiethnischen Ukraine der Jahre bis 2013 unmöglich. Was immer als Ukraine am Ende des Kriegs dann übrigbleibt, es wird von westukrainischen Nationalisten dominiert werden. Ein russisches Gegengewicht in der Ukraine wird fehlen. Diesen Weg zum Frieden hat Russland selbst verschlossen.
3. Daraus folgt, dass nach-wie-vor weder die militärischen noch die politischen Ziele des russischen Kriegs in der Ukraine klar sind. Geht es „nur“ darum, die „russischen“ Teile der Ukraine im Osten und Süden, von Donezk bis Odessa, unter die eigene Gewalt zu bekommen und damit gleichzeitig die Krim und Sebastopol zu sichern? Oder soll der ukrainische Staat, der in dieser Form russischen Interessen widerspricht, zum Einsturz gebracht werden? Was können die Ziele Russlands bei Verhandlungen sein? Man kann vermuten, dass Russland eine verkleinerte Ukraine will, die Russland das Schwarze Meer überlässt, und nicht Teil der Nato wird, weder als Mitglied noch als Partner der Nato. Man kann Vermutungen anstellen, aber eben nur Vermutungen.
4. Diese Unklarheiten erlauben es Russlands Feinden, Russland alle nur denkbaren Ziele zu unterstellen. Russland will die Ordnung der Welt verändern, es will erst die Ukraine zerstören und danach einzelne Nato-Staaten angreifen, bei den baltischen Staaten mit großen russischen Minderheiten

beginnend. Diese Unklarheiten verhindern/behindern Öffentlichkeit in der Welt, in den Nato-Staaten und bei uns in Deutschland. - Wer immer verlangt, der Krieg müsse mit Verhandlungen beendet werden, die erst einen Waffenstillstand ermöglichen und dann zu einem Friedensvertrag führen, wird nach den Inhalten dieser vertraglichen Regelungen gefragt und kann dann nicht antworten. Friedensforschung und Friedensbewegung müssten, gestützt auf ein Verständnis der Motive und der Ziele der Akteure, über Weg und Konstruktion von Frieden nachdenken können - das geht mit diesen Ansagen aus Russland aber nicht. (Dass man im Westen auch keine Kriegsziele findet, über die großer Konsens herrscht, die man gut finden oder auch nicht, die man bewerten und einordnen könnte, ändert daran nichts.)

2.17 Der Westen, Russland, die Ukraine: Endlich Diplomatie wagen

Der Krieg ist für die Ukraine und den Westen nicht zu gewinnen, ein Flächenbrand droht. Es ist Zeit für Verhandlungen und einen Waffenstillstand.

(Hajo Funke war Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Er unterstützte das „Manifest für Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht.

Michael von der Schulenburg arbeitete 34 Jahre lang in verschiedenen Friedens- und Entwicklungsmissionen der Vereinten Nationen und der OSZE.)

Ein Großteil der etablierten Medien und der demokratischen politischen Parteien in Deutschland geht davon aus, dass Russlands Präsident Wladimir Putin nicht verhandeln will und wir auch nicht verhandeln sollen; man müsse ihn politisch und militärisch in die Enge treiben; er sei ein revisionistischer Imperialist, den man niederringen muss, sonst hätten wir ihn bald in Deutschland – eine Beschwörung, wie wir sie aus den Hoch-Zeiten des Kalten Kriegs kennen.

Denn diese einigermaßen simplen Annahmen sind durch das reale Verhalten der russischen Streitkräfte, wie wir es nun seit knapp zwei Jahren beobachten, nicht gedeckt. So brutal der Angriff zweifellos erfolgt ist – ein revisionistischer Imperialist würde anders handeln. Viel eher ist anzunehmen, dass der Anlass des Krieges auch mit der Eskalation zwischen der Ukraine und Russland im Vorlauf des Krieges und auch mit der wachsenden Beteiligung von Nato-Mitgliedstaaten an der Aufrüstung, Ausbildung und Manöverbeteiligung in den Monaten und Jahren vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands zu tun hat.

Ein Blick zurück: Am 24. März 2021 hatte der ukrainische Präsident Selenski mit dem Dekret Nummer 117 den Auftrag zur „Deokkupation“ und zur „Wiedereingliederung“ der Krim und der Stadt Sewastopol erteilt. Im August des Jahres schloss die ukrainische Regierung mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag über eine militärische Zusammenarbeit. Im September wiederum fanden in der Ukraine Nato-Manöver unter ukrainischer Beteiligung – auch der Bundeswehr – statt. Im November des gleichen Jahres wurde ein Vertrag über eine strategische Partnerschaft geschlossen.

Als Antwort auf die von Russland als Provokationen verstandenen Aktionen bot Russland im Dezember 2021 der Nato und den USA einen Vertragsentwurf mit Vorschlägen für Sicherheitsgarantien für beide Seiten an, um einen Nato-Beitritt der Ukraine noch zu verhindern. Diese Vorschläge wurden nicht einmal diskutiert, sondern abgelehnt.

Russland hat wie jeder souveräne Staat legitime Sicherheitsinteressen: zum einen ein Aufrechterhalten des nuklearstrategischen Gleichgewichts mit den Vereinigten Staaten, zum anderen ein konventionell-nukleares Gleichgewicht mit der Nato auf dem europäischen Kontinent. Die einseitige Kündigung wichtiger Rüstungskontrollabkommen seit 2001 durch die Vereinigten Staaten – wie den INF-Vertrag oder den Vertrag über den „Offenen Himmel“ – verstand die russische Führung als Versuch, das durch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sorgsam ausbalancierte Gleichgewicht zu ihren Ungunsten zu verändern.

Als besonders bedrohlich sehen sie die 2002 erfolgte einseitige Kündigung des ABM-Vertrages über die Begrenzung antibalistischer Raketenabwehrsysteme an. Der Vertrag war ein Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Zur Begründung erklärte die US-Regierung: „Heute ist unser Sicherheitsumfeld grundlegend anders. Der Kalte Krieg ist vorbei. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Russland ist kein Feind, sondern verbündet sich in immer mehr entscheidenden Fragen zunehmend mit uns.“

Inzwischen wurde das ballistische Raketenabwehrsystem der Nato BMD – „Ballistic Missile Defense System“ – mit Systemen amerikanischer Herkunft in Polen und Rumänien stationiert. Russland befürchtet, dass damit seine interkontinentalstrategischen nuklearen Zweitschlagssysteme ausgeschaltet und die nukleare Abschreckung wirkungslos werden könnten. Das System des ausgewogenen nuklearstrategischen Gleichgewichts aus Offensiv- und Defensivsystemen hatte bisher gut funktioniert, und wir Europäer haben das größte Interesse daran, nicht noch einmal in den nuklearen Abgrund blicken zu müssen, so wie 1962 während der Kubakrise. Zwei besonnene Staatsmänner – Kennedy und Chruschtschow – hatten durch Vernunft einen Interessenausgleich und dadurch einen Weg aus der Gefahr gefunden. Die Ukraine hat für Russland einen ähnlichen Stellenwert wie Kuba für die Vereinigten Staaten. Die strategische Konstellation ist durchaus vergleichbar.

Hinzu kommt: Der deutschen Öffentlichkeit ist die reale Chance auf einen frühen Friedensschluss wenige Wochen nach Beginn des Angriffskriegs nicht angemessen zur Kenntnis gebracht worden. Im März 2022 war zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation in Istanbul bereits ein Abkommen paraphiert worden. Das Abkommen scheiterte an der Blockade Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Zugleich ist in Deutschland, mehr als in anderen westlichen Öffentlichkeiten, die Debatte auf ein entweder „Ihr seid für uns“ oder „Ihr seid gegen uns“ verengt und folgt damit eher dem aggressiven Kriegstheoretiker Carl Schmitt.

Mutlosigkeit und Nibelungentreue

Fast zwei Jahre nach dem völkerrechtswidrigen und brutalen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine und damit dem Beginn des größten und gefährlichsten Kriegs auf europäischem Boden seit den beiden Weltkriegen gilt es, sich endlich ernsthaft und aktiv um einen Waffenstillstand und um Verhandlungen zu bemühen, kurz: Diplomatie zu wagen. Bisher ist der Schritt zu Verhandlungen aus einer Mischung von Mutlosigkeit, falscher oder gar blinder Nibelungentreue zu dem, was jeweils aus den Vereinigten Staaten kam, nicht erfolgt.

Verhandlungen sind angesichts der existenziellen Gefahr für die Ukraine überfällig. Denn die Ukraine ist in unmittelbarer Gefahr, eine militärische Niederlage zu erleiden, auch wenn immer noch ein Teil der öffentlichen Meinung darauf pocht, dass die Ukraine siegen werde, wenn nur dieses oder jenes mehr an Waffen (immer sind es angebliche Gamechanger) geliefert wird. Dies entspricht schlicht nicht den Tatsachen; es gleicht einer Realitätsverweigerung. Die Spatzen pfeifen es in Washington und in Kiew von den Dächern, dass die Gegenoffensive vom Sommer 2023 gescheitert ist. Inzwischen droht das seit Langem bestehende

Patt sich zu Ungunsten der Ukraine zu verändern.

Mehr noch: Der Ukraine gehen die Gelder, die Waffen und die Soldaten aus. Die Ukraine ist nahezu ausgeblutet. Mehr als die Hälfte der in der Ukraine Lebenden ist von Unterstützungsgeldern abhängig. Die Vereinigten Staaten wie die EU blockieren große Summen, die für den Erhalt der Kernfunktionen der Ukraine, vor allem aber auch für ausreichend Munition und Verteidigung geplant waren. Auch in der Ukraine sinkt offenbar die Bereitschaft, den Krieg auf längere Dauer fortzusetzen, wie dies lange Zeit der ukrainische Präsident propagiert hatte. Inzwischen steht er damit im eklatanten Widerspruch zu der realen Lage an der Front; erhebliche Konflikte zwischen ihm und seiner militärischen Führung sind zuletzt offenbar geworden.

Dieser Krieg ist von keiner der Konfliktparteien zu gewinnen. Er hätte abgewendet und frühzeitig beendet werden können

Zehntausende ukrainische Soldatinnen und Soldaten sind als Kanonenfutter missbraucht worden, indem sie in der Anfang Juni begonnenen Gegenoffensive gegen gut ausgebaute, tief gestaffelte russische Verteidigungsstellen ohne jegliche Erfolgsaussichten eingesetzt wurden. Jetzt fordert das ukrainische Militär, dass sie in einer weiteren Mobilisierungswelle durch rund 500.000 neue Soldaten aufgefrischt werden; jene Ukrainer, die sich dem Dienst mit der Waffe entzogen haben, sollen aus dem Ausland mit Sanktionen zurückgeholt werden.

Zurück zu einer Friedensordnung

Dieser Krieg ist von keiner der Konfliktparteien zu gewinnen. Er hätte abgewendet und frühzeitig beendet werden können. Er führt nur zu mehr Zerstörungen und zu unermesslichem menschlichen Leid. Das sinnlose Sterben muss ein Ende haben. Jürgen Habermas hatte in der Süddeutschen Zeitung vor knapp einem Jahr aus politisch-moralischen Gründen vor dieser Eskalation gewarnt. Diesem düster apokalyptischen Szenario etwas entgegenzusetzen, hängt von dem politischen Willen der Zuständigen, aber auch der Öffentlichkeit ab.

Es ist im existenziellen Interesse der Ukrainerinnen und Ukrainer, aber ebenso der Europäerinnen und Europäer. Denn eine solche schwärende Kriegswunde mitten in Europa für einen längeren Zeitraum, die jederzeit wieder aufbrechen kann – daran könnte selbst Europa verbluten. Europa muss den Weg zurück zu einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung finden, auf die sich in der Charta von Paris alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada vertraglich verpflichtet hatten.

Inzwischen sind die allzu bellizistischen Stimmen eines „Jetzt erst recht“ und die Anhänger der „Gamechanging“-Theorie merklich stiller geworden. Demokratische Parteien dürfen in ihrer Betonung der Verteidigungsfähigkeit nicht weiterhin ernsthafte friedenspolitische Initiativen den Falschen überlassen. Nach einer Umfrage der Körber-Stiftung vom November 2023 soll für rund drei Viertel der Befragten und für eine Mehrheit in allen demokratischen Parteien das deutsche Engagement in der Außenpolitik „vorwiegend diplomatischer Natur“ sein. „Nur zwölf Prozent setzen auf mehr militärisches und neun Prozent auf mehr finanzielles Engagement, zitierte die FAZ die Befragung.

Verhandlungen sollten im primären Interesse der Ukraine und Europas sein, wozu bereits Vorschläge aus dem Globalen Süden, unter anderem aus Brasili-

2.17. DER WESTEN, RUSSLAND, DIE UKRAINE: ENDLICH DIPLOMATIE WAGEN⁸³

en, Südafrika und China unterbreitet worden sind. Ein Frieden ist ohnehin nicht gegen, sondern nur mit Russland möglich – denn Russland bleibt allein schon geografisch gesehen unser Nachbar. Deshalb brauchen wir dringend eine Initiative führender europäischer Mächte, etwa von Frankreich und Deutschland.

Sie sollten unter Einbeziehung von Ländern des Globalen Südens – die ebenfalls ein massives Interesse an der Beendigung eines auch ökonomisch desaströsen Kriegs haben – den zweiten Jahrestag dieses Kriegs zu einer neuen Verhandlungsinitiative nutzen. Will man nicht einen permanenten Krieg mit einer immer weiter getriebenen Schwächung und letztlich Zerstörung Europas hinnehmen, ist Verhandeln ohne Alternative.

<https://taz.de/Der-Westen-Russland-die-Ukraine/!5979717/>

Kapitel 3

Beurteilungsgrundlagen

3.1 Eigentext (HL): Grundlagen von Frieden

Was sind grundlegende Bedingungen von Frieden? Für das Leben in Staaten wissen wir das im Grunde. Platon und die Bibel nennen es „Gerechtigkeit“, aber das klärt nicht viel, wenn man nicht sagen kann, wie diese „Gerechtigkeit“ funktionieren soll.

Vielleicht hilft ein provisorischer Versuch:

1. Wir Menschen sind verschieden, haben verschiedene Prägungen, Interessen, Ziele. - Diese Tatsache muss zunächst einmal anerkannt werden. Es gibt keine konfliktfreien sozialen Einheiten, weder kleine noch große.
2. Also sind Verfahren nötig, mit denen diese Unterschiede, ja Gegensätze nicht konfliktfrei, aber doch gewaltfrei zum Ausgleich gebracht werden können.
3. Die Menschen müssen also sowohl im Kleinen als auch im Großen an der Lösung der Konflikte beteiligt sein, vielleicht am Besten durch gemeinsame Ziele, die wiederum nur im Konflikt entstehen und bearbeitet werden.
4. Die Menschheit hat verschiedene gesellschaftliche und politische Systeme / Institutionen entwickelt, um das friedliche Zusammenleben im Staat zu gestalten.
5. Natürlich mit dem Notausgang: Wenn Beteiligte sich nicht an die Regeln des friedlichen Konfliktaustrags halten, wird auch mit Gewalt eingegriffen. Diese Gewalt muss allerdings in friedlich erzeugten Regeln eingehegt sein.

So weit die Regeln im Staat. Aber wie steht es mit Regeln für die Verhältnisse zwischen den Staaten? Da fehlt ja nicht nur die letztlich übergreifende Instanz, die im Zweifel mit Gewalt den Frieden durchsetzt. Da gibt es vor allem keine gegenseitige Anerkennung der verschiedenen Prägungen, Interessen und Ziele. Das

ist ja auch zu verstehen, wenn man die Unterschiede weit auseinander liegender Kulturen betrachtet. Nur: Das ändert nichts an der Aufgabe, miteinander - also unterschiedliche Staaten, Kulturen etc. - in Frieden leben zu müssen. Dieses Ziel hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg die UNO gestellt. Sie anerkennt die Gleichheit der Staaten und will, dass die Mitgliedsstaaten ihre Konflikte friedlich unter ihrem Dach lösen.

Wir wissen alle, dass der bloße Wunsch allein diese Organisation noch nicht zu einem durchgreifenden Erfolg verholfen hat. Aber die Idee war in der Welt: Konflikte friedlich nach den Regeln eines Rechts zu lösen. Und diese Idee ist nicht nur nicht wieder aus der Welt zu kriegen, sie verlangt auch immer wieder nach Bestätigung, nach Durchsetzung.

3.2 Eigentext (HL): Politisch-moralische Bemerkungen

Es gibt in der europäischen Überlieferung eine lange Tradition der Lehre vom „gerechten Krieg“. Sie diene der Einhegung der Kriege, es sollte nicht mehr jeder Fürst oder Privatmann Krieg nach seinem eigenen Gutdünken führen können. Diese Lehre ist natürlich umstritten, aber das soll hier nicht diskutiert werden.

Ein Krieg, geführt von einer ordnungsgemäßen Staatsführung, braucht einen gerechten, verständlichen Grund und ein erreichbares Ziel. Und er darf nur geführt werden, wenn der von ihm hervorgerufene Schaden nicht größer ist als der, der von ihm verhindert werden soll. Das gilt auch für die Verteidigung.

Die Gründe für die Nato, die Ukraine zu unterstützen sind dann einfach nachvollziehbar, wenn man die Vorgeschichte des Kriegs weg lässt und sich auf die Ausweitung / Eröffnung des Kriegs am 24.02.2022 beschränkt: Russland überfällt einen Nachbarstaat, um dort eine andere politische Herrschaft durchzusetzen, die eine russlandfreundliche Politik betreibt, zumindest außen- und militärpolitisch neutral ist und in seiner inneren Ordnung keine Regelungen mehr kennt, die die russische Sprache beschränkt. Die Ukraine soll grundlegende politischen also nicht mehr durch die eigenen Instanzen entscheiden können. Und irgendein dem Zustand vom 23.02.2022 ähnelnder Zustand soll wieder hergestellt werden. – So weit verständlich.

Nimmt man die Vorgeschichte hinzu, in der es dem Westen darum ging, die militärische Position Russlands zu schwächen, und in der der Westen mit minimalsten Zugeständnissen – Verzicht auf Nato-Beitritt der Ukraine, Umsetzung von MinskII –, die kaum auch nur eines einzigen Menschen Leben negativ berührt hätten, sieht die Sache anders aus. Es ging um Unterschriften unter zwei Texten: Der eine Text hätte gar keine praktischen Folgen/Auswirkungen/Änderungen gehabt, für nichts und niemanden, der andere Text hätte die Wiedereinrichtung der alten Stabilitätsformel der Ukraine – keine der beiden politisch-kulturellen Seiten darf die andere dominieren – bedeutet. Die Ablehnung dieser Unterschriften bedeutet, dass die Nato bereit war / ist, für ein politisches Ziel, das nur Politik- und Militärstrategen als wichtig ansehen können, den Tod von Zehntausenden und die Zerstörung ganzer Landstriche zu riskieren. Bezieht man diese Vorgeschichte mit ein, ändert sich die Bewertung des Verhaltens der Nato und ihrer Mitgliedsstaaten grundlegend.

Die Nato lässt auch keine Angaben zum Verhältnis von Ziel, Mittel und Opfer erkennen. Der Tod von welcher Anzahl an Menschen ist hinnehmbar, um welches Ziel zu erreichen? Es ist, so wie er von der Seite der Nato gegenwärtig gehandhabt wird, ein Krieg ins Blaue. Man führt ihn halt, weil man sich dafür entschieden hat, Zahl und Leiden der Opfer egal wie auch das Ausmaß von Zerstörung. Irgendwas wird halt passieren, Hauptsache, Russland wird geschädigt.

Anders sieht es mit der Ukraine aus. Ein völkerrechtlich souveräner Staat ist angegriffen worden, er hat das Recht zur Verteidigung. Allerdings muss man auch hier fragen, inwieweit ihn selbst eine Verantwortung trifft. Das geforderte Zugeständnis war minimal, obendrein mit den völkerrechtlichen Zusagen verein-

bar. Aber die politische Führung wollte nicht. Darf sie unter diesen Umständen das Leben von zehntausenden verlangen? Ist die – faktisch eh fiktive – Souveränität dieses Staates bedeutender als das Leben von einigen zehntausend Menschen?

Russland hatte 2021 das Recht (Charta von Paris, Dokument von Istanbul), von den USA und von der Nato zu verlangen, dass mit ihm Gespräche über die weitere Nato-Osterweiterung geführt werden. Es hatte angesichts der Kooperation Ukraine / Nato-Staaten die Befürchtung, dass Raketen unmittelbar vor seiner Tür stationiert werden. Und es wollte den andauernden tödlichen kleinen Krieg im Donbass beenden. – Die Verhandlungen zeigten, dass es in den wesentlichen Fragen keine Zugeständnisse seitens des Westens und der Ukraine gab / geben wird.

Im bisherigen Verlauf ist Russland diesen politischen Zielen letztlich kein Stück näher gekommen. Die Nato ist mit der Ukraine engagierter als je, die Sicherheit der „Volksrepubliken“ ist weiterhin nicht gewährleistet. Vor allem zeigt ein Blick auf die Zahl der Toten - und da muss man alle nehmen, die Soldaten und Zivilisten beider Seiten - ist explosionsartig gestiegen. Wenn – wie wahrscheinlich – der Krieg irgendwo am Dnepr stehen bleiben wird, eine Teilung der Ukraine nach koreanischer Art, dann wird die Nato faktisch-praktisch bis an den Dnepr vorrücken.

Es ist auch nicht zu erkennen, dass sich diese Lage für Russland verbessern wird. Ein rationales politisches Ziel gibt es für Russland in diesem Krieg nicht, also kann er schon an diesem Punkt nicht moralisch gerechtfertigt werden.

Wichtiger ist jedoch: Auf beiden Seiten gibt es zwar so etwas, das man strategische Überlegungen für diesen Krieg nennen könnte, so pfuschig sie auch sind, die Menschen kommen jedoch nicht in den Blick. Sie sind letztlich nur Verfügungsmasse. Man kann sie als Kämpfer mobilisieren, man kann sie als Opfer beklagen. Aber Rücksicht muss man nicht nehmen.

Aber genau an der Stelle muss friedensethisch nachgefragt werden, müssen friedensethische Alternativen entwickelt werden: Es geht um die vielen einzelnen Menschen.

Diese Sprachlosigkeit der kriegsführenden Seiten irritiert. Sie führt einerseits zu mehr politischem Fanatismus, wie man in den sozialen Netzwerken sehen kann. Damit sind nicht nur die üblichen querdenkenden Verdächtigen gemeint, sondern auch jene, die meinen, ganz brav dem Staat geben zu müssen, was des Staates ist. Eigentlich ganz ordentliche Leute, die auf einmal meinen, für einen Krieg, mindestens einen Wirtschaftskrieg, bereit sein zu müssen oder wenigstens andere deswegen frieren und noch andere auch sterben lassen zu müssen. Da macht sich ein Ton breit, der den inneren Frieden in diesem Land, den gegenseitigen Respekt der unterschiedlichen Auffassungen massiv beschädigt. Krieg nach außen, ob man selbst schießt oder andere für sich schießen lässt, führt zu Spannungen im Inneren.

Deshalb ist es notwendig, einen rationalen Dialog in Gang zu setzen. Dazu sollen nun Vorschläge diskutiert werden, die für die Beendigung dieses Krieges gemacht worden sind.

Es hat in der deutschen Öffentlichkeit bislang nicht sehr viele Initiativen

3.2. *EIGENTEXT (HL): POLITISCH-MORALISCHE BEMERKUNGEN* 89

gegeben, die auf eine Politik des baldigen Friedens in der Ukraine drängen. Man kann auch nicht gerade sagen, dass über den Krieg und vor allem über die ihm vorausgehenden politischen Krisen in unseren Massenmedien von den Nachrichten- und Meinungsherstellern wirklich kontrovers gesprochen worden wäre / gesprochen wird. Man steht zumeist Gewehr bei Fuß.

3.3 Wie müsste ein dauerhafter Frieden aussehen?

3.3.1 Peter Wahl - Ukraine: Schießen oder verhandeln?

„In der Vielzahl der inzwischen vorliegenden Vorschläge kristallisieren sich als Kern folgende Punkte heraus:

- als erstes muss ein Waffenstillstand zustande kommen;
- dazu wird es Vermittler bedürfen. In Frage kommen dafür die UNO und neutrale Staaten, gegebenenfalls in Kombination;
- der Waffenstillstand könnte Ausgangspunkt für die Bildung einer entmilitarisierten Zone werden, in der UNO-Blauhelme stationiert werden;
- die Ukraine braucht Sicherheitsgarantien. Die könnten durch Garantiemächte gewährleistet werden, am besten durch solche, die nicht Konfliktpartei sind, wie Indien, die Türkei oder Südafrika, ggf. aber auch gemischt mit Partnern beider Seiten;
- für die russischen Interessen ist zentral, dass die Ukraine nicht zum militärischen Brückenkopf von USA/NATO wird;
- für die Lösung der Territorialfragen könnten nach einigen Jahren Volksabstimmungen unter internationaler Aufsicht durchgeführt werden. Modell könnte das Saarland sein, das nach dem Krieg zehn Jahre unter französischer Verwaltung stand. 1955 entschieden sich 67,7 Prozent der Saarländer für den Beitritt zur Bundesrepublik. Die unterlegene Minderheit muss die Option zum Wechsel in das andere Land haben, flankiert durch soziale Unterstützung;
- als positiver Anreiz ist ein internationales Wiederaufbauprogramm für alle vom Krieg betroffenen Regionen aufzulegen, auch der unter russischer Kontrolle;
- die Sanktionen werden Zug um Zug abgebaut;
- Als weiterer Anreiz für Russland werden Verhandlungen zur strategischen Rüstungskontrolle gestartet;
- als längerfristige Perspektive beginnt eine Konferenz über eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur.

So oder so ähnlich sähe die Agenda einer Friedenskonferenz aus. Sie wäre schwierig und würde mit Rückschlägen zu kämpfen haben. Und natürlich würden alle Seiten Kröten schlucken und Maximalpositionen aufgeben müssen. Aber das gehört nun mal zum Wesen des Kompromisses.

<https://makroskop.eu/31-2022/ukraine-schiessen-oder-verhandeln/>

3.3.2 Eigentext (HL): Wie könnte ein Frieden aussehen?

Zuerst einmal das unzureichende Herangehen an diese Frage: Wie kann ein Kompromiss zwischen den kriegführenden Staaten / Parteien aussehen? Welche territorialen Veränderungen sind zu wessen Gunsten und zu wessen Nachteil möglich oder gar erforderlich? – Auf diese Weise werden Zonen der Konflikte für den nächsten Krieg geschaffen.

Es muss um einen Frieden gehen, der dauerhaft sein kann, und zwar unabhängig vom militärischen Verlauf und Ausgang des Kriegs. Ein Frieden, der die Interessen der Staaten und der Menschen nicht in den Mittelpunkt stellt, wird scheitern. Für Großstrategen ist bei Friedensverhandlungen kein Platz. Deshalb ist auch schon jetzt für beide Seiten unsinnig, im Krieg um möglichst günstige Ausgangspositionen für Verhandlungen zu kämpfen. Soll der Frieden dauerhaft sein, werden militärische Erfolge im Krieg nur ein Faktor unter vielen sein und vermutlich noch nicht einmal die wichtigsten.

Es muss ein „demokratischer Frieden“ sein, mit dem die weit überwiegende Mehrheit der Menschen der verfeindeten Staaten und Bevölkerungsgruppen sich identifizieren kann.

Die Prinzipien solch eines Friedens sind, wie schon gesagt, bekannt, die Charta von Paris enthält sie: Demokratie im Inneren, Sicherheitspartnerschaft nach außen. Allerdings müssen die Mängel dieses Textes von 1990 in den Blick genommen werden: Nicht hinreichende Beachtung und Regelung der inneren Vielfalt der Staaten, fehlende Mechanismen bei der Konfliktregulierung.

Ihre Umsetzung verlangt eine Betrachtung der verschiedenen Dimensionen dieses Konflikts, der jetzt gewaltsam als Krieg ausgetragen wird. Jede dieser Dimensionen muss berücksichtigt werden. Dieser Krieg ist:

1. (auch wenn es immer wieder bestritten wird) ein ukrainischer Bürgerkrieg,
2. ein Krieg zwischen zwei Nachbarstaaten um große Territorien des einen Staates,
3. ein Krieg um die Sicherheit in Ganz-Europa,
4. ein Krieg zwischen Russland und den USA.

Eine Lösung muss auf diesen vier Ebenen zu befriedenden Lösungen führen. Lässt man eine der Ebenen weg, könnte ein Frieden nur eine Etappe auf dem Weg zum nächsten Krieg sein.

Als Frieden kann nur ein Zustand bezeichnet werden, der nicht den Keim zum nächsten Krieg wieder in sich trägt. Daraus ergeben sich in Anwendung der Charta von Paris Anforderungen für einen Frieden, der den Krieg beenden kann, ohne einen neuen vorzubereiten:

1. Außenpolitisch:
 - (a) die Ukraine wird in den Grenzen von 2013 wieder hergestellt,

- (b) sie ist ein bündnisfreier Staat, weil ihre Nato-Mitgliedschaft unter der Annahme einer mindestens unterschwelligen Feindschaft/Gegnerschaft einiger osteuropäischer Staaten die Kräfteverhältnisse in Europa ungünstig beeinflussen würde,
- (c) die Mitgliedschaft in der EU und anderen internationalen Vereinigungen steht ihr offen,
- (d) ein militärisches Vertrauensprogramm zwischen Russland und den anderen osteuropäischen Staaten wird entwickelt, zB gegenseitige Mitteilungen, gegenseitig Inspektionen.

2. Innenpolitisch:

- (a) Die Ukraine entwickelt eine repräsentative, föderalistische und pluralistische Demokratie mit einem weit ausgestalteten vielfältigen Institutionenwesen,
- (b) sie orientiert sich sprach- und kulturpolitisch an der Schweiz, indem die grundsätzliche Gleichwertigkeit aller Sprachen im Staat und seinen Diensten, in der Öffentlichkeit, im Bildungswesen und im Kulturbereich festgeschrieben und aktive entwickelt wird.

3. Alle am Krieg beteiligten Staaten, insbesondere Russland, leisten einen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes.

Es könnte sein, dass solch ein Zustand nur über viele Zwischenschritte zu erreichen ist, wie es das Papier der Arbeitsgruppe aus dem Vatikan vorschlägt. Demokratische Politik kann sich vielleicht auch unter der Bedingung der Stationierung fremder, gar feindlicher Truppen entwickeln. Oder die Zugehörigkeit einiger Gebietsteile wird über Volksabstimmungen geregelt.

Natürlich reicht das noch nicht. Wenn dieses eine Land über einen Friedensvertrag demokratisiert und auf die genaue Beachtung der Beteiligung aller ethnischen etc. Gruppen verpflichtet wird, muss dasselbe auch in allen umliegenden Staaten geschehen. Das betrifft hinsichtlich der Demokratie natürlich Russland, aber auch Polen, hinsichtlich der Minderheitenrechte die baltischen Republiken und vermutlich auch Russland.

Ein dauerhaft gefestigter Friede setzt intensiven kulturellen und vor allem auch geschichtspolitischen Austausch voraus. Nichts wird schnell gehen.

Das bedeutet für die vier Ebenen des Konfliktes/Kriegs:

1. Eine Gleichberechtigung der Sprachen, Religionen und kulturellen Besonderheiten der verschiedenen Gruppen in der Ukraine soll die inneren Auseinandersetzungen beenden,
2. die territoriale Integrität der Ukraine (Stand 2013) wird wieder hergestellt; es sind jedoch genau auszuhandelnde Kooperations- und Übergangslösungen möglich,

3. die Sicherheit der Ukraine wird in einem auf der Charta von Paris aufbauenden, völkerrechtlich gültigen Vertrag gewährleistet, sie kann Mitglied der EU, aber nicht der Nato werden,
4. Die USA, Russland und die Ukraine schließen einen Vertrag über die immerwährende Neutralität der Ukraine.

Das Pcedere der Implementation eines solchen Friedens – Welche Macht steht wo mit ihrem Truppen? Gibt es längere Besatzungsverhältnisse und / oder Stationierungen? Sind internationale Hochkommissare nötig, die die örtlichen Selbstverwaltungen anleiten? Müssen Bevölkerungsgruppen getrennt werden? Jetzt, für eine Übergangszeit, für immer? – kann gar nicht vorher gesagt werden, da wird man sehen müssen.

Europäische Politik, die solch eine Ziele verfolgen will, müsste allerdings ihr Verhältnis zu den USA überdenken, das wäre wohl der schwierigste Teil der Politik.

Was muss sofort passieren? Meine – unmaßgebliche – Meinung:

1. Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen, durch beide Seiten, ohne alle ultimativen Vorbehalte, egal, ob die jeweiligen Kriegsziele schon erreicht sind oder nicht. Jeder Tag länger tötet mehr.
2. Und danach Friedensverhandlungen auf der Basis der oben genannten Prinzipien.

Die wichtigste Frage der aktuellen Gegenwart ist damit aber immer noch nicht beantwortet: Wie kommt man denn zu solchen Verhandlungen, zuerst Waffenstillstand, dann Frieden? Schließlich will doch der Westen / will doch Russland keine Verhandlungen. Und dann kann man mit niemandem reden. – Dabei ist er Beginn ganz einfach: Biden ruft Putin – Putin ruft Biden an. Der Hörer wird schon abgenommen werden. Man einigt sich natürlich nicht sofort, denn die Gegensätze sind zu groß. – Aber die fehlende moralische Berechtigung bringt vorhersehbare politische Schwierigkeiten für beide Seiten. – Gut möglich, sogar wahrscheinlich, dass weitere Gespräche vereinbart werden, zunächst auf niedriger Ebene, damit man überhaupt eine Vorstellung von den Motiven und Zielen der anderen Seite bekommt, an die die eigenen Vorschläge anschließen können.

Wichtig ist, dass die Völker Verhandlungen verlangen. Wir brauchen eine politische Bewegung, die solche Verhandlungen fordert. Sie allein wird es nicht schaffen, es werden politische Änderungen in den beteiligten Staaten und zwischen ihnen hinzukommen müssen. – Aber ohne solch eine Bewegung aus den Völkern der betreffenden Staaten wird es auch nicht gelingen.

3.4 Eigentext (HL): Ein Weg zu Verhandlungen

Allmählich spricht sich selbst in Deutschland herum, dass die Ukraine ihre Ziele 2023 nicht erreicht hat, trotz allen Schulterklopfens deutscher „Experten“.

Aber man weiß noch nicht, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Zwei Möglichkeiten gibt es für westliche Politik und westliche Strategen:

Die einfachste Möglichkeit ist: Weitermachen wie bisher, nur stärker. Allerdings mit einer Pause, in der zum einen die ukrainische Armee und Front wieder stabilisiert wird, zum anderen für einen neuen Versuch von Gegenoffensive für 2025 gerüstet wird. Wie diese Neuausstattung der ukrainische Armee gelingen soll, ist noch nicht klar. Die einen verlangen die Umstellung der europäischen Wirtschaft auf Kriegsbedingungen: Kriegswirtschaft in Europa wie nach 1914 oder nach 1939. Wobei noch gar nicht klar ist, wie das geschehen soll. Ein schlichtes Mehr an Kriegswaffen dürfte nicht ausreichen, es müssten wohl auch die Steuerungsmechanismen von Politik und Wirtschaft verändert werden. Es könnte wieder um einen Kriegskeynesianismus gehen, wie ihn - in unterschiedlicher politischer Gestalt - sowohl das NaziReich als auch die USA für den WW2 organisierten. Dazu würde auch eine Veränderung der Formen der politischen Auseinandersetzungen und der Breite der erlaubten Positionen gehören. Noch steht dafür keine Partei bereit, die AfD macht in diesem Krieg auf neutralistisch, aber das kann sich genauso schnell ändern wie die Grünen der neuen Zeiten. - Die Aussichten dieser Strategie sind so gut nicht. Der Ukraine fehlen die Soldaten, sie laufen ja 100.000fach weg, nach Deutschland und in andere europäische Länder. Und Russland bereitet sich nach eigenen Ankündigungen auf den auf einen lang andauernden Krieg vor, während die USA sich zurückziehen wollen. - Es wäre also ein Weg der Ungewissheiten, aus Gedankenfaulheit und Mutlosigkeit bestritten.

Der Weg der Verhandlungen ist aus vielen Gründen kompliziert. Dass man nicht so recht weiß, was Russland will, ist dabei noch nicht einmal der schwierigste. Viel schwieriger dürfte es sein, diese Wende öffentlich verständlich und akzeptabel zu machen. Es war doch klar, dass der Krieg erst dann zu Ende ist, wenn die Ukraine ihre Grenzen von 2013 wieder erreicht hat: Mitsamt der Krim und dem Donbas. Ein Ziel, das selbstverständlich erreichbar war/ist. Weshalb es gerechtfertigt war, 100.000e Menschen in den Tod zu schicken, Milliarden Dollar und Milliarden Euro für die Ausstattung der Ukraine aufzuwenden und weshalb es auch hinzunehmen war, dass die Zerstörungen in der Ukraine unermesslich groß sein werden. Soll das alles umsonst gewesen sein? Wie sagt man es den Ukrainern, dass ihre Toten nur eine Fehlkalkulation waren? Wie sollen die diversen publizistischen und politischen Akteure diese Wende plausibel machen können? Wie wollen diese politischen Kräfte ihre eigene soziale Position weiterhin rechtfertigen? Diese Wende müsste doch zu neuen Politikern, neuen Zeitungsschreibern und neuen „Experten“ führen, die alten würden zwar nicht arbeitslos werden, aber doch aus der Öffentlichkeit verschwinden. - Wenn schon der Weg geändert werden muss, so muss die Begründung doch dieselbe sein: Die Ukraine wird gegen Russland erfolgreich verteidigt, sie hat gewonnen, weil sie nicht vollständig verloren hat, wir sichern das in einem Vertrag mit Russland, da

packen wir so viel rein, dass Russland sich nicht mehr rühren kann. - Kann sein, dass dieser Umbau der öffentlichen Meinung auch mit dem gegenwärtigen belasteten Personal gelingt, kann sein, dass dafür einige Anpassungen erforderlich sind.